



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

15

Revue der Positionen

15 Jahre Rat für
Nachhaltige Entwicklung

Interviews der Ratsmitglieder | 04.04.2016



RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Revue der Positionen

15 Jahre Rat für Nachhaltige Entwicklung

Interviews der Ratsmitglieder | 04.04.2016



Kompetenz zum Konsens.

Zur Einführung in den Reader

Von Günther Bachmann,
Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung

2001 war Nachhaltigkeit ein Insider-Thema, noch dazu eines, dem damals fast alle politischen Kommentatoren vergebliche Liebesmüh oder gar kollektive Abwegigkeit zuschrieben. Seitdem haben dem Rat viele Menschen angehört und ihn mit ihrer Persönlichkeit, ihren Netzwerken und Kompetenzen gestaltet. Sie haben die anfängliche Vorhaltung widerlegt. Sie haben sich die Kritik am »semantischen Goldstaub« (Volker Hauff), das heißt an der Beliebigkeit des Begriffs, zur Aufgabe gemacht und den Begriff gefüllt.

Dies ist ihre Erzählung. Zum Stichtag seiner ersten Konstituierung legen die ehemaligen und aktuellen Mitglieder des Nachhaltigkeitsrats nach 15 Jahren Zeugnis ab über Motivation, Erwartungen und Einsichten.

Aus diesem Anlass dokumentiert eine interaktive Chronik* wichtige Meilensteine. Über die Jahre hat der Rat seine politische Beratungsfunktion um eigene Projekte und Impulse ergänzt. In der Beratungslandschaft ist das untypisch. Aber die Sonderrolle ist im Mandat angelegt und macht Sinn. Resultate sind unter anderem die Werkstatt N, der Nachhaltigkeitskodex, Dialogprojekte mit Oberbürgermeistern, Jugendlichen und Experten, die verantwortliche Bewertung von Produktsiegeln zur Nachhaltigkeit und Konsum-Regeln im Nachhaltigen Warenkorb, Kunst- und Kulturprojekte sowie last but not least wichtige Impulse in die Wissenschaft. Das stellt die Mitglieder vor die höchste Anforderung, die Berater haben können: Grundsatzdiskussionen mit Lösungskompetenz zu verbinden und das dann auch operativ durchzuhalten, oder aber auf eine Weise zu scheitern, die Lerneffekte und gute Ideen zulässt. Durch beides gewinnen politische Forderungen zur Nachhaltigkeit und Wünsche an Dritte an Überzeugung und Durchsetzung.

Verwegenes zu Normalem zu machen, das ist der Kern des Anliegens des Rates. 2001 ging es um die Quantifizierung von Handlungszielen mit Zehnjahresperspektive. Die etablierte Sichtweise widersprach und lehnte sie grundsätzlich ab. Die schiere Idee wurde als Ladenhüter aus der Zeit der Planungseuphorie oder als postsozialistisch denunziert; eine moderne Gesellschaft überschreite mit der Definition politischer oder unternehmerischer Zukunftsziele ihre Grenzen beziehungsweise sei anmaßend und politisch fehlleitend. Auch heute noch ist diese Haltung verbreitet, aber nicht mehr meinungsführend. Quantifizierte Ziele über Legislaturperioden oder Investitionszyklen hinweg sind heute üblich. Nicht das »Ob«, sondern das »Was und Wie« erzeugen heute Gesprächsstoff. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen spiegeln das.

* [Zur interaktiven Chronik 15 Jahre Rat für Nachhaltige Entwicklung gelangen Sie hier.](#)



Nicht alles ist dem Nachhaltigkeitsrat gelungen. Manches ist zu Unrecht liegen geblieben. Davon geben die Ratsmitglieder in dieser Broschüre ein beredtes Zeugnis. An kritischen Stimmen hat es im Rat nie gemangelt. Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates brachten keine Konsens-Gene mit.

Energiewende und Biodiversität, Demografie und Demokratie, Rohstoffe und Lieferketten, Bildung und Wissen, Macht und Verantwortung: Was wir als Problem und was als Lösung wahrnehmen, hängt von unserer Perspektive ab. Und die ist oft unterschiedlich oder mag zumindest so erscheinen. Diese uralte philosophische Erkenntnis bestätigt der Nachhaltigkeitsrat in großer Vielfalt. Aber die Bestätigung blieb hier nicht so folgenlos wie in den Politik-Talk-Medien. Für die Persönlichkeiten des Nachhaltigkeitsrates musste sie Konsequenzen haben, denn warum sonst würde man zusammenkommen?

Würde ein Wort ausreichen, um den immer neuen Spannungsbogen von Konflikt, Experiment und Konsens zu kennzeichnen: Kompetenzvermutung wäre ein guter Kandidat. Bei Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Positionen vermutet sie Lösungskompetenz auch in den gegnerischen Argumenten und auch bei Personen, die noch nicht vergleichsweise tief in der Sachmaterie stecken. 15 Jahre Ratsarbeit sind auch 15 Jahre Zuhören und Lernen, dass die Wirklichkeit aus wirklichen Alternativen besteht. Alternativlos ist nichts. Konsens entsteht im achtsamen Umgang mit Konflikten, selten und nur mittelbar durch Verfahren und nie im Appell. Wie greifbar sind Veränderungen? Was wäre, wenn...? Wie disruptiv können oder müssen Alternativen sein? Wer ist anzusprechen? Diese Grundfragen durchziehen alle Beiträge dieser Zusammenstellung.

Irgendwo in diesen Spannungsverhältnissen liegen die Hebel zur Transformation: viral, ungewöhnlich, asymmetrisch, diskursiv. Was der Nachhaltigkeitsrat an Vorschlägen macht und was er an praktischen Projekten anbietet, rechnet mit der Stärke der Menschen und kennt ihre Schwächen. Nachhaltigkeitspolitik funktioniert, wenn Prozesse angestoßen werden, die eine eigene Dynamik entfalten; oder wenn Menschen einander ihre unterschiedlichen Perspektiven über das gemeinsame Öffentliche übersetzen.

Die Beiträge der Ratsmitglieder und die Ergebnisse ihres Zusammenwirkens im Rat verzichten oft auf Lärm und Schauspiel – also exakt auf das, was die Medienwelt für unverzichtbar hält. Die schnelle Überschrift, ein Versprechen oder Verheißungen kommen ebenso wenig vor wie kolossale Katastrophen und Untergangs-Szenarien. Das hat einen einfachen Grund: Es würde letztlich entpolitisieren, jedenfalls entzweien und das Recht behalten vor die ehrliche Suche nach Lösungen stellen, die wir alle gemeinsam noch nicht haben. Aus Sicht des Nachhaltigkeitsrates ist dies kein Mangel, sondern eine Frage der Perspektive auf das, was jenseits der Talkshow ist. Dorthin sind wir einfach schon einmal auf dem Weg. Dort, wohin das Politische zurückkehrt.

15 Jahre Nachhaltigkeitsrat: Ein großer Dank gebührt allen Beteiligten. Zuallererst den Persönlichkeiten, die ihre Zeit und Kompetenz als Ratsmitglied zur Verfügung gestellt haben, und dem Team der Geschäftsstelle, aber auch den Diskussionspartnern aufseiten der Bundesregierung und des Parlaments, den Kooperationspartnern und Teilnehmenden an Veranstaltungen sowie allen Akteuren, die sich in Projekten, im Alltag und mit frischen Ideen beharrlich für mehr Nachhaltigkeit einsetzen.



Inhaltsverzeichnis

Kompetenz zum Konsens. Zur Einführung in den Reader	II
Inhaltsverzeichnis	IV
Prof. Dr. Alexander Bassen	1
Dr. Heinrich Graf von Bassewitz	2
Prof. Dr. Gerhard de Haan	7
Dr. Joachim Faber	12
Jochen Flasbarth	17
Horst Frank	19
Vera Gäde-Butzlaff	24
Dr. Hans Geisler	26
Alois Glück	31
Rainer Grohe	32
Hermann Graf Hatzfeldt	33
Dr. Volker Hauff	34
Walter Hirche	39
Prof. Dr. Claus Hipp	41
Prof. Dr.-Ing. Eberhard Jochem	46
Prof. Dr. Margot Käßmann	51
Prof. Dr. Ute Klammer	56
Thomas Loster	60
Kathrin Menges	65
Prof. Dr. Edda Müller	67
Prof. Dr. Lucia Reisch	72
Hans-Peter Repnik	73
Prof. Dr. Josef Sayer	78
Tobias Schlegl	82
Max Schön	87
Dr. Imme Scholz	88
Prof. Dr. Wolfgang Schuster	90
Dr. Eric Schweitzer	92
Marlehn Thieme	96
Prof. Dr. Klaus Töpfer	98
Holger Tschense	105
Olaf Tschimpke	107
Christiane Underberg	108



Prof. Dr. Fritz Vahrenholt	112
Prof. Dr. Hubert Weiger	113
Hubert Weinzierl	115
Prof. Dr. Harald Welzer	119
Prof. Dr. Angelika Zahrt	120
Ratsmitglieder	126
Aktuelle	126
Ehemalige	126
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des RNE	127
Publikationen	128
Impressum	138



3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Alexander Bassen

Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg*,
Ratsmitglied seit 2013

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Mein Ziel ist es, die Themen Nachhaltiges Wirtschaften und Nachhaltige Wissenschaft voranzubringen. Zudem möchte ich noch besser die Hintergründe verstehen, die Stakeholder in der Gesellschaft und in der Politik beim Thema Nachhaltigkeit bewegen.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Es gibt definitiv Fortschritte. Die Sustainable Development Goals, die Nachhaltigkeitsstrategie und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex sind hier nur einige Beispiele auf ganz verschiedenen Ebenen. Allerdings müssen wir uns bewusst sein, dass es meist nur in kleinen Schritten vorangeht und die großen Schritte oft mit strukturellen Krisen verbunden sind.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Noch mehr Akzeptanz in allen Kreisen der Gesellschaft und die Bereitschaft, sich auf die oft komplexen und fundamentalen Diskussionen einzulassen.

* Titel zur Zeit der Berufung



»Kinder sind der richtige Anhaltspunkt für die Idee der Nachhaltigkeit«

Interview mit Dr. Heinrich Graf von Bassewitz

Landwirt, Bundesbeauftragter für ökologischen Landbau des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und Mitglied des DBV-Präsidiums*,
Ratsmitglied von 2010 bis 2013

Graf von Bassewitz, Nachhaltigkeit ist ein sperriger Begriff. Können Sie ihn Ihren Kindern in einem Satz erklären?

Kindern ist das wahrscheinlich schwer zu erklären. Aber Kinder sind das beste Beispiel für das, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen: Wir bemühen uns, unseren Kindern oder Enkeln eine Welt zu hinterlassen, die genauso lebenswert ist wie die Welt, in der wir heute leben. Das ist dasselbe wie Denken in Generationen. Das kommt ja nicht umsonst aus der Forstwirtschaft, weil wir gerade in der Forstwirtschaft nachhaltig wirtschaften, für unsere Enkel. Ich ernte normalerweise die Bäume meiner Urgroßväter, und ich pflanze die Bäume meiner Urenkel. Das ist wieder das klassische Beispiel für Nachhaltigkeit. Insofern sind die Kinder der richtige Anhaltspunkt für die Idee der Nachhaltigkeit. Die Land- und Forstwirtschaft ist ja der einzige Bereich, wo Betriebe Hunderte von Jahren in derselben Familie bleiben. Das gibt es in der Industrie nicht.

Das mit den Bäumen ist nicht nur symbolisch gemeint: Die haben tatsächlich Ihre Großväter gepflanzt auf dem Gutshof in Mecklenburg, den Sie jetzt wieder bewirtschaften und auf dem Sie ökologischen Landbau betreiben.

Wir sind hier seit 700 Jahren, mit 46 Jahren Unterbrechung zwischen 1945 und 1991. Viele sind also tatsächlich die Bäume, die meine Urgroßeltern gepflanzt haben. Eine Buche oder eine Eiche wird 120 Jahre alt, bevor Sie sie ernten. Das sind vier Generationen. Mein Vater ist hier noch geboren. Es war der Sitz meiner Familie, mein Großvater, den ich auch noch kennengelernt habe, hat hier gewirtschaftet. Er hat mir viel von hier erzählt und wahrscheinlich auch verursacht, dass ich die Idee hatte, hier wieder herzugehen. Möglich wurde es dann, als die Wende kam. Ich habe den Betrieb damals nicht geerbt, sondern erworben. Aber normalerweise erbt man einen Betrieb von seinem Vater und gibt ihn nach 30 oder 40 Jahren an seinen Sohn weiter, und wenn's gut war, hat man ein paar Hektar dazugekauft, und wenn's schlecht war, hat man ein paar Hektar weniger. Das ist es, was wir unter bäuerlicher Landwirtschaft verstehen, so wird sie in ganz Europa auch praktiziert. Da fühlt man sich normalerweise noch nicht

* Titel zur Zeit der Berufung



mal als wirklicher Eigentümer. Die Idee hier ist nicht, ein Business aufzumachen, sondern einen Familienbetrieb, also ein Zuhause für uns und die Kinder und vielleicht auch mal die Enkelkinder zu schaffen.

Sie sind in der Stadt geboren und zurück aufs Land gegangen. Ich bin zu Ihnen zunächst mit der Bahn von Berlin nach Rostock gereist und konnte eher das Gegenteil beobachten: Viel leerer Raum, die Leute ziehen weg vom Land.

Das beschäftigt mich natürlich, dafür machen wir diese Übung nicht, dass meine Kinder hier wegziehen. Irgendeiner von den dreien, hoffe ich, wird sich hier so zu Hause fühlen, dass er hier wohnt. Egal was er macht, aber dass das sein Zuhause ist, das ist die Idee. Das mit dem Wegziehen haben wir natürlich vor allem hier in den neuen Bundesländern, wo diese bäuerliche Tradition 1945 einfach unterbrochen wurde und nach der Wende auch nicht so ganz einfach wieder installiert werden konnte.

Es gibt eine ganze Menge Menschen, die wie ich wieder als Enkel auf die Betriebe ihrer Großväter zurückgegangen sind, aber das sind keine fünf Prozent. Insofern ist das Modell bäuerliche Landwirtschaft hier nicht so verankert wie in Westdeutschland. Hier sind wir vielleicht 25 Prozent Landwirte, die das als bäuerliche Landwirtschaft verstehen, das heißt nicht als Business, sondern sie wollen diesen Betrieb an ihre Kinder vererben. 75 Prozent der Flächen hier sind längst in der Hand von Investoren, die das eben nicht als traditionelles Familienmodell sehen, sondern als Investment. Das ist aber die Besonderheit hier im Osten Deutschlands.

Kann man diese Entwicklung beeinflussen?

Darüber mache ich mir viele Gedanken. Ich habe gerade einen Brief an unseren Landwirtschaftsminister geschrieben, dass man in Zukunft bei der Flächenvergabe darauf achten sollte, dass die, die vor Ort wohnen und in Generationenfolge in der Familie vererben, möglicherweise Vorkaufsrecht oder Vorpachtrecht bekommen. Weil die sonst auch noch verschwinden, durch mächtigere Investoren einfach verdrängt werden. Das wird zum Problem, weil es zur Entsiedelung des ländlichen Raumes führt. Wenn keiner mehr vor Ort lebt, verschwindet auch die Kultur vom Land. Die wird nur erhalten durch die, die vor Ort darauf angewiesen sind. Ich bin darauf angewiesen, für meine kleinen Kinder hier auf dem Land eine Schule zu haben. Also habe ich im Nachbarort eine Schule mitgegründet. Wir organisieren Jazzkonzerte oder Bauernmärkte. Das passiert nicht mehr, wenn diese Leute reine Investoren sind und zweimal im Jahr auftauchen.

Im Rat für Nachhaltige Entwicklung saßen Sie ja auch mit Investoren zusammen. Konnten Sie in dieser Runde Ihr Anliegen für den ländlichen Raum vermitteln?

Das war damals nicht unser Hauptthema, das wird jetzt in den nächsten Jahren zum großen Thema werden. Aber im Rat sitzen ja ganz wenige Unternehmer. Da sitzen ja in der Regel Vorsitzende von Naturschutzverbänden, von der Kirche, also Bischöfe oder



Kirchenvertreter, Ex-Staatssekretäre oder Ex-Landesminister, da sind nicht sehr viele Unternehmer. Das halte ich auch für ein Problem.

Sie würden sagen, man bräuchte im Rat mehr Unternehmer?

Ja. Es müssten mehr Leute dort sitzen, die das, was sie sich ausdenken, nachher auch mittragen müssen. Aber es ist natürlich so, dass Unternehmer in der Regel keine Zeit haben. Ein anderes Problem ist, dass es keinen richtigen Vertreter für Landwirtschaft mehr gibt. Die ersten zwölf Jahre gab es zumindest diesen Feigenblatt-Landwirt, seit drei Jahren gibt es keinen praktizierenden Landwirt mehr ...

Wie ist das zu verstehen?

Das Feigenblatt bedeckt nur das Nötigste! Land- und Forstwirtschaft sind die Mütter des Nachhaltigkeitsgedankens, aber heute im RNE nur noch mit einer von 15 Stimmen vertreten! Unser heutiger Vertreter ist auch kein Landwirt, sondern Jurist und Politiker. Daran krankt aber heute sehr viel in den Nachhaltigkeitsüberlegungen. Von Umwelt- bis Tierschutz werden die praktischen Landwirte, die es umsetzen müssen, gar nicht mehr in die Diskussion einbezogen. Und das, obwohl ja die Probleme ziemlich drängend sind und wir gerade in Brüssel einen ziemlichen Kampf geführt haben, um eine Neuauflage der EU-Ökoverordnung nicht zu verhindern, aber so zu gestalten, dass sie noch verträglich ist. Da habe ich dann von außen ab und zu den Rat noch gebeten zu intervenieren, weil das alles drohte schiefzugehen.

Ist der Rat denn ein Gremium, das Gehör findet und intervenieren kann?

Theoretisch ist er ja sehr hoch aufgehängt im Bundeskanzleramt, und wenn der Rat interveniert, muss die Bundesregierung auch Rede und Antwort stehen. Also der Rat kann intervenieren. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass er im Augenblick eine sehr wichtige Rolle spielt, leider, auch weil vielleicht zu viele andere, vordringliche Probleme da sind, etwa die Flüchtlingspolitik.

Wobei gerade das Problem des Klimawandels ja eins ist, das wir sehr schnell lösen müssen, sonst haben unsere Kinder und Enkel Probleme. Ich finde, der Rat erscheint zu wenig in der Öffentlichkeit mit seinen Themen, und im Augenblick hat man nicht das Gefühl, dass er die Bedeutung hat, die er haben sollte. Und auch haben könnte angesichts des Potenzials der Menschen, die dort sitzen.

Wie bewerten Sie den Stand der Nachhaltigkeitspolitik, ist Deutschland international immer noch ein Vorbild?

Wir gelten international immer noch als Vorbild für Nachhaltigkeit, haben sie aber im Augenblick nicht prioritär auf dem Schirm. Der ökologische Landbau stagniert, obwohl die Politik uns nicht unfreundlich gesinnt ist. Die gesamte Entwicklung etwa im Getreidebau ist heute von der Pflanzenschutzindustrie geprägt. Das war eine Zeit lang sicher auch gerechtfertigt, weil wir mit Pflanzenschutzmitteln einen sehr schnellen,



bequemen Weg gefunden haben, den Welthunger deutlich einzudämmen, indem wir die Produktivität erhöht haben. Aber wir haben dabei alle alternativen Produktionssysteme, die es geben könnte, außer Acht gelassen. Wir können jedes Jahr von Brüssel aus vier Pflanzenschutzmittel verbieten, aber wir schaffen ja keinen Ersatz dafür. Wir brauchen einen Ersatz, damit die Produktivität pro Hektar erhalten bleibt, um die Menschheit zu ernähren. Und es gibt Ersatz, man muss ihn nur erforschen. Im Grunde müsste es einen großen Ansatz geben, ähnlich wie bei den alternativen Energien. Das können wir nicht durch ein Weizeneinspeisegesetz machen, aber wir können Forschungsmittel zur Verfügung stellen, 60, 100, 150 Millionen Euro im Jahr, um alternative Produktionsverfahren zu erforschen. Und da liegt ja unsere Stärke in Deutschland. Wir haben ja keine Rohstoffe, wir verkaufen unser Brain. Wenn heute in der Welt einer ein Windrad kauft, dann kommt das aus Deutschland. Und das Gleiche könnte man auch im landwirtschaftlichen Bereich machen, wenn man wollte. Derzeit essen wir mit den Nahrungsmitteln unseren Planeten auf, ohne Rückstellungen dafür zu bilden, ihn wieder instand zu setzen, wenn wir merken, es geht nicht mehr – wie jetzt, wenn der Klimawandel kommt.

Im Dezember 2015 hat in Paris der Klimagipfel stattgefunden. Welche Auswirkungen wird der Klimawandel auf die Landwirtschaft haben?

Also als Städter sieht man ja Wetter nicht. Wenn es regnet, geht man rein, und wenn es nicht regnet, findet man es schön. Für einen Landwirt ist es ein Dilemma, wenn es zur richtigen Zeit nicht mehr regnet, wo es früher geregnet hat, oder nicht mehr Winter wird, wo es früher Winter wurde. Und über diesen Klimawandel, der ja schon in dem Vierteljahrhundert, in dem ich hier wirtschaftete, spürbar ist, brauche ich keine Geschichten von Eisbären. Ich brauche keine Erklärungen von irgendwelchen Professoren, schon gar nicht von denen, die sagen, es gebe keinen Klimawandel, denn ich lebe ihn! Ich sehe ihn! Wir haben auf einmal Parasiten, die kamen nur in den Tropen vor, und wir können Pflanzen pflanzen, die konnte man nur in Norditalien anbauen. Es gibt Bäume, die werden hier aussterben, und wir suchen nach neuen Bäumen, mit denen wir die ersetzen können. Wir leben Klimawandel, in einem Zeitraum von weniger als einer Generation. Wann ist denn dann der Moment, wo man es mal ernst nimmt? Es gibt dabei aber auch keinen wirklichen Umweltschutz ohne praktische Landwirte, denn wir bewirtschaften zwei Drittel der Flächen in diesem Land.

Ohne Landwirte geht es nicht – aber können Sie auch die Verbraucher mit ins Boot holen?

Bei den Verbrauchern brauche ich eigentlich keine Überzeugungsarbeit zu leisten. Wenn man denen erklärt, dass man nachhaltig und umweltbewusst Landwirtschaft betreiben will, sagen alle, das wollen wir auch. Beim zweiten Punkt, wenn man sagt, das kostet jetzt aber mehr, da sind wir dann nicht mehr mit allen Verbrauchern.

Andererseits hat der Verbraucher immer noch Bilderbücher im Kopf, wo fünf Hühner auf dem Mist sitzen, ein Schwein liegt im Dreck und da fährt einer mit dem Trecker, der ziemlich zerbeult aussieht und kein Dach hat. Dafür hat der Bauer, der drauf sitzt,



einen kaputten Strohhut auf. Das würde mir schon die Berufsgenossenschaft heute nicht mehr erlauben, den Mann so auf den Trecker zu setzen. Und mit fünf Hühnern auf dem Mist geht's auch nicht, und wenn die Schweine nur so im Dreck wühlen würden, hätten wir Hygieneprobleme ohne Ende. Ich habe keinen kaputten Strohhut, und meine Trecker haben 350 PS. Und trotzdem wirtschaften wir nachhaltig. Modern heißt ja nicht schlecht, im Gegenteil: Nur mit moderner Technologie können wir wirklich nachhaltig und auch wirtschaftlich produzieren und auch genug, um die Welt zu ernähren. Man hätte den Verbraucher mit auf die Reise nehmen sollen, aber wir haben 50 Jahre verpasst, um zu erklären, wie moderne Landwirtschaft aussieht.

Herausforderungen gibt es also genug – sind Sie optimistisch, dass wir sie bewältigen?

Wir waren immer gut, wir haben immer solche Probleme gelöst, wir müssen sie nur mal angehen. Den Klimawandel können wir wahrscheinlich jetzt nicht mehr zurücknehmen, aber wir können ihn verlangsamen, und wir können und müssen versuchen, in der Landwirtschaft nachhaltiger zu produzieren. Es ist möglich, mit Effizienz, mit moderner Technologie. Wir müssen im ökologischen Landbau produktiver werden, um auch die Welternährung sicherzustellen. Und wir könnten das auch. Wenn man in der Forschung umdenken würde. Und das tut man aber nicht von alleine, sondern nur, wenn der Staat genau wie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz so einen Katalysator setzt, damit die Reaktion in die richtige Richtung losgeht.

Das Interview führte Robert Kalimullin.



»Es ist eine politische Frage, wo die Gesellschaft hinwill«

Interview mit Prof. Dr. Gerhard de Haan

Professor für Zukunfts- und Bildungsforschung an der Freien Universität Berlin*,
Kooptiertes Ratsmitglied von 2014 bis 2015

Herr Professor de Haan, ab 2004 waren Sie zehn Jahre lang Vorsitzender des deutschen Nationalkomitees der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«. Zum Ende Ihrer Amtszeit wurden Sie als kooptiertes Mitglied in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Wie konnten Sie Ihre Arbeit im Rat fortführen?

Wie viele andere hatte auch ich den Eindruck, dass die Themen Bildung und Kommunikation im Rat für Nachhaltige Entwicklung unterbesetzt waren. Deshalb war ich ganz glücklich, als er anfragte, ob ich in ihm mitwirken wolle.

Wir haben dann im Rat überlegt, welches Thema innerhalb des Rates solide gehoben werden kann, und haben den Hochschulbereich gewählt, in dem sich aktuell ein hohes Interesse an der Nachhaltigkeitsthematik zeigte. Die Idee war, dass wir den vom RNE entwickelten Deutschen Nachhaltigkeitskodex so zu konstruieren versuchen, dass auch die Universitäten entsprechende Erklärungen daraufhin abgeben können. Das war der Schwerpunkt der Aktivitäten, und die sind, wie mir scheint, ganz gut gelungen. Denn jetzt haben wir in Kooperation mit vielen Hochschulleitungen und anderen Akteuren vom Deutschen Nachhaltigkeitskodex eine sogenannte Betaversion erstellt, sodass er tatsächlich von Hochschulen erprobt werden kann.

Es gibt ein großes Interesse von Hochschulen, daran mitzuwirken, und das freut mich natürlich sehr. Ich denke, dass wir jetzt, 2016, mit rund zehn Hochschulen probieren können, den Kodex als Basis für die Berichterstattung, Evaluation und Steuerung von nachhaltiger Entwicklung anzuwenden.

Es ist natürlich gar nicht so einfach, so ein Instrument, das zunächst für Unternehmen entwickelt wurde, auf die Hochschulen anzupassen. Denn Hochschulen sind ja keine Unternehmen, sondern Anstalten für Lehre und Forschung. Sie sind aber gleichzeitig auch große Betriebe, die viele Ressourcen ge- und verbrauchen.

* Titel zur Zeit der Berufung



Was könnten die Hochschulen in puncto Nachhaltigkeit verbessern?

Manche Hochschulen haben sich nach dem Eco-Management and Audit Scheme der EU oder in anderer Form zertifizieren lassen. Aber wenn man sich das im Vergleich zum unternehmerischen Bereich oder zu sozialen Einrichtungen größerer Art anschaut, muss man sagen, dass die Hochschulen nicht gerade vorweggehen. Das mag erstaunen, weil Hochschulen doch für Modernisierung von Gesellschaft und für Innovation stehen. Aber die Nachhaltigkeit haben sie in der Lehre und im Betrieb bis vor wenigen Jahren kaum auf dem Schirm gehabt. Daran hat sich dann innerhalb der UN-Dekade schon einiges verändert. Viele Hochschulen haben inzwischen Umweltbeauftragte oder Nachhaltigkeitsbeauftragte, wenn auch oftmals nicht in einer starken Position.

Was den Energieverbrauch angeht, sind die Hochschulen natürlich sehr schnell dahintergekommen, dass da doch einiges an Ressourcen einzusparen ist. Zum Beispiel hat der Kanzler der Freien Universität Berlin gesagt: »Wir machen zwischen den Jahren, also vom 23. Dezember bis zum Anfang des neuen Jahres, einfach den Laden zu.« Da spart die Universität Pi mal Daumen 250.000 Euro Energiekosten. Das lohnt sich wirklich, und an dem Punkt sind Hochschulen leicht abzuholen.

Aber es geht im Betrieb um alle Stoffströme, die Mensen, das ganze Beschaffungswesen, die Mobilität, Weiterbildung des Personals, Arbeitsplatzgestaltung usw. Da wird das alles viel komplizierter. Schwierig wird es auch in Bezug auf die Strukturierung der Lehre. Die Leuphana Universität Lüneburg etwa sagt: Es kann nicht sein, dass bei uns jemand die Universität verlässt, ohne zu der Nachhaltigkeitsthematik gearbeitet zu haben.

Was dort gelungen ist, will andernorts nicht so leicht glücken. Mit dem Bologna-Prozess und der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sind die Studienordnungen überladen, festgezurr und in fachspezifische Claims aufgeteilt. Platz für Neues, gar Interdisziplinäres, gar verbunden mit innovativen Lernformen, ist dann schwer zu schaffen.

Wie sollten Hochschulen Nachhaltigkeit lehren?

Die Thematik ist eine, die man nicht aus einer einzelnen Disziplin heraus bearbeiten kann. Der Klimawandel beispielsweise ist nicht nur ein Gegenstand der Meteorologen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Da braucht man Soziologen dazu, die sich mit Gesellschaft befassen. Man braucht Anthropologen, weil wir im Zuge unserer Geschichte einen Bedürfnispfad gegangen sind, der expansiv ist. Immer mehr Optionen zu haben wurde im Prozess der Säkularisierung immer attraktiver. Insofern braucht man bei allen diesen Thematiken sehr komplexe Ansätze.

Oder nehmen Sie die Elektromobilität. Das ist ja nicht nur ein technisches Thema, sondern es geht dabei auch um gesellschaftliche Akzeptanz, Infrastrukturmaßnahmen



men und um rechtliche und ethische Fragen, wenn man an das automatisierte Fahren denkt.

Deshalb ist es tatsächlich notwendig, dass es zu Kooperationen kommt. Lösungen, wie sie von der Virtuellen Akademie in Bremen angeboten werden, scheinen mir da ganz attraktiv zu sein. Die bietet Massive Open Online Courses zu spezifischen Themen an. Man holt die Position sehr unterschiedlicher Akteure ein und dreht mit denen Filme, die dann ins Netz gestellt werden. Solche Entwicklungen sind aber nicht von heute auf morgen zu haben. Energiesparen kann man gleich machen. Die Umstellung der Lehre und Themen gemeinsam aufzubereiten, das setzt Kompetenzen aufseiten der Lehrenden voraus, Veränderungen in den Studienordnungen und einen deutlichen Willen zur Innovation.

Auch die Forschung müsste anders gestaltet werden, haben Sie gefordert. Wie könnte das aussehen?

Normalerweise war es so, dass die Forscher – anknüpfend an von ihnen identifizierte Probleme und Forschungslücken – sich eine Forschungsfrage ausgedacht haben und damit ins Feld gegangen sind. Heute denkt man ein bisschen anders. Man fragt auch, was die Bedarfe der Akteure im Feld sind. Das läuft unter dem Stichwort Reallabore.

Da arbeitet zum Beispiel die Universität Freiburg mit der Fachschule Rottenburg in Baden-Württemberg zusammen und betrachtet die Entwicklung des neuen Nationalparks im Nordschwarzwald. Es verändert sich sehr, sehr viel, wenn man einen Nationalpark etabliert. Die Kommunen, aber auch die Nicht-Regierungsorganisationen und viele andere fragen, was das bezogen auf den Tourismus, die Verkehrsströme und die Wirtschaft heißt. Die Fachhochschule und die Universität haben mit den Akteuren vor Ort geredet und gefragt: Was sind eigentlich eure Interessen? Worüber wollt ihr mehr wissen? Darauf aufgesetzt haben sie ein Design für die Forschung entwickelt. Das ist ein neuer Strang, dem man nachgehen muss: dass man einen partizipativen Ansatz innerhalb der Forschung realisiert.

Ihrer Ansicht nach ist Nachhaltigkeit nicht allein ein Thema fürs Gymnasium. Welche Ansätze gibt es in den anderen Schulformen?

Nachhaltigkeit ist jetzt durchaus ein Thema für den Grundschulbereich und den Kindergarten. In der Grundschule kann man für Kinder so faszinierende Fragen verfolgen wie: Wo kommt eigentlich unser Spielzeug her? Da ist eine Lehrerin mit ihren Schülern ins Kaufhaus gegangen, und die erste Vermutung war, dass das Spielzeug im Keller hergestellt wird. Dort wurde es natürlich nicht hergestellt, und die Kinder haben dann recherchiert, dass viel buntes Plastikspielzeug aus China kommt. Da ging es dann auch darum, ob das giftig ist oder nicht. Oder ob es auf Kinderarbeit basiert. Darüber kann man sich natürlich empören, aber die tolle Frage der Kinder war auch: »Na ja, aber wenn wir es nicht mehr kaufen oder uns schenken lassen, haben die Kinder dann noch Arbeit oder die Familien noch Geld?« Da kommt man plötzlich in eine Dilemmasituation hinein, die man durchaus mit den Kindern diskutieren kann.



Innovative, problemorientierte Ansätze der Beschäftigung mit Fragen der Nachhaltigkeit gibt es natürlich auch in der Sekundarstufe I. Nehmen wir die nachhaltigen Schülerfirmen als Beispiel. Schülerinnen und Schüler produzieren etwas oder bieten Dienstleistungen unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten an. Das kann Catering sein, eine Fahrradwerkstatt oder ein Büro für regionalen Tourismus. Das stärkt nicht nur einen nachhaltigen unternehmerischen Geist, sondern führt oftmals auch dazu, dass Jugendliche, die schon das Interesse an Schule verloren haben, sich wieder damit auseinandersetzen, weil sie merken: Das, was ich mache, hat einen Sinn: Es gibt in der Physik doch noch etwas über Mechanik zu lernen, was ich in der Fahrradwerkstatt brauche.

Ich glaube, dass solche Pfade Jugendliche gleichzeitig in die Nachhaltigkeit einführen können und die Lernmotivation steigern – die sie ja sehr, nach fünf bis sieben Schuljahren, verloren haben, wie wir wissen.

Inzwischen sind Sie seit einem halben Jahr nicht mehr Mitglied im Rat. Wie sehen Sie Ihre Rolle im Nachhinein?

Es ist ein hochinteressantes Gremium, wenn man, wie ich, sich für ganz heterogene Themen und das Denken »out of the box« begeistern kann. Es gab da Themen, zu denen konnte ich eigentlich nichts beitragen, etwa zu der ganzen Bodenproblematik, die sehr, sehr spannend ist. Im Rat gibt es ein deutliches Gespür für Themen, die kommen, und ein Interesse an klaren Positionierungen. Das treibt alle Mitglieder um, nicht zuletzt den Generalsekretär.

Ich fand auch toll, dass es ein sehr heterogenes Gremium ist. Manche betreiben ein bisschen Lobbying, andere sind nur fachwissenschaftlich unterwegs. Trotzdem kommt man zu einem Konsens, der nicht im kleinsten gemeinsamen Nenner besteht, sondern Profil hat, und auch nicht in jedem Fall der jeweils bestehenden Regierung eine Freude macht.

Was die Bildungsthematik angeht, hat der Rat in der letzten Zeit deren Bedeutung für nachhaltige Entwicklung nicht nur anerkannt, sondern auch forciert, sodass sich da etwas bewegt.

Wo gibt es Nachholbedarf und welche Themen sollte der Rat noch aufgreifen?

Ich glaube, dass man die langfristigen Perspektiven noch viel stärker in den Vordergrund rücken muss. Das hat einen ganz einfachen Grund: Wenn man sich den ganzen ökonomischen Bereich anschaut, hat dieser in der Regel eine Perspektive auf fünf, maximal zehn Jahre. Derzeit diskutieren wir etwa die Industrie 4.0, die große Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge haben könnte. Da braucht man einen Ausblick auf die Folgen heutigen Handelns, und zwar auf 30 oder 50 Jahre. Wie dieses auch in Bezug auf die Energiegewinnung, den Umgang mit den Böden, die Infrastruktur von Städten oder die Lebensmittelproduktion der Fall ist.



Hier können nicht mehr nur die Wirtschaftsunternehmen darüber entscheiden, was entwickelt und getan wird. Davor steht die Frage, ob wir dieses wollen und jenes nicht, ob wir von den möglichen Folgen her denken und dann manches auch unterlassen oder forcieren sollten. Kurz gesagt: Auf längere Fristen hin betrachtet wird es immer wichtiger, von den Folgen in Absicht stehenden wirtschaftlichen Handelns her zu denken. Wer entscheidet dann aber? Da ist eine partizipative Politik gefragt, denn es ist ja eine normative wie politische Frage, wo die Gesellschaft hinwill. Man muss sich stärker mit dem großen Bogen beschäftigen, um langfristige Folgewirkungen von neuen Aktivitäten in technologischen Bereichen abschätzen zu können. Oder auch die gesellschaftlichen Verwerfungen, die wir durch die Immigration bekommen werden. Sich damit zu beschäftigen, halte ich für einen entscheidenden Punkt.

Das Interview führte Susanne Ehlerding.



»Nachhaltigkeit mit mehr Nachdruck in der Politik platzieren«

Interview mit Dr. Joachim Faber

CEO der Allianz Global Investors AG, Mitglied im Vorstand der Allianz SE*,
Ratsmitglied von 2010 bis 2013

Herr Dr. Faber, Sie wurden 2010 in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Was bedeutete der Begriff Nachhaltigkeit zu diesem Zeitpunkt für Sie?

Ich gehe mal davon aus, dass einer der Gründe für die Berufung war, dass ich mich seit dem Jahr 1999 aufseiten der Investoren im Kapitalmarkt relativ stark mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst habe. Wir haben uns bei der Allianz Global Investors schon sehr, sehr früh mit nachhaltigen Kapitalanlagen beschäftigt und haben uns auch schon 1999 beteiligt an der Gründung einer Klimaschutzinitiative, dem Carbon Disclosure Project. Dort versuchten Investoren, ihren Einfluss, den sie auf Firmen haben, zu nutzen, um zunächst ein Bewusstsein für die Klimaerwärmung zu schaffen. Gleichzeitig wollten sie aber auch deutlich machen, dass es Investoren, die ja auch Eigentümer von großen Unternehmen sind, nicht egal ist, wie diese Unternehmen sich in dem wichtigen Bereich der Nachhaltigkeit verhalten. Das hat mich dann relativ nahe an den Bereich Klimaschutz geführt und darüber dann auch etwas breiter in Richtung des Themas Nachhaltigkeit.

Wie kam es denn überhaupt dazu, dass die Allianz als Unternehmen das Thema Klimaschutz aufgriff?

Das liegt wie immer an Personen. Aber einen Schritt zurück. Zunächst glaube ich, dass ein Versicherer grundsätzlich mit dem Thema Klimaschutz, aber auch mit anderen Themen der Nachhaltigkeit, ein deutlich positiveres Verhältnis hat als ein Unternehmen, das eine Produktion führt, in der es stinkt und qualmt und kracht.

Der Versicherer hat beim Thema Klimaschutz ein ähnlich gerichtetes Interesse wie viele NGOs, denn der Versicherer sieht beim Klimaschutz im Wesentlichen die Klimaschäden, die Katastrophenschäden. Und immerhin 40 Prozent des gesamten Industrieversicherungsgeschäftes, der Schäden, resultieren aus Katastrophenschäden. Daher sind Versicherer wahrscheinlich generell ein bisschen näher an diesem und auch anderen Themen der Nachhaltigkeit dran, die ja häufig auch präventiven Charakter

* Titel zur Zeit der Berufung



haben. Das sitzt mehr im Blut der Versicherer, als es bei einem Produktionsunternehmen der Fall ist.

Was Sie als Vorstandsvorsitzender der Allianz Global Investors gemacht haben, war ja aber nicht das Versicherungsgeschäft, sondern Vermögensverwaltung. Sie sagten, Investoren sei es nicht egal, was mit ihrem Geld gemacht wird. Wollen sie aber am Ende nicht doch Rendite?

Da besteht auch ein kultureller Unterschied. In Amerika herrscht tatsächlich eher eine kurzfristigere Denke, die Vorteile und Nachteile hat, aber eben im Bereich Klimaschutz eher Nachteile. Diese kurzfristige Denke führt die Amerikaner dazu, Nachhaltigkeitsüberlegungen eher als profitabilitätsschädigend anzusehen. In Europa denkt man doch häufig gerne einen Schritt weiter. Die Profitabilität des Unternehmens ist natürlich am Ende des Tages das, was der Investor erreichen möchte. Man sieht aber, dass eine vernünftige, nachhaltige Unternehmenspolitik auch das langfristige Wachstum und die langfristige Gesundheit des Unternehmens fördert.

Seit Jahren wird geforscht, um zu erkennen, ob eine ausdrücklich nachhaltig orientierte Investmentstrategie irgendwo einen Vorteil gegenüber einer traditionellen hat. Wenn man sich rein die Rendite anschaut, lautet die Antwort: Nein, in der Unternehmensperformance und der Investmentperformance bringt sie keinen Mehrwert. Nur sagt eine etwas professionellere Sicht, dass der Investor einen risikogewichteten Return erzielen möchte und nicht allein einen Return, der hoch volatil ist. Und eins ist völlig klar: Risikogewichtet sind die Investitionen mit nachhaltigen Investmentstrategien deutlich besser als die anderen.

Ist das Engagement für Nachhaltigkeit tatsächlich Ergebnis einer rationalen Berechnung oder eine Entscheidung als Staatsbürger, als Familienvater, der sich für die Zukunft interessiert?

Ich habe immer großen Wert darauf gelegt, dass das Thema Nachhaltigkeit nicht mit zu vielen Emotionen überlagert wird, weil das aus meiner Sicht der Idee der Nachhaltigkeit nicht guttut. So sehr wir es auch zweitrangig – und es ist für mich nicht wirklich zweitrangig – unglaublich lieben, dass wir etwas tun, das auch noch unseren Kindern gefällt, das uns selber auch als ethisch etwas Gutes erscheint, müssen wir doch darauf achten, dass das Thema Nachhaltigkeit nicht dort stehen bleibt. Vielmehr sollte man sehen, wo der wirklich rationale Ansatzpunkt ist, der diese Idee unterstützt und nicht nur aus einem emotionalen Gutmenschentum kommt.

Manche Menschen würden sagen, gerade aus rationaler Sicht kann ein System, welches auf Wachstum ausgelegt ist, langfristig gar nicht nachhaltig sein.

Das Argument kenne ich. Ich habe mal eine sehr interessante Debatte miterlebt mit dem Autor Dennis Meadows, der sehr interessant dargelegt hat, dass in Deutschland sein Titel einfach falsch übersetzt worden ist. Er meinte nicht »Grenzen des Wachstums«, sondern er hat geschrieben über die »Grenzen für Wachstum«. Das ist eine



Unterscheidung, die ich auch für enorm wichtig halte. Wir haben bei uns in der Politik und gerade auch in der Nachhaltigkeitsszene leider immer wieder die Menschen, die sagen, Nachhaltigkeit und Wachstum seien Gegensätze. Für mich ist es wichtig, dass wir unser Wachstum im Rahmen und mit den Rahmenbedingungen der Nachhaltigkeit fortführen und dass wir Wachstum nicht losgelöst davon betreiben. Aber dass Nachhaltigkeit Wachstum entgegenstände, da würde ich mich doch sehr gerne energisch gegen wehren.

Im Rat für Nachhaltige Entwicklung saßen Sie zusammen mit Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft. Wie hat das die Debatten geprägt?

Ich empfand diese drei Jahre im Rat als außerordentlich bereichernd. Alle Mitglieder waren Menschen, die einen tiefen Hintergrund im Thema der Nachhaltigkeit hatten. Ich habe unglaublich viel dazugelernt und habe auch meine eigene Position sehr stark bereichern können damit, dass ich aus diesen verschiedenen Bereichen – kirchliche Bereiche, Umweltverbände, Politik – auch Aspekte der Nachhaltigkeit erlebt und gehört habe, die mir überhaupt nicht bekannt waren. Das hat auch mein Urteil durchaus geschärft, teilweise auch verändert. Ich habe natürlich meine Überzeugungen im Rat vertreten. Und ich hatte das Gefühl, so wie man mir begegnete, dass die Wirtschaft in dieser Runde nicht der Buhmann oder der Außenseiter war, sondern dass ich als Person, aber auch als Vertreter dieser Zunft durchaus respektiert war und man gerne meine Meinung gehört hat.

Eines Ihrer Hauptanliegen im Rat war die Entwicklung des Nachhaltigkeitskodex...

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex war für mich wichtig, weil das etwas war, wo wir der deutschen Wirtschaft gegenüber das Thema Nachhaltigkeit in einer sehr greifbaren Weise positionieren wollten. Und wo wir natürlich auch der deutschen Wirtschaft das Thema Nachhaltigkeit nicht besonders sympathisch nahebrachten, weil jeder sagte: Huhu, hier ist wieder Bürokratie im Anmarsch, hier müssen wir wieder drei Leute einstellen, damit die jetzt für uns diese Haken machen ...

Mussten Sie also viel Überzeugungsarbeit leisten?

Ja, natürlich. Ich habe seit Anfang des letzten Jahrzehnts immer wieder versucht, schon bevor ich dem Rat angehörte, dieses Thema in Wirtschaftskreisen zu besprechen. Als Investor sind wir ja investiert in allen DAX-Werten, in allen EuroStoxx-Werten, daher hatten wir immer wieder Gelegenheit, auch mit den Investoren oder mit den Gesellschaften über solche Themen zu reden. Da gab es sehr interessante Gespräche, die ich geführt habe, die teilweise höchst kontrovers waren. Teilweise haben sich mir auch Auffassungen von Klimaschutz offenbart, wo ich geradezu schockiert war. Aber ich glaube, da nutzt nichts als das Gespräch, der Disput, um diese Menschen, die vielleicht aus völlig irrationalen Gründen den Klimaschutz oder die Aktivitäten dafür ablehnen, davon zu überzeugen und mit ihnen zu arbeiten.



Wären Sie dafür, den Nachhaltigkeitskodex auch rechtlich stärker zu verankern?

Nein, wäre ich nicht ... Sie würden sich damit der Chance benehmen, Menschen überzeugt dem Kodex und der Nachhaltigkeit folgen zu lassen. Wenn Sie das zur gesetzlichen Verpflichtung machen, werden Sie eine enorme Wand der Abwehr aufbauen und werden dann am Ende das Resultat haben, dass Sie eine deutsche Wirtschaft dort sitzen haben, die einfach Haken an diese unterschiedlichen Verpflichtungen macht, statt sich wirklich dafür einzusetzen. Ich bin auf der anderen Seite auch fest davon überzeugt, dass dieses Thema Nachhaltigkeit so offensichtlich ist, dass man es mit hinreichender Intensität im Dialog schaffen wird. Die nächste Generation von Wirtschaftsführern hat ja auch eine ganz andere Sozialisierung, und die Debatte ist deutlich einfacher, als das früher war. Diese Freiwilligkeit, die ja auch dann einen gewissen Enthusiasmus mit sich bringt, würden Sie sich verbauen, wenn Sie das zu einem bürokratischen Moloch machen.

Wo stehen wir denn jetzt in Deutschland? Wie tief ist das Thema Nachhaltigkeit wirklich verwurzelt? International halten wir uns ja für ein Vorbild...

Eine gewisse Vorreiterrolle, die wir mal Mitte des letzten Jahrzehnts hatten, haben wir verloren. Beim enorm sichtbaren Thema Klimaschutz macht uns unsere Energiewende nach wie vor zu einem, ich will jetzt nicht sagen Vorbild, aber doch zu einem ganz besonders hervorragenden Einzelfall. Ich formuliere das extra so, weil die Energiewende ein sehr deutliches Beispiel dafür ist, was ich eben sagte, dass man mit politischer, gesetzlicher Vorgabe auch vieles kaputt macht. Ich glaube, dass viel von dem eigentlich ganz positiven Trend Richtung Unterstützung von Klimaschutz durch die Art, wie die Energiewende herbeigeführt worden ist, zerstört worden ist.

Was müsste denn passieren, damit Deutschland wieder eine Führungsrolle einnimmt?

Ich glaube, wir müssten, und das ist jetzt nicht als Kritik gedacht, wieder zu einer Priorisierung der Nachhaltigkeit in der politischen Agenda kommen. Ich habe nicht den Eindruck gehabt in meiner Zeit im Rat, dass das Thema von der Politik und der Bundesregierung mit besonderer Intensität verfolgt wurde. Gleichwohl haben wir seit 2005 auch eine Finanzkrise gehabt, eine europäische Government-Bond-Krise, jetzt die Flüchtlingskrise, die Politik hat natürlich andere Prioritäten.

Und wie kann der Rat für Nachhaltige Entwicklung die gebührende Aufmerksamkeit für das Thema erlangen?

Er ist ja nun immerhin eine Regierungskommission, nicht? Ich würde nicht die Forderung aufstellen, dass jede Empfehlung des Rates in ein Gesetz gegossen werden muss, aber man müsste wenigstens mal sehen, wie Anregungen und Empfehlungen des Rates dann im politischen Prozess weiterbehandelt werden. An meine Nachfolger würde ich appellieren, diese wirklich großartige Arbeit und diese großartige Debatte,



die innerhalb des Rats geführt wird, mit mehr Nachdruck zu versuchen, in der Politik zu platzen, und sich nicht zu leicht abspesen zu lassen.

Die Aufgabe Nachhaltigkeit: Schaffen wir das als Gesellschaft?

Ich bin tief davon überzeugt, wenn die Generation X und die Generation Y meinungsbildend werden innerhalb unserer Republik, muss gar nicht mehr so fürchterlich viel darüber geredet werden. In der Nutzung von Autos sehen Sie es heute schon, diese Generation fährt so gut wie kein Auto mehr. Nicht nur weil sie keine Parkplätze mehr finden in den Großstädten, sondern weil sie auch wirklich der Auffassung sind, dass das für unsere Umwelt nicht vernünftig ist. Diese Generation ist viel bewusster beim Thema Massentierhaltung und Fleischkonsum, was ja auch die unterschiedlichsten Auswirkungen aufs Klima hat. Also ich bin da sehr, sehr optimistisch.

Das Interview führte Robert Kalimullin.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Jochen Flasbarth

Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2003

Mit welcher Motivation haben Sie im Rat mitgearbeitet?

Ich hatte das besondere Privileg, in den Anfangsjahren der Ratsarbeit mitzuwirken. Die Gründung des Rates für Nachhaltige Entwicklung und die Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien haben eine großartige Aufbruchsstimmung ausgelöst, die für uns alle sehr motivierend war. Mit Matthias Platzeck und danach Volker Hauff hatte der Nachhaltigkeitsrat herausragende Persönlichkeiten, die die entscheidende Startphase mit ihren Moderations- und Führungsfähigkeiten geprägt haben.

Besonders spannend waren natürlich die begleitenden Diskussionen zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie – da wurde im Rat hart, aber auch mit großer Ernsthaftigkeit und Fairness gerungen. Ich glaube, dass die Strategie ohne den Rat weniger prägnant und vermutlich auch ohne quantifizierte und mit einem klaren Zeithorizont versehene Ziele ausgefallen wäre. Hier hat sich vor allem Volker Hauff große Verdienste erworben, weil er gegenüber der Bundesregierung und auch direkt gegenüber Bundeskanzler Gerhard Schröder immer hartnäckig vertreten hat, dass es einer Strategie ohne quantifizierte Ziele an Durchschlagskraft fehle.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Seit vielen Jahren wird der Nachhaltigkeitspolitik immer wieder vorgeworfen, sie sei nicht wirksam genug. Tatsache ist jedoch, dass seit der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 der Einfluss des Nachhaltigkeitsleitbildes auf alle Politikfelder stetig wächst.

Bestes Beispiel dafür ist der Beschluss der globalen Nachhaltigkeitsziele, der »Sustainable Development Goals« der Vereinten Nationen. Die internationale Staatengemeinschaft verpflichtete sich im September 2015 – trotz aller Differenzen und Unterschiede und in einer weltweit schwierigen Gesamtlage – zu einem nachhaltigen Entwicklungsweg. Das Leitmotiv lautet »Transforming Our World« und die Agenda gibt mit ihren 17 Zielen die Orientierung für den grundlegenden Wandel der Gesellschaften und Wirtschaften aller Staaten der Welt – weg vom Verbrauch fossiler Energie, hin zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft, hin zum Ende von Hunger und Armut und zu mehr Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Regionen und Staaten der Welt.

* Titel zur Zeit der Berufung



Nachhaltigkeit gibt somit die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Die deutsche Nachhaltigkeitspolitik etablierte bereits im Jahr 2002 mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie quantifizierte Ziele in allen Politikfeldern der Bundesregierung, die, durch Indikatoren transparent und überprüfbar, in bestimmten Zeiträumen zu erreichen sind – vom Ausbau der Kinderbetreuung bis zur geringeren Luftbelastung. Das Leitprinzip einer nachhaltigen Entwicklung für das Regierungshandeln sorgte in den vergangenen Jahren für die Entwicklung wichtiger umweltpolitischer Strategien, etwa der Ressourceneffizienzstrategie oder aktuell des Aktionsplans nachhaltiger Konsum. Höchst problematische Entwicklungen wie der Flächenverbrauch oder die übermäßige Stickstoffbelastung wurden durch die kontinuierliche Verfolgung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu Top-Themen der Umweltpolitik. Und mit dem Beschluss des Maßnahmenprogramms »Nachhaltige Bundesregierung« im Jahr 2010 verpflichtete sich die Bundesverwaltung, in ihrem gesamten administrativen Handeln nachhaltiger zu werden.

Nachhaltigkeitspolitik ist demnach nicht nur an der Wirksamkeit der originären Nachhaltigkeitsstrategie zu bewerten, sondern anhand ihrer grundsätzlichen konzeptionellen Ausrichtung: die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten anzuerkennen, unser Verhalten und wirtschaftliches Handeln daran auszurichten und gleichzeitig für sozialen Ausgleich und mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Der Nachhaltigkeitsrat hat heute mehrere Aufgaben, denen er in jedem Falle weiter nachgehen sollte und die es weiterzuentwickeln gilt. Dabei ist zum einen die spezifische Kompetenz und Programmatik des Rates hinsichtlich des fachpolitisch übergreifenden Charakters von Nachhaltigkeitsfragen gegenüber anderen Gremien der Politikberatung zu wahren und zu schärfen. Und zum anderen ist die Auseinandersetzung und Kooperation mit den entscheidenden Akteuren nicht nachhaltiger wie nachhaltiger Politik voranzutreiben. Die Aufgabe der kritischen Begleitung und Beratung der Politik steht für mich hier zunächst im Vordergrund. Der Nachhaltigkeitsrat sollte die Erwartungen der Zivilgesellschaft in Sachen Nachhaltigkeit, aber auch ihr Wissen – ergänzend zu wissenschaftlichen Beratungsorganen – bündeln und zuspitzen.

Der Rat sollte zudem dabei die globale Perspektive noch stärker widerspiegeln. Denn ebenso wie die Herausforderungen nicht nachhaltiger Entwicklungen heute weltweit wirken, ist auch die Zivilgesellschaft heute, global betroffen, gleichzeitig vielfach auch global mitverantwortlich und zum Teil auch global organisiert. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sollte hier mit allen seinen Mitgliedern noch öfter und deutlicher in die kontroverse Auseinandersetzung gehen. Wie der Rat selbst immer wieder betont, ist Nachhaltigkeit kein Kuschelthema, sondern das Offenlegen von Konflikten, das Aushandeln sehr divergenter Interessen, der offene Lernprozess.



»Die Kommunen sind für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar«

Interview mit Horst Frank

Oberbürgermeister der Stadt Konstanz*,
Ratsmitglied von 2003 bis 2010

Herr Frank, als Sie sich im September 2012 aus dem Amt des Oberbürgermeisters von Konstanz verabschiedeten, wollten Sie gleich darauf eine Fahrradtour entlang des Rheins machen. Wie war die Tour?

Sie war schön. Ich habe unterwegs viele Freunde und Bekannte besucht und konnte meinen Gedanken nachhängen. Dadurch bekam ich den Abstand, den ich mir erhofft hatte. Vorher hatte ich ja nie die Zeit, um zu reflektieren.

Da gab es sicher eine Menge, immerhin waren Sie 16 Jahre lang für die Geschicke von Konstanz verantwortlich – als erster grüner Oberbürgermeister Deutschlands. Die Zeitungen bezeichneten Ihre Wahl 1996 als »Paukenschlag«. Haben Sie das damals selbst so empfunden?

Das wurde mir auf jeden Fall so vermittelt. Die Grünen galten ja '96 als noch nicht wirklich regierungsfähig. Es gab Unternehmer in Konstanz, die sagten: »Ein Grüner? Um Gottes willen! Können wir hier überhaupt noch unsere Firmen halten?« Diese Vorurteile haben sich aber relativ rasch gelegt.

Dabei mag geholfen haben, dass Sie direkt nach Amtsantritt eine »moderne Kommunalpolitik« ankündigten. Was bedeutet das für Sie, moderne Kommunalpolitik?

Das heißt, die Menschen mitzunehmen, aber auch zu schauen, was sind die langfristigen Entwicklungen, wie kann man eine Stadt zukunftsfähig machen? Wie ist sie eingebunden in die Region, in Deutschland und in Europa? Das bezieht sich auch auf das Thema Integration. Meine Botschaft war: Ich erwarte, dass sich jemand auf unsere Gesellschaft einlässt. Aber wenn jemand hier wohnt, ist er oder sie Konstanzer Bürger oder Bürgerin. Egal wo er oder sie herkommt.

Die Zukunftsfähigkeit, von der Sie soeben sprachen, wird oft auch mit Nachhaltigkeit assoziiert. Welchen Stellenwert hatte denn dieses Thema in Ihrer Amtszeit?

* Titel zur Zeit der Berufung



Nun, irgendwie musste man ja merken, dass ein Grüner dran ist. Wir haben zum Beispiel mit anderen Gemeinden die »2000-Watt-Gesellschaft Bodensee« auf den Weg gebracht, um uns ganz konkrete Energie-Einsparziele zu setzen. Ein großes Thema war auch ein höherer Anteil an öffentlichem Nahverkehr sowie Rad- und fußläufigem Verkehr. Und es ging darum, die Tagesbetreuung und Kindergärten auszubauen, um die Stadt für Familien zukunftsfähig zu machen. Außerdem wollte ich natürlich, dass die Wirtschaft prosperiert. Hier war Solar- und Photovoltaik-Technik wichtig. Aber nachdem die Bundesregierung die Förderung erheblich reduziert hatte und chinesische Firmen weiter subventioniert wurden, ist in diesem Feld der Zukunftsentwicklung leider vieles zusammengebrochen.

Da Sie gerade die Wirtschaft ansprechen: Vertreter der Nachhaltigkeitsdebatte kritisieren ja immer wieder, dass im Zweifel zu stark auf deren Interessen eingegangen wird. Auch Ihnen wurde in Ihrer Amtszeit von Parteifreunden vorgeworfen, einen zu wirtschaftsfreundlichen Kurs zu fahren.

Das ist doch normal in einer Partei. Letztlich ist Politik nach Max Weber aber die Kunst, Realität zu gestalten. Ohne Frage braucht man Denkanstöße und eine kritische Diskussion, ob man sich zu sehr anpasst oder zu viele Kompromisse macht. Aber es nützt ja nichts, eine absolute Forderung aufzustellen, damit zu scheitern und sich dann auf die Schulter zu klopfen: »Jetzt hab ich aber gezeigt, wie rein grün ich doch bin.«

Auch der Atomausstieg war ein Kompromiss, der bei den Grünen und den Umweltverbänden heiß diskutiert wurde. Dennoch war er eine realistische Perspektive. Andererseits muss man die Industrie natürlich auch fordern. Denn freiwillig, das ist meine Erfahrung, macht sie nichts, einfach weil ihr Denken zu kurzfristig ist.

Sie sind 2003 in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen worden – als einer der ersten Kommunalpolitiker überhaupt. Welche Rolle spielt die kommunale Ebene denn aus Ihrer Sicht für eine nachhaltige Entwicklung?

Sie ist unverzichtbar, denn sie ist die erste Ebene staatlichen Handelns, die den Bürgern, aber auch vielen Firmen begegnet. Straßen und Verkehr gehören zur kommunalen Ebene, auch in den Bereichen Energiewende oder Bau kann eine Kommune vorangehen, zum Beispiel im Hinblick auf entsprechende Dämmungen oder Photovoltaik-Anlagen. Wobei man gerade hier klar sehen muss: Wenn solche Maßnahmen auf die Miete umgelegt werden, wird es für bestimmte Schichten immer schwieriger. Und Nachhaltigkeit bedeutet ja auch, den sozialen Aspekt und Ausgleich mitzudenken. In der Kommune ist man täglich mit den Menschen konfrontiert, da können Sie nicht einfach theoretische Modelle an die Wand schmeißen und sagen: Das wird alles schon. Da geht es um Akzeptanz, denn die Leute sind ja nicht blöd. Insofern muss man, um beim Beispiel Wohnungsmarkt zu bleiben, darauf achten, dass der Sozialwohnungsbau weitergeführt wird. Hier haben die Kommunen über die städtischen Wohnungsbaugesellschaften einige Möglichkeiten.



Die kommunale Komponente hat Sie auch während Ihrer Zeit im Rat beschäftigt. Ein Projekt, das Sie ganz wesentlich vorangetrieben haben, war der Dialog »Nachhaltige Stadt«, zu dem sich inzwischen 30 Oberbürgermeister regelmäßig treffen, um über Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung nachzudenken. Was war die Idee dahinter?

Zur Kommunalpolitik gehört, über den Tellerrand zu schauen und Best-Practice-Vergleiche zu machen – einfach um zu sehen, was machen andere besser und was kann man übernehmen. Insofern ging es um einen Austausch, aber auch um eine Rückkopplung mit dem Rat. Und zwar in dem Sinne, dass einerseits die Städte merken: »Hoppla, wir müssen uns der Diskussion stellen.« Andererseits sollte aber auch der Rat immer wieder Impulse aus den Städten bekommen.

Es gibt doch aber die Fachausschüsse des Deutschen Städtetags oder Netzwerke, die im Zuge der Lokalen Agenda 21 entstanden. Fanden Sie deren Formate hierfür nicht adäquat?

Bei der Lokalen Agenda 21 ging es vor allem darum, die Stadtgesellschaft, also die Bürger, Vereine und Verbände einzubeziehen. Der Dialog des Rates zielte dagegen darauf ab, die Stadtverwaltungen und deren Chefs direkt mit dem Nachhaltigkeitsthema zu konfrontieren. Das ist ja auch eine Effizienzfrage: Eine öffentliche Verwaltung braucht mitunter Vorgaben, die ein Bürgermeister als deren Chef machen kann.

Hat der Dialog denn entsprechende Ergebnisse gebracht?

Ja, viele Oberbürgermeister haben Nachhaltigkeit zur Chefsache gemacht und veranlasst, dass es in ihren Städten Nachhaltigkeitsberichte mit einem Indikatorensystem oder ein nachhaltiges Beschaffungswesen für die Verwaltung gibt. Außerdem haben wir in dem Dialog 2010 die »Strategischen Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen« als eine Art Leitlinie verabschiedet.

Zu diesen Eckpunkten gehört auch die stärkere Abstimmung zwischen Kommunen, Ländern, Bund und EU. Wie weit ist diese Abstimmung aus Ihrer Sicht vorangeschritten?

Es sicherlich schwierig, dass dies tatsächlich funktioniert. Ich habe in Berlin jedenfalls festgestellt, dass die Bundespolitik dazu neigt, im eigenen Saft zu kochen – egal in welcher Partei. Gerade deswegen braucht sie immer wieder Anstöße. Als Kommunalpolitiker kann man beispielsweise auf Abgeordnete und entsprechende Regierungsstellen zugehen. Bei den Grünen haben wir hierfür Gremien wie GrünKom gegründet, den Verband bündnisgrüner kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten. Zu den Sitzungen kamen auch regelmäßig Abgeordnete aus den Fraktionen, oder wir haben uns bei Jürgen Trittin oder Renate Künast im Ministerium getroffen. Insofern gab es dort einen Austausch. Und dass der Bund von den Kommunen lernen kann, zeigt sich eben in Dingen wie der Energiewende oder der Wärmedämmung. Es gibt ja zahlreiche Bundeseinrichtungen, da könnte der Bund Vorreiter sein.



Im Jahr 2010 sind Sie aus dem Rat ausgeschieden. Wie würden Sie denn im Rückblick Ihre Rolle beschreiben? Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Die Zeit im Rat hat mir gezeigt, wie wichtig der Austausch von Menschen aus unterschiedlichen Gesellschafts- und Lebensbereichen ist. So kann man ein Projekt umfassend beleuchten, was in der Tagesarbeit oft auf der Strecke bleibt. Auch die internationale Zusammenarbeit mit anderen europäischen Nachhaltigkeitsräten oder Kräften, die in diesem Bereich arbeiten, war sehr befruchtend. Zugleich war es mitunter ein wenig schwierig.

Inwiefern?

Ich hätte mir den Rat radikaler gewünscht, indem er seine Forderungen mehr zuspitzt. Denn so wichtig der Austausch mit unterschiedlichen Akteuren auch ist: Durch den Zwang zur Einigkeit wird die Stoßrichtung manchmal zu wenig deutlich. Das schlug gerade bei dem Papier zur Energiepolitik und dem Umgang mit der Braunkohle durch. In dieser Frage hatten die Industrie- und Gewerkschaftsvertreter eine ganz andere Meinung als die Mehrheit und ich. Heraus kam eine Art Kompromiss, in dem zwar die wichtigen Dinge angesprochen wurden. Aber eben auch die Empfehlung, Kohle weiter zur Energiegewinnung einzusetzen und hierfür die CO₂-Speicherung sowie einen besseren Wirkungsgrad voranzutreiben. Das war nicht mehr so scharf und pointiert.

Braucht denn die Bundespolitik diese Zuspitzung wirklich? Schließlich unterstreicht sie doch immer wieder die Vorreiterrolle Deutschlands in Sachen Nachhaltigkeit, auch international wird in dieser Hinsicht positiv auf uns geschaut.

Dazu würde ich sagen: Unter den Blinden ist der Einäugige König. Manche Absichtserklärungen sind sicher gut gemeint. Aber ich sehe nicht, dass Nachhaltigkeit ein Ziel ist, das alles überlagert, sondern es ist eines unter vielen, das je nach Anforderungen der Tagespolitik nach hinten geschoben wird. Natürlich kenne ich aus meiner Politik-erfahrung hier das Dilemma. In der derzeitigen Diskussion um Flüchtlinge merkt man jedoch, dass einen letztlich Dinge einholen, die man bei einer langfristig orientierten Politik früher hätte erkennen können, aber vor sich hergeschoben hat.

Inwiefern kann der Rat eine solch langfristige Politik überhaupt begleiten? Verfügt seine Arbeit denn bei den entsprechenden Akteuren?

Das tut sie nur teilweise. Die Gefahr ist eben immer, dass andere Ziele im Vordergrund stehen. Da spielen auch Lobbyisten eine Rolle. In einem solchen Spannungsfeld tut sich ein Rat schwer, denn er kann eben nur beraten, Papiere machen und an die Öffentlichkeit gehen. Allerdings: An den Beispielen TTIP und CETA sieht man ja, was eine Zivilgesellschaft bewirken kann. Da ist der Druck inzwischen so stark, dass die EU-Handelskommissarin nun sagt, dass die privaten Schiedsgerichte möglicherweise doch durch etwas anderes ersetzt werden könnten. Organisationen wie der Rat können als Verstärker für derartige Vorstöße dienen. Ohne die Zivilgesellschaft jedoch wird er sich nicht durchsetzen.



Ein Bereich, der die Zivilgesellschaft betrifft und auch den Rat beschäftigt hat, ist nachhaltiger Konsum. Sie selbst haben einmal gesagt, als Südbadener seien Sie so sozialisiert, dass Sie Spaß und Genuss am Leben nicht verlieren wollen. Passen denn nachhaltiger Konsum, der ja oft als miesepetrige Verzichtveranstaltung verschrien ist, sowie Spaß und Genuss aus Ihrer Sicht zusammen?

Man sollte das nicht immer nur als Verzicht sehen, sondern kann das ja positiv wenden. Zum Beispiel isst man eben lieber weniger Fleisch, aber wenn, dann solches, das nicht aus der Massentierhaltung stammt und deshalb auch ganz anders schmeckt. Und es macht viel Vergnügen, hier in Konstanz über die Rheinbrücke in einen Frühlingmorgen zu radeln und auf den See oder die Berge zu schauen. Mit dem Auto habe ich das nicht.

Das Interview führte Roy Fabian.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Vera Gäde-Butzlaff

Vorsitzende des Vorstandes der Berliner Stadtreinigung bis 2014, seit 2015
Vorstandsvorsitzende der Gasag Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft und
Aufsichtsratsvorsitzende der Nehlsen AG*,
Ratsmitglied seit 2013

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Mich interessiert neben meiner spezifischen Perspektive aus dem ver- und entsorgungswirtschaftlichen beziehungsweise energiewirtschaftlichen Kontext auch die Frage, wie Nachhaltigkeitskonzepte in der Praxis in Wirtschaft und Gesellschaft besser verankert werden können.

Durch meine verantwortlichen Funktionen in öffentlichen und privaten Unternehmen habe ich sicherlich eine lebensnahe Einschätzung der vielen Möglichkeiten, aber auch ein Gespür für die Probleme, die auftreten können. Dies bringe ich gerne in die Arbeit des Rates ein und nehme umgekehrt auch viele Impulse wieder mit.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Im Prinzip sehe ich eine stetige, positive Entwicklung in die richtige Richtung. Das kommt aber nicht von selber, sondern verlangt stetiges Engagement. Ein gutes Beispiel dafür ist die Klimapolitik: Einige Jahre standen sich die wichtigen Akteure gegenseitig im Wege, aber seit der Klimakonferenz von Paris ist doch klar, dass wir mit der Energiewende in Deutschland keinen Sonderweg verfolgen, sondern ein Beispiel für alle geben. Eine echte Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs rückt damit endlich in greifbare Nähe.

Klimapolitik kann wiederum ein Muster werden, wie Nachhaltigkeitspolitik über konkrete Ziele ganz praktische Auswirkungen und Resultate erreichen kann. Diese Mechanik kann ich mir auch für andere Spielfelder der Nachhaltigkeit gut vorstellen.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Es gibt viele und immer mehr Beispiele, wie sich auch die Wirtschaft um Nachhaltigkeit bemüht. Wichtig ist aber zunehmend, dass Unternehmen auch nachhaltig geführt und gesteuert werden, sonst sind solche Aktivitäten bestenfalls gut gemeint und schlimmstenfalls Greenwashing. Quartalsdenken und ausschließliche Fixierung auf reine Kapitalverzinsung sind mit dem Nachhaltigkeitsgedanken nicht dauerhaft

* Titel zur Zeit der Berufung



vereinbar. Ich wünsche mir deshalb, dass Unternehmen neben legitimen Shareholder-Interessen auch Steuerungsimpulse aus den Interessen des Stakeholder-Umfeldes, also mit gesellschaftlichem, sozialem und ökologischem Blickwinkel entwickeln. Das liegt auch im eigenen Interesse, denn Unternehmen, die für die Zukunft keine Beiträge leisten, werden selber keine Zukunft haben.



»Das Thema der sozialen Sicherung kommt auf uns zu«

Interview mit Dr. Hans Geisler

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie a. D.*,
Ratsmitglied von 2006 bis 2013

Herr Dr. Geisler, welche Bedeutung hatte Nachhaltigkeit für Sie, bevor Sie zum Rat für Nachhaltige Entwicklung stießen?

Das Thema Nachhaltigkeit hat mich, wenn auch nicht öffentlich, seit meinem jungen Erwachsensein beschäftigt. Ich habe seinerzeit sehr bewusst die Äußerung des Club of Rome zur Kenntnis genommen, auch wenn das in der DDR nicht unbedingt zur Standardlektüre gehörte. Aber als jemand, der vom christlichen Glauben geprägt ist, war die Frage nach der Bewahrung der Schöpfung bei mir stets präsent. Als Christen hatten wir mit dem Credo »Machet Euch die Erde untertan!« lange Zeit eine Allmachtsfantasie, die sicher falsch ist. Ende der Fünfzigerjahre gab es eine Abkehr von dieser Wissenschaftseuphorie. Es wuchs in der Wissenschaft das Bewusstsein für die Verantwortung, dass nicht alles Machbare auch gemacht werden darf.

Dass die Grenzen nicht von der Machbarkeit, sondern von der Verantwortung her zu setzen sind, war für mich bereits vor meinem Chemiestudium zum Maßstab geworden. Und um ganz praktisch zu werden: Ich habe unseren Kindern dann später erklärt, dass im Garten eben nicht Unkraut-Ex verwendet, sondern einfach gejätet wird. Das heißt, wenn wir die Schönheit der Schöpfung bewahren wollen, müssen wir alle unser Leben danach ausrichten.

Ihr christlicher Glaube, Ihre Erziehung und als Schlüsselerlebnis der Bericht des Club of Rome waren also Ihre »Nachhaltigkeitsanker«. Wann kamen Sie mit dem Begriff der Nachhaltigkeit als Konzept zum ersten Mal in Berührung?

Der Inhalt war schon da, aber der Begriff tauchte zum ersten Mal Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger auf. Bei der Konferenz von Rio war er dann präsent, wobei er zu der Zeit nur einen kleinen Kreis erreichte. Er spielte eine Rolle bei der grünen Bewegung, aber nicht als Nachhaltigkeit, sondern im Zuge der Anti-Atomkraft-Bewegung. Meiner Meinung nach ging es da aber nicht um Verantwortungsbewusstsein, die Zukunftsfrage oder Ressourcen, sondern eigentlich um die eigene Betroffenheit, also die Frage: »Was passiert bei einem Betriebsunfall?«

* Titel zur Zeit der Berufung



Sie sind studierter Chemiker. Ist Ihr Blick auf Lösungen dadurch ein eher naturwissenschaftlicher?

Nein, der war eher durch mein Christsein geprägt. Ich habe mich in der DDR an vielen Stellen anders verhalten, als es üblich war, zum Beispiel als ich den Wehrdienst verweigert habe zu einer Zeit, da es keinen Ersatz als Bausoldat gab. Es gab Dinge in der DDR, die konnte ich als Hans Geisler nie verändern. Ich fühle mich nicht wie jemand, der eine Organisation gegen den DDR-Staat aufgebaut hat, aber ich zähle mich schon zu den Menschen, die in kritischer Distanz zum System gelebt haben. Ich bin geprägt von den Gedanken Dietrich Bonhoeffers in dem Buch »Widerstand und Ergebung«.

Sie sprechen den Widerstand in der DDR an. Braucht es heute wieder einen gesamtgesellschaftlichen Widerstand – nicht gegen ein politisches Regime, sondern gegen ein in vielen Lebensbereichen unnachhaltiges System?

Ja, das ist unbedingt notwendig. Es wird ja immer von einem scheinbaren Widerspruch gesprochen: Sind die Verhältnisse entscheidend oder mein Verhalten? Ich sage: Ohne eine Änderung des Verhaltens ändern sich auch die Verhältnisse nicht. Es ist aber nicht so, dass wir in Deutschland von einem ungebremsten Manchester-Kapitalismus überzogen sind. Aber es ist richtig, dass wir in der Finanzwirtschaft in der Vergangenheit die Zügel zu locker gelassen haben, zum Beispiel bei den Leerverkäufen oder der Eigenkapitalquote. Hier herrscht immer noch Regelungsbedarf. Es ist viel passiert, aber es reicht noch nicht. Als Sozialpolitiker habe ich immer gesagt: »Die Marktwirtschaft ist nicht von sich aus sozial, wir müssen das in Gesetzen fixieren«, also die Marktwirtschaft zur »sozialen Marktwirtschaft« gestalten.

Stichwort Sozialpolitik: Gab es bestimmte Ziele, die Sie sich für Ihre Amtszeit im Rat gesetzt haben?

Ja, die gab es, aber die Dominanz anderer Themen war im Rat – zumindest zu meiner Zeit – noch nicht zu überwinden. Meine Themen waren die sozialen Sicherungssysteme. Hier habe ich immer für eine Stärkung der Eigenverantwortung plädiert. Das hat man in bestimmten Kreisen immer als Verlassen der Solidarität gewertet. Aber da sage ich: Die Solidarität darf nie zulasten anderer Menschen gehen. Wenn ich mich meiner Gesundheit gegenüber unverantwortlich verhalte, dann darf dafür nicht die Solidargemeinschaft bezahlen müssen – Stichworte Rauchen, Alkohol etc. Da sind Sie natürlich ganz schnell im harten Fahrwasser. Ich bin ja kein Idealist, daher weiß ich, dass der Mensch manche Dinge erst merkt, wenn es ans Portemonnaie geht. Daher glaube ich, dass wir bei den Menschen bestimmte Verhaltensweisen sanktionieren müssen.

Während Ihrer Amtszeit gab es genau um diese Eigenverantwortung eine Diskussion zum Thema Fettsucht. Erinnern Sie sich daran?

Ja, natürlich. Es gibt Fettstoffwechselkrankheiten, für die der Einzelne nichts kann. Aber beim Großteil der Übergewichtigen kann und muss man das Verhalten verän-



dern. Verbote bringen hier nichts, aber zum Beispiel Essensunterricht bereits im Kindergarten und in der Schule.

Welche Verantwortung hat dabei die Industrie, zum Beispiel bei der Kennzeichnungspflicht?

Ich bin Vertreter der Ampel. Wir haben damals den nachhaltigen Warenkorb entwickelt, und zwar nicht nur in Bezug auf Essen, sondern zum Beispiel auch in Bezug auf Kleidung, Möbel und Geldanlagen. Hier konnte ich etwas einbringen in den Nachhaltigkeitsrat, das hat mich sehr gefreut. Beim Warenkorb fühlten sich dann aber einige zu sehr auf den Schlipps getreten. Die Industrie findet die Ampel bis heute zu drastisch.

Ähnlich intensiv soll die Diskussion im Rat über Recycling gewesen sein. Sie sollen gefragt haben: »Warum macht ihr nicht einfach ein Gesetz?«

Dies hat sich bei mir aber mit der Zeit in die Einsicht gewandelt, dass wir schon manches erreicht haben und dass wir es finanziell attraktiv machen müssen. Wenn das Kilo Papier statt für 15 Cent für 50 Cent abgenommen wird, wird man die Recycling-Quote erhöhen. Von daher ist ein Gesetz immer die letzte Wahl, wenn es gar nicht anders geht oder es zur Gefahr für die Allgemeinheit wird.

Die Frage »Warum macht ihr nicht einfach ein Gesetz?« zeugt von einem gewissen Pragmatismus.

Ja.

Gleichzeitig stellen sich zwei weitere Fragen, nämlich zum einen, inwieweit man die Gesellschaft bei einer nachhaltigen Entwicklung im Vorfeld mitnehmen muss und wann zuerst ein Gesetz kommen soll. Zum anderen stellt sich die Frage: Fehlt nicht zu oft einfach der politische Wille, notwendige Dinge durchzusetzen?

Ja, der fehlt in der Tat manchmal. Ich habe ja schon deutlich gemacht, dass in der Diskussion um Gefährdung – und durch nicht nachhaltiges Verhalten gefährden wir das Überleben der Menschheit und des gesamten Planeten – Gesetze nicht den größeren Erfolg bringen als der Versuch, die Menschen mit guten Argumenten zu überzeugen. Es ist schwerer und teurer, die Menschen immer wieder zu erreichen, aber es gibt Stellen, wo ich sage, dass die Freiheit dort Grenzen hat, wo sie zum Nachteil eines anderen wird. Und da hat die Gesellschaft das Recht, diese Grenzen zu ziehen. Betriebe – um auf das Recycling zurückzukommen – muss man gesetzlich verpflichten. Und wenn sie sich nicht daran halten, müssen sie eben zahlen. Beim einzelnen Menschen geht das aber nicht. Beim Verhalten muss man mit Anreizen arbeiten.

Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang die Einflussmöglichkeiten des Rates bei den politischen Entscheidern ein?



Als ich 2006 kam, musste ich feststellen, dass es einen sehr kleinen Kreis Interessierter gab und in der Regierung das Bewusstsein zwar da war, andere Themen dies aber immer überdeckt haben. Das hat sich glücklicherweise in den ersten drei, vier Jahren geändert. Im ersten Jahr ging es nur darum, wie weit wir überhaupt in die Gesellschaft, ins Parlament und die Regierung hineinkommen. In der folgenden Periode hat es dann wirkliche Fortschritte gegeben, zum Beispiel mit der Staatssekretärsrunde. Die öffentlichen Jahreskonferenzen waren gut und sollen auch bleiben, aber sie erreichten nur die Insider, die von selbst dafür brennen. Deshalb mussten wir versuchen, noch mehr in die Öffentlichkeit zu kommen, und da würde ich sagen, ist Nachhaltigkeit inzwischen schon fast überstrapaziert. Das Bewusstsein ist auch durch die Arbeit des Nachhaltigkeitsrates stark gewachsen.

Von außen betrachtet arbeitet der Rat sehr themenorientiert und in Projekten. Gab es während Ihrer Zeit im Rat auch einmal die Gelegenheit, einen Schritt zurückzutreten, sich das große Ganze anzusehen und zu fragen, wohin die Reise der Menschheit überhaupt gehen soll?

Ja, diese Gelegenheit gab es, gerade in meiner zweiten Amtszeit. Die Frage war auch dadurch institutionalisiert, dass bei meinen beiden aktiven Perioden eine internationale Kontrolle organisiert worden ist. Hier waren die Reflexion und die Zusammenfassung doch ein bisschen anders als im Bericht am Ende einer Legislatur. Die Peergroup, sieben Fachvertreter aus der ganzen Welt, brachte Fragen mit: Was wird in Deutschland im Rahmen der Nachhaltigkeit gestaltet und werden unsere Anregungen von der Politik angenommen? Hier stellte sich die Frage nach der globalen Verantwortung für die Menschheit. Aber wir haben uns auch wieder schwergetan mit der Frage, wie effizient die Umsetzung ist. Und damit sind wir wieder bei der eigenen Betroffenheit. Der Mensch lernt bloß, wenn er selbst betroffen ist.

Das heißt aber auch, dass man erst lernt, wenn es zu spät ist.

Ja, wenn es wehtut – im Geldbeutel oder am Leben. Das ist ernüchternd, aber ich sage immer: Der Sozialismus ist am falschen Menschenbild gescheitert. Die haben gemeint, der Mensch ist gut. Aber der Mensch ist von Haus aus sündig: eigensüchtig, genussüchtig und so weiter. Wenn ich das in meinen Überlegungen ausschließe, dann fährt das Ganze gegen die Wand.

Anders herum gedacht: Wenn ich diese Prämisse einschließe, heißt das dann, dass wir nie eine nachhaltige Gesellschaft erreichen werden, weil der Mensch von Natur aus gar nicht darauf ausgelegt ist?

Da habe ich sowohl aus meiner Erfahrung und aus meinem Glauben heraus die Hoffnung, dass wir immer noch rechtzeitig und mit der Hilfe des außerhalb meines Verstandes Stehenden die Kurve kriegen. Aber es wird nicht schmerzfrei sein und zu unnötigen Folgen führen, weil wir es eher nicht verstanden haben.



In Deutschland scheint man die Lage verstanden zu haben. Zumindest gilt Deutschland als Vorreiter in puncto Nachhaltigkeit. Ist diese Wahrnehmung richtig?

Ja, eindeutig. Es ist allerdings an manchen Stellen, zum Beispiel bei der Braunkohle oder dem Verkehr, nicht so. Da müssen wir mehr verändern.

Was würden Sie dem Rat für Nachhaltige Entwicklung für die Zukunft wünschen?

Dass er sich des Themas der sozialen Sicherung annimmt, denn das wird auf uns zukommen. In unserer Gesellschaft sind bald 30 Prozent nicht mehr im arbeitsfähigen Alter – das ist noch nicht bewältigt. Als Bismarck die Sozialversicherung eingeführt hat, galt die ab einem Eintrittsalter von 70 Jahren. Die Männer wurden aber gar nicht so alt und es war klar, dass kein Mann eine Rente bekommt, man also auch gar kein Geld dafür braucht. Heute ist das durchschnittliche Eintrittsalter bei ungefähr 63, obwohl die Männer im Schnitt 78 Jahre und die Frauen 83 Jahre lang leben. Das Geld dafür muss ja jemand erarbeiten.

Das Interview führte Christian Vock.



3 Fragen – 3 Antworten mit Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags a. D.*,
Ratsmitglied seit 2011

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Es sind zwei Motivationen. Einmal ist mir der Maßstab Nachhaltigkeit als Leitorientierung für unseren Weg in die Zukunft, als Ausdruck von Zukunftsverantwortung sehr wichtig. Die Mitarbeit in dem Kreis dieser kompetenten Persönlichkeiten mit verschiedenen Fachkompetenzen und Erfahrungswelten ist für mich eine große Bereicherung.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Nachhaltigkeit wird nicht mehr nur als Aspekt und Thema der Ökologie betrachtet, sondern zunehmend als ein Grund- und Leitprinzip für alle Fach- und Lebensbereiche. Das ist ein großer Fortschritt, weil sich damit allmählich ein Leitthema entwickelt, das eine ganzheitliche Betrachtung und im Prinzip dann auch eine ganzheitliche Orientierung der Politik fördert. Ein gemeinsamer Maßstab für »den Fortschritt«.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Ich wünsche dem RNE auch für die nächste Periode eine engagierte und kompetente Besetzung. Vor allem wünsche ich der starken Mannschaft in der Geschäftsstelle weiter diese Leidenschaft für das Thema und die Aufgabe und weiter diese Wirksamkeit in den vielfältigen Netzwerken.

* Titel zur Zeit der Berufung



3 Fragen – 3 Antworten mit Rainer Grohe

Direktor GALILEO Joint Undertaking, Vorsitzender Umweltausschuss des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)*, Ratsmitglied von 2001 bis 2007

Mit welcher Motivation haben Sie im Rat mitgearbeitet?

Ich habe viele Jahre den Bereich Umweltpolitik (ehrenamtlich) beim BDI betreut und immer den Konflikt Umweltschützer (die Guten) und Industrie (die Bösen) bedauert. Wir haben deshalb damals die Initiative »Econsense« entwickelt und umgesetzt. Der Nachhaltigkeitsrat erschien mir, weil breiter aufgebaut, eine geeignete Plattform, diese Themen wirkungsvoller anzugehen.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Enttäuschend! Verbal in aller Munde, praktisch immer noch das alte Gut-Böse-Schema, reduziert auf Umweltpolitik. Sie werden sich erinnern: In einer unserer ersten Sitzungen im Beisein des damaligen Bundeskanzlers haben wir (einige von uns) insistiert, dass man Schwerpunkte diskutieren müsse, z.B. Energiepolitik und demografischer Wandel. Sehen Sie, was daraus geworden ist: Die Energiepolitik verdient den Namen nicht. Die Energiewende ist ein Desaster, nicht weil die Umsetzung an einigen Stellen hakt oder alles teurer wird, sondern weil sie von Anfang an nicht zu Ende gedacht war. Das Thema »Unsere sozialen Systeme angesichts des demografischen Wandels« wird in der realen Politik schlichtweg ignoriert. Bei beiden Themen handelt man nicht lösungsorientiert, sondern ideologisch.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Bringt Sachverstand in die Diskussionen und sichert euch dafür die Expertise von Leuten, die die Fragen verstehen und nicht schon die Antworten haben. Werdet lauter! Die Aufgabe heißt »Nachhaltige Entwicklung«, nicht Stillstand und Verbote, schon gar nicht Denkverbote!

* Titel zur Zeit der Berufung



3 Fragen – 3 Antworten

mit Hermann Graf Hatzfeldt

Forstwirt, Vorsitzender des Forest Stewardship Council in Deutschland*,
Ratsmitglied von 2003 bis 2007

Mit welcher Motivation haben Sie im Rat mitgearbeitet?

Das Motiv, Mitglied im Rat zu werden, war anfänglich die reizvolle Aussicht, durch die enge Anbindung des Rats an das Kanzleramt meine umwelt- und energiepolitischen Anliegen gleichsam auf eine höhere Ebene zu heben. Im Verlauf wurde mir dann schnell klar, dass die Agenda meiner Mitarbeit viel weitreichender sein würde und dass der eigentliche Reiz in der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit hervorragenden Vertretern der verschiedenen Interessengruppen lag.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Meine Einschätzung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik ist zwiespältig. Es gab und gibt durchaus partielle Fortschritte, auch solche, die nicht ohne den Rat erfolgt sind, zum Beispiel die Energiewende. Zugleich sind unübersehbar das Ausmaß der Klienten- und Lobbypolitik hinter den Kulissen, die Trägheit der politischen und bürokratischen Prozesse und allgemein die Widerstände gegen grundlegenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, ohne den keine echte Nachhaltigkeit möglich wird.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Ohne die gegenwärtigen Möglichkeiten und Grenzen des Rats abschätzen zu können, würde ich mir wünschen, dass in Zukunft diese strukturellen und systemischen Hemmnisse tiefer gehend analysiert und mutiger adressiert werden als zu »meiner« Zeit im Rat. Das gilt insbesondere für die Frage, ob und gegebenenfalls wie Wirtschaftswachstum wirklich nachhaltig sein kann – wie grün auch immer.

* Titel zur Zeit der Berufung



»Wir stehen ganz am Anfang der Entwicklung«

Interview mit Dr. Volker Hauff

Ehem. Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main a. D., Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie a. D., Bundesminister a. D.*, Ratsmitglied von 2001 bis 2010

Herr Dr. Hauff, mit dem Brundtland-Bericht 1987 haben Sie das Verständnis für Nachhaltigkeit wesentlich geprägt. Würden Sie diese Auslegung heute anders beschreiben?

Die Definition mit der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit ist zum Klassiker geworden. Sie wurde schließlich ersetzt durch eine Interpretation, mit der ich nie ganz glücklich war: die drei Säulen von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Das ist eine notwendige Zwischenstufe im öffentlichen Lernen des Begriffes. Dadurch wurde er handhabbar, insbesondere für die Wirtschaft. Aber wir sprachen eher von einer Kultur der Nachhaltigkeit, denn die Bereiche durchdringen sich gegenseitig. Kultur ist der Stachel, der nachhaltige Entwicklung erst in Gang setzt.

Man wirft dem Begriff Schwammigkeit vor, gleichzeitig öffnet er viele Zugänge. Wie kamen Sie zu dem, was man heute Nachhaltigkeit nennt?

Das Thema hat mich ein Leben lang beschäftigt. Nach dem Abitur wollte ich etwas machen, wozu man seine Hände braucht. Ich ging für einige Monate ins Steinkohlebergwerk Essen zum Kohlehauen. Wenn ich meine Wäsche aus dem Wohnheimfenster hängte, war sie abends voller Ruß. Als Willy Brandt forderte: »Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden«, war das für mich nicht einfach ein abstrakter Begriff. So wurde das Umweltthema für mich interessant. Die harte Arbeit im Bergwerk prägte außerdem meine soziale Haltung, weswegen ich dann in die SPD eintrat.

Sie trieben die Ökologie politisch voran.

In meiner Zeit im Bundesforschungsministerium hinterfragten wir die Energiepolitik und die Risiken der Großtechnologien. Gegen alle denkbaren Widerstände setzten wir Anfang der 1970er-Jahre ein Forschungsprogramm für erneuerbare Energie auf, um Alternativen zu finden. Die Wissenschaft zweifelte an unserem Vorhaben: Das sei eine Spielwiese, die langfristig höchstens fünf Prozent an der Energieversorgung ausmachen könne. Um Umweltpolitik zu verankern, brauchten wir aber Sachverstand.

* Titel zur Zeit der Berufung



Wir gründeten einen wissenschaftlichen Beirat und legten ein eigenes Umweltforschungsprogramm auf. Der Regierung stellten wir das Umweltbundesamt zur Seite.

1983 berief Sie die norwegische Politikerin Gro Harlem Brundtland zur Mitwirkung in der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Was beeinflusste Ihre Arbeit dort?

Gro Harlem Brundtland verschaffte mir ein Schlüsselerlebnis mit ihrem Appell: »Die Art, wie wir den Bericht erstellen und wie wir dabei kommunizieren, ist genauso wichtig wie der Bericht selbst.« Deshalb kamen in der ersten Woche zunächst Menschen aus dem Amazonasbecken, Dissidenten der Sowjetunion oder Randgruppen aus Japan zu Wort. In der zweiten Woche erarbeiteten wir den Bericht. Was keiner von uns ahnte: Die Empfehlung für eine UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung, die wir in die Schlussbemerkungen schrieben, verhalf dem Thema zum Durchbruch. Deswegen gab es überhaupt den historischen Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992.

In Rio beschloss man ein weiteres Treffen nach zehn Jahren in Johannesburg.

Jeder Staat sollte 2002 berichten, welche Nachhaltigkeitsstrategie er für sein Land entwickelt hat. Doch lange passierte nichts. Etwa 18 Monate vor der Konferenz kam Bewegung in die Staaten. In Deutschland griff man auf das bewährte Modell der Umweltpolitik zurück: Institutionalisierung. Man gründete den Rat für Nachhaltige Entwicklung, den Staatssekretärsausschuss zur Kontrolle für die Umsetzung und später den Parlamentarischen Beirat für den Einfluss auf die Gesetzgebung.

2001 nahm der Rat für Nachhaltige Entwicklung seine Arbeit auf. Wo fängt man da an?

Das war die schönste Zeit im Rat! Wir orientierten uns an verschiedenen Punkten, von denen mir drei besonders wichtig waren:

Erstens: Wenn wir nachhaltige Entwicklung wollen, brauchen wir Produzenten und Konsumenten gleichermaßen. Das funktioniert nicht über einen Kommandostaat, der zu wissen glaubt, wie es geht. Er muss sich vielmehr als Partner verstehen, der darauf angewiesen ist, dass die Zivilgesellschaft Entscheidungen mitträgt.

Zweitens: Man muss jedem Ziel nachvollziehbare Größen hinzufügen. Denn nur was ich messen kann, kann ich auch managen. Wenn man nachhaltige Landwirtschaft anstrebt, heißt das z. B. konkret, dass die Einbringung von Stickoxid pro bewirtschaftete Fläche reduziert wird. Heute gibt es keine Nachhaltigkeitsstrategie eines Staates, die ohne solche Indikatoren auskommt.

Drittens: Wir leben in einer globalisierten Welt. Ich kann das Klima nicht allein in Deutschland retten. Ich kann die Meeresverschmutzung nicht allein durch deutsche Entscheidungen stoppen. Wir brauchen internationale Zusammenarbeit mit Absprachen, Verträgen, Technologietransfer und Finanzierung.



Heute erfreut sich besonders die Messung von Nachhaltigkeit großer Beliebtheit.

Die regelmäßige Berichterstattung mit Daten und Fakten hat sich auch durch die Arbeit des Nachhaltigkeitsrats etablieren können. Günther Bachmann, der heutige Generalsekretär, und ich riefen den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie ins Leben. Später ließen wir Gutachten über die deutsche Nachhaltigkeitspolitik von Nicht-Deutschen erstellen, die sogenannten Peer-Reviews. Das hat damals viele überrascht, ist aber mittlerweile breit akzeptiert.

Wie blicken Sie auf Ihre Ratstätigkeit zurück?

Mit Dankbarkeit und einem gewissen Stolz sowie Freude über die gute Zusammenarbeit, die sich im Rat entwickelt hat. Besonders mit Günther Bachmann und Klaus Töpfer haben wir den Stil des Rats geprägt: Statt ein Gutachten nach dem anderen zu schreiben, haben wir uns um praktische Relevanz bemüht und Themen bis zur Reife ausdiskutiert. Dadurch gab es viele konkrete Ergebnisse, zum Beispiel den Nachhaltigkeitskodex.

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex erhält gerade viel Rückenwind.

Ja, jetzt! Aber als wir anfangen, gab es eine riesige Diskussion. NGOs und Wirtschaft saßen sich unversöhnlich gegenüber. Die NGOs sagten: Freiwillige Berichterstattung ohne Gesetze ist Greenwashing, also inhaltsleeres Blabla. Die Wirtschaftsvertreter sagten: Nachhaltigkeit ist keine gesetzliche Aufgabe, sondern ein Stück unserer Eigenverantwortung, bei der wir uns Einmischung verbitten. Der Rat hat dann vermittelt, beide Positionen und ihre Argumente wertgeschätzt und gefragt: Was würde in freiwilligen Berichten drinstehen? Was ist wesentlich? Was ermöglicht Vergleichbarkeit? Das war ein schwieriger Prozess. Dabei konnten wir den Arbeitsstil des Rats verankern: Wir wollten nicht recht haben, sondern recht bekommen.

Damit haben Sie Gesprächskultur geprägt. Wie entsteht Kultur in Unternehmen?

Nehmen wir zwei Firmen, die derzeit am Pranger stehen: Deutsche Bank und VW. Beide waren schon für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis nominiert. Was für ein Widerspruch! Es geht eben nicht nur um technische Fragen: Welche Kreisläufe gibt es im Unternehmen, wie ökologisch ist die Beschaffung, wie innovativ das neue Firmengebäude? Nachhaltigkeit in Organisationen ist Chefsache. Aber nicht von oben herab mit Vorschriften, was zu tun ist, sondern durch Ermunterung, gemeinsam darüber nachzudenken, wie man sich weiterentwickelt. Daraus entsteht im Laufe der Zeit eine Kultur.

Spiegelt sich das nicht auch in den gegenwärtigen Wertediskussionen?

Werte kann man haben oder nicht haben. Kultur ist vielmehr das gegenseitige Einverständnis darüber, was wertvoll ist. Dabei geht es, über das Individuum hinaus, um das Zusammenleben. Wir befinden uns da in einem Lernprozess. In den letzten 15 Jahren



habe ich mir aber manchmal die Augen gerieben, wie rasch die Wirtschaft gelernt hat, Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Überraschenderweise wurde sie zur treibenden Kraft.

Woran lag das?

Wenn wir über die Herausforderungen der Zukunft nachdenken, sind sie alle mit nachhaltiger Entwicklung verbunden: Gesundheit, Verkehr, Bevölkerung usw. Wenn sich Unternehmen wegentwickeln von den Bedürfnissen der Gesellschaft, dann verschwinden sie und es kommen andere. Nur die Firmen werden überleben, die einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit in den nächsten 50 bis 100 Jahren leisten.

Immer mehr Unternehmen messen diesen Beitrag mit Key Performance Indicators.

Das ist alles sehr technisch durchdacht, was ich grundsätzlich nicht kritisieren möchte. Aber bei Zukunftsfähigkeit geht es um mehr: Sie verlangt Fairness und Vertrauen. An diesem Thema arbeite ich derzeit. Vertrauen ist eine knappe Ressource in der Risikogesellschaft. Vor 20 Jahren ging es um Umweltzerstörung. Heute erleben wir unglaubliche soziale Verwüstungen. Was ermöglicht ein gelingendes Zusammenleben von Menschen? Was hält eine Gesellschaft zusammen?

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die Ökonomie. Sie haben immer wieder ein nachhaltiges Finanzsystem eingefordert. Gab es hier Fortschritte?

Ja, aber unwesentlich. Nach der Wirtschaft muss nun die öffentliche Hand lernen, Nachhaltigkeit mit ihren Kernprozessen, also dem Bundeshaushalt, zu verknüpfen. Erste Ansätze dafür gibt es mit den Tragfähigkeitsberichten des Finanzministeriums. Bei Themen wie Demografie und Renten hat man begonnen, solche langfristigen Überlegungen anzustellen. An der Stelle sind nun Einfallsreichtum, Offenheit und Ernsthaftigkeit gefragt.

Hat der Rat ausreichend politischen Einfluss?

Er findet durchaus Gehör und hat viele konkrete Anregungen formuliert, die sich im praktischen Regierungshandeln niederschlugen. In jahrelanger Millimeterarbeit haben wir z. B. für eine nachhaltige Beschaffungspolitik gekämpft. Das ist ein Kernprozess des Bundes. Die öffentliche Hand ist bei Weitem der größte Nachfrager von Büromaterialien, Computern, Autos oder im Gebäudebau. Mittlerweile bewegen sich viele Ministerien in die richtige Richtung.

Indianischen Stämmen wird die Weisheit zugesprochen, jede Entscheidung sollte auch sieben Generationen später noch befürwortet werden können.

Wenn man Nachhaltigkeit einmal von der anderen Seite definiert, ist sie der Versuch, das, was wir heute tun und unterlassen, mit den Augen der kommenden Generationen zu sehen und zu bewerten. Das ist eine neue Art zu denken, die wir bisher weder ge-



lernt noch praktiziert haben. Einstein meinte ja, ein Problem kann man nicht mit dem gleichen Denken lösen, das zu diesem Problem geführt hat. Was würden also die in der Zukunft Lebenden wollen, was wir heute machen?

Fortschritt ist eine Schnecke, sagte Günter Grass. Was macht Ihnen Mut?

Dass die Schnecke sich bewegt! Ich wäre höchst verunsichert, wenn sie sich ins Schneckenhaus zurückzieht. Deshalb muss man Gelegenheiten schaffen zur Begegnung, eine Öffentlichkeit für das Nachhaltigkeitsthema organisieren und grundsätzlich zur Diskussion einladen.

Welche Wünsche haben Sie an die weitere Arbeit des Rats?

Dass er alle Beteiligten immer wieder daran erinnert: Bei Nachhaltigkeit geht es um die eigenen Verantwortlichkeiten, um Kernprozesse und -aufgaben.

Wann sind wir am Ziel angelangt?

Ich habe überhaupt keine Zweifel, dass wir erst ganz am Anfang einer Entwicklung stehen. Als ich damals sagte: Nachhaltigkeit wird das Leitbild des 21. Jahrhunderts, nahm mich kaum einer ernst. Mir war da schon klar: Das Leitbild wird erst wirksam, wenn ich längst gestorben bin. So langfristig muss man denken bei solchen Prozessen! Globalisierung und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen wird unsere größte Aufgabe.

Das Interview führte Tina Teucher.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Walter Hirche

Minister a. D. in Niedersachsen und Brandenburg, Chairman des Governing Board des UNESCO Institute for Lifelong Learning in Hamburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium a. D.*, Ratsmitglied seit 2010

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Mein Antrieb ist, dabei mitzuwirken, eine Kultur der Nachhaltigkeit zu entwickeln. In diesen Prozess kann ich meine Erfahrungen aus Aktivitäten auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Umwelt einbringen. Erkenntnisse sind genug da, jetzt kommt es darauf an, sie umzusetzen.

Es ist zentral, die Bürger für das Mitmachen bei den Schritten in eine bessere Zukunft zu gewinnen, denn weder mit Ordnungs- noch mit Interventionspolitik lassen sich die Probleme wirklich lösen. Für die Vermittlung von Einsicht und Motivation spielt das Bildungswesen eine besondere Rolle. Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Inhalten und Strukturen aller Ebenen und Bereiche des Bildungswesens national und international zu verankern ist mein besonderes Anliegen.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Die von den Vereinten Nationen beschlossenen Entwicklungsziele («Sustainable Development Goals») in der »Agenda 2030« setzen den Rahmen. Jetzt müssen die konkreten Taten in den Staaten folgen. In Deutschland ist das allgemeine Bewusstsein für die Notwendigkeit des Handelns im Sinne von Nachhaltigkeit gewachsen. Es sind auch Fortschritte zu verzeichnen, aber manches liegt noch im Argen. Die Mängel liegen im Konkreten. Insbesondere ist der Konflikt zwischen machtbestimmenden kurzfristigen sozialen und wirtschaftlichen Wünschen einerseits und generationsübergreifenden Notwendigkeiten andererseits nicht einmal ansatzweise öffentlich thematisiert.

Die Flüchtlingsfrage mit ihren globalen Ursachen und lokalen Auswirkungen wirft ein Schlaglicht auf langfristig fehlende Perspektiven für weltweit wachsende Probleme. Weiter geht es nur mit Konsens über konkrete Ziele, transparente Indikatoren und Evaluation der Ergebnisse. Nachhaltigkeitspolitik muss stärker in den Institutionen und den politischen Strukturen verankert werden. Im Bildungsbereich kann das Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Gemeinsamkeit mit den Ländern, Kommunen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft diese

* Titel zur Zeit der Berufung



Verankerung (Motto: »Vom Projekt zur Struktur«) erfolgreich voranbringen. Ähnliche Ziele brauchen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Der Rat für nachhaltige Entwicklung muss in seiner Scharnierfunktion zwischen den politischen Entscheidern auf der einen, Wirtschafts- und Sozialverbänden sowie der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite weiter gestärkt werden. In Deutschland bedeutet das zum Beispiel die Entwicklung von Nachhaltigkeits-Kodizes in weiteren Gesellschaftsbereichen zusammen mit den Betroffenen, wie dies für Unternehmen und Hochschulen bereits auf den Weg gebracht worden ist. Rechenschaftsberichte müssen stets auch über Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsziele berichten. Es sollten Vorschläge für besser vernetzte administrative Strukturen und stadtplanerische Alternativen erarbeitet werden.

Eine neue wichtige Aufgabe des Rates im nächsten Jahrzehnt ist die Verknüpfung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik mit der europäischen Agenda und den einschlägigen internationalen sowie UN-Initiativen. Es empfehlen sich weltweite Allianz-Projekte mit interessierten Staaten, um durch konkrete Beispiele Nachhaltigkeit, als Weg zur Zukunftsfähigkeit der Welt, unter Beweis zu stellen.



»Die Spielregeln der Welthandelsorganisation erschweren nachhaltiges Handeln«

Interview mit Prof. Dr. Claus Hipp

Geschäftsführer HiPP GmbH & Co. Vertrieb KG, Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT)*, Ratsmitglied von 2001 bis 2003

Herr Professor Dr. Hipp, wie würden Sie einem Kind Nachhaltigkeit in einem Satz erklären?

Nachhaltigkeit heißt, nicht mehr verbrauchen, als wieder nachwachsen oder ersetzt werden kann.

Sie sind praktizierender Katholik, engagieren sich stark in Ihrer Gemeinde. Wie integrieren Sie christliche Werte in Ihr unternehmerisches Handeln?

Unsere Firmenphilosophie der Bio-Produktion im Einklang mit der Natur hat sehr viel mit dem Respekt vor der Schöpfung zu tun. Als Unternehmerfamilie in der vierten Generation sehen wir vor allem auch unsere gesellschaftliche Verantwortung für Generationengerechtigkeit und Gemeinwohl. Unsere Haltung haben wir schon in den 1990er-Jahren in einer firmeneigenen Ethik-Charta zusammengefasst. Sie regelt den fairen Umgang der Mitarbeiter untereinander und mit Geschäfts- oder Projektpartnern. Die Basis ist christlich motiviert: Unser Handeln und unser Wille sollen nicht von Eigennutz bestimmt sein, sondern davon, auch dem Wohl des Ganzen und dem nächsten Mitmenschen zu nutzen.

Über Ihr Mitwirken im Münchner Behördenorchester kamen Sie mit Georgien in Berührung und unterrichten in Tiflis Malerei. Was bewegt die jungen Menschen dort?

Die Studenten sagen zum Beispiel, Nachhaltigkeit sei eine Verbindung zwischen allem, was wir tun – aber schwer zu erreichen. Sie beschäftigen sich unter anderem mit »intelligenten« Häusern, also nachhaltigem Design, der Schonung von Ressourcen und passenden Materialien. Oder mit Energiesparen und Armutsbekämpfung. Ein Student sagte, die Menschheit müsste sich an die Natur anpassen und nicht umgekehrt.

* Titel zur Zeit der Berufung



Von April 2001 bis Januar 2003 waren Sie Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung. Mit welchen Zielen sind Sie angetreten?

Das Thema Nachhaltigkeit war damals noch nicht so in aller Munde, wie es das heute ist. Da wir uns bei HiPP aber schon länger damit befassen und das Thema mir sehr am Herzen liegt, war es eine Ehre für mich, den Rat bei seiner wichtigen Aufgabe unterstützen zu können. Als Beratungsgremium für die Bundesregierung stand der Rat vor der großen Aufgabe, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland mitzuentwickeln.

Was konnte der Rat für Nachhaltige Entwicklung erreichen?

Er hat es vermocht, sich in den wesentlichen Fragen einer verantwortlichen Gesellschafts- und Umweltpolitik Gehör zu verschaffen. Dafür trat er in einen verantwortungsvollen Dialog mit der Bundesregierung und der Öffentlichkeit und wurde so zu einer wichtigen Instanz. Vor allem die Entwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex war aus meiner Sicht ein Meilenstein: Er bietet für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Organisationen und Unternehmen eine Orientierung. Durch die Indikatoren und Kennzahlen werden Nachhaltigkeitsleistungen und das Kerngeschäft transparenter und vergleichbarer.

Welche Themen standen für Sie bei der Ratsarbeit im Fokus?

Für mich persönlich waren die Themen Bodenschutz, Bodennutzung und nachhaltige umweltgerechte Landwirtschaft wichtig. Hiermit hat sich der Rat immer wieder sehr ausführlich beschäftigt. Er hat die Bundesregierung z. B. an das selbst gesetzte Ziel der Reduzierung des Stickstoffüberschusses in der Landwirtschaft erinnert. Bis 2020 soll dieser auf 80 kg pro Hektar begrenzt werden und 20 % aller landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen ökologisch bewirtschaftet werden. Letztendlich ist das Thema auch klimapolitisch relevant: Gesunde Böden, die genug Humus aufweisen, binden mehr CO₂.

Gab es einen Erfolg des Rats für Nachhaltige Entwicklung, der auf Ihr Engagement zurückzuführen ist?

Wissen Sie, als Musiker bin ich es gewohnt, in einem Orchester zu spielen, und weiß, dass dort jeder Einzelne an seinem Platz zählt. Jeder wird gebraucht, um eine gute Gesamtleistung zu erbringen. Niemand könnte diese Leistung allein schaffen und es werden alle benötigt, um es am Ende so klingen zu lassen, wie es klingen muss. Sicher wäre es gut gewesen, wenn ich mir auch für diese wichtige Funktion mehr Zeit hätte nehmen können. Es ist immer zu wenig Zeit für all das, was zählt im Leben.

Wo konnte der Rat die Politik »nachhaltig« beeinflussen?

Es ist gut, dass der Rat sich gebildet und unsere nationale Nachhaltigkeitsstrategie so klug, umsichtig und vorausschauend gestaltet hat, wie es nötig ist. Das ist eine große



Leistung: Nachhaltigkeit umfassend als »Haltung« in die Köpfe der Politiker zu bringen und nicht nur als »frommen Wunsch« zu formulieren. Mittlerweile wird ja sogar über eine gesetzliche Verankerung der Pflicht zur Nachhaltigkeit nachgedacht.

Sie sind Doktor der Rechte. Gibt es aus Ihrer Sicht Überlegungen, die die Gesetzgebungen bereichern würden?

Bei der Suche nach neuen Leitbildern und aufgrund eines allgemeinen Unbehagens an überkommenen Wachstums- und Fortschrittskonzepten scheint es notwendig, nach neuen Ideen zu suchen, die auf Ressourcenschonung und nachhaltiges Leben ausgerichtet sind. Das Königreich Bhutan ist durch seine Verfassung, die zur Glücksförderung verpflichtet, berühmt geworden. Von indigenen Andenvölkern aus Südamerika kennt man das Prinzip des »Buen vivir«, des »Guten Lebens«, das Bolivien und Ecuador auch in ihren Verfassungen verankert haben. Das beinhaltet auch, die Natur als Subjekt zu sehen und ihr gewisse Rechte einzuräumen. In der christlichen Tradition, die den Respekt vor der Schöpfung kennt, liegt dieser Gedanke auch nicht so fern.

Wie schätzen Sie den gegenwärtigen Stand der Nachhaltigkeitspolitik ein?

Die Spielregeln der Welthandelsorganisation erschweren nachhaltiges Handeln. Ein solches Verhalten wäre zwar über die Zeit gerechnet billiger als die Folgen der Zerstörung der Lebensgrundlagen, aber viele erliegen der kurzfristigen Perspektive: Sie sehen nur die finanziellen Vorteile, die die Ausbeutung der Umwelt und der Menschen bietet. Wer also rücksichtsloser agiert, hat leider auf dem jeweils aktuellen Markt teilweise immer noch erhebliche Vorteile, vor allem Kostenvorteile. Deshalb wäre es wichtig, die Spielregeln im internationalen Handel mehr am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten.

Sollten Unternehmer vom Gesetzgeber noch mehr in die Pflicht genommen werden?

Es kann ja nicht um den reinen Selbstzweck gehen. Die Frage muss doch immer sein, warum es sinnvoll ist, Gesetze zu erlassen und gewisse Regulative zu setzen oder warum man beispielsweise eher auf die Kräfte des Marktes setzt. Diejenigen, die Regelungen und Verordnungen erlassen, sollten sich hinreichend mit der Materie beschäftigen haben und sinnvolle Gesetze erlassen. Oftmals gibt es Verordnungen ja auch nur, weil sie präventiv erlassen werden, um Verantwortung nicht übernehmen zu müssen und um sich in vorseilendem Gehorsam gegen eventuelle Ansprüche abzusichern.

Was glauben Sie, wie sich die Rolle des Rates in der Politik entwickelt?

Der Rat wird immer mehr zu einer wichtigen Instanz in Deutschland werden. Durch die Globalisierung wird das politische und wirtschaftliche Geschehen immer komplexer. Es gibt keine einfachen Lösungen mehr. Deshalb benötigen wir dringend unabhängige Fachleute, die den Überblick behalten, das Geschehen im Gesamtzusammenhang sehen und beurteilen können. Rat und Orientierung von solch einer neutralen Instanz wird immer benötigt, selbst wenn man den Vorschlägen am Ende nicht immer folgt.



Welches Instrument sollte der Rat in den nächsten 15 Jahren im Orchester der nachhaltigen Entwicklung spielen?

Natürlich die des Dirigenten. Meine Erwartungen beziehen sich vor allem auf die Entwicklung von Instrumentarien, die Nachhaltigkeit qualifizieren und den Begriff aus der Umarmung der Marketing- und PR-Strategen retten können. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist aus meiner Sicht ein Thema, das mit allem Nachdruck voran gebracht werden muss, weil es auch ein Wirtschaftsthema ist. Viele halten das Eintreten für Biodiversität für reine »Folklore«. Hier hat der Rat eine wichtige Funktion als politischer Aufklärer.

Wo sollte der Rat noch vehementer auftreten?

Wenn es um die derzeitig praktizierte Grüne Gentechnik geht.

Was möchten Sie Ihren Nachfolgern im Rat mit auf den Weg geben?

Ihren Prinzipien auch in schwierigen Zeiten treu zu bleiben.

Sie haben Ihr Umfeld nachhaltig beeinflusst. Vielen ist ökologisches oder soziales Handeln aber zu anstrengend. Was sagen Sie denen, die zu bequem sind?

Es geht hier nicht um zusätzliche Anstrengungen, sondern um eine »Haltung«. Entscheidend ist, wie man die Dinge betrachtet. Wenn wir uns heute nicht nachhaltig verhalten, wird die Zukunft anstrengend: Dann müssen wir nämlich reaktive Wege finden, um mit den teils wahrscheinlich irreparablen Folgen und Schäden leben zu können.

Kann Bildung für nachhaltige Entwicklung diese Haltung fördern?

Wir benötigen mehr »Spezialisten für das Ganze«. Die Kinder sollen so früh wie möglich lernen, selbst zu denken. Der Nachwuchs heute wird zu sehr auf das perfekte »Nachplappern« und Auswendiglernen getrimmt und zu wenig auf wirkliches Erfassen, Reflektieren und Durchdringen von Ideen. Das sollte schon ab dem Kindergarten vermittelt werden, weniger als Frage der Inhalte, sondern als eine der Methodik: Lernen mit Herz, Hand und Verstand.

Welche Antworten können die Künste auf die Herausforderungen unserer Zeit geben?

Kunst und Musik sind zutiefst demokratische Prinzipien. In ihrem Wesen liegt nämlich ein Überschuss, der jedem zugänglich ist, der jeden ansprechen kann, der sich dafür öffnet. Durch Kunst wird der Betrachter mit dem Nicht-Alltäglichen konfrontiert und stößt dabei im besten Fall an die Grenzen seiner eigenen Kenntnisse und Erfahrungen. Dieses Unverständnis kann ihn letztendlich zu seiner eigenen ästhetischen Wahrnehmung führen, auf jeden Fall aber zu der Reflexion über das Gesehene und Gefühlte. Auf diese Weise wird Kunst für jeden erschließbar, da kein Vorwissen mehr



notwendig ist und nicht das Verstehen, sondern die subjektive Erfahrung im Zentrum des Kunsterlebens steht. Daher ist Kunst- oder Musikgenuss eine Art Dialog, der die Individuen stärkt und ihnen den Weg weisen kann, wie man seinem eigenen intuitiven Erleben mehr vertrauen kann.

Nehmen Sie uns mit auf eine Traumreise: Wie müsste ein Land aussehen, in dem es keine Institution wie den Rat für Nachhaltige Entwicklung mehr braucht?

In diesem Land leben alle so, dass sie das, was sie tun, immer tun könnten, ohne Ressourcen zu verschwenden oder zu übernutzen und ohne jemanden zu übervorteilen.

Sind Sie Optimist? Schaffen wir das?

Eine der drei göttlichen Tugenden ist die Hoffnung – also: Ja.

Das Interview führte Tina Teucher.



»Mir bereiten tabuisierte Themen Sorge«

Interview mit Prof. Dr.-Ing. Eberhard Jochem

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI),
Karlsruhe, Center for Energy Policy and Economics (CEPE), Eidgenössische
Technische Hochschule (ETH), Zürich*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2007

Herr Professor Jochem, Sie engagieren sich seit über 30 Jahren für den Klimaschutz. Gab es für Sie ein Schlüsselerlebnis, das Ihnen die Notwendigkeit für nachhaltiges Handeln vor Augen geführt hat?

Als 16-Jähriger fuhr ich auf einer Radtour mit Freunden von den Niederlanden ins Ruhrgebiet. Die Sonne strahlte, einer hatte sogar einen Sonnenstich. Als wir uns meiner Heimat näherten, sahen wir eine furchtbare schwarze Gewitterwolke am Horizont und rechneten mit einem Platzregen. Doch als wir hineinfuhren, wurde uns klar: Das war nur der Smog des Ruhrgebiets! Die Sonne konnten wir nicht mehr sehen.

Solche Phänomene kennen wir aus chinesischen Großstädten.

Das war Pfingsten 1958. Heute mokieren wir uns über Peking und vor zehn Jahren über Mexico City. Das ist der Snobismus der Unwissenden. Wir hatten den gleichen Dreck.

Was haben Sie aus dieser Erkenntnis gemacht?

Ich begann, so etwas zu fotografieren. 1971 ging ich als Post-Doc an die Harvard-Universität in Boston, um mich dort mit Umweltpolitik, -technik und -ökonomie zu beschäftigen. Die Wissenschaft war dort viel weiter: Man forschte zur Wirkung von Umweltschäden, z. B. Schwefeldioxid, Feinstaub und Asbest. Zurück in Deutschland, brachte ich 1973 die Forschungsideen in den Ad-hoc-Ausschuss »Umweltfreundliche Technik« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein.

Bis zur Berufung eines Rates für Nachhaltige Entwicklung in Deutschland war es noch ein langer Weg...

1978 veröffentlichte ich, dass die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre rasend schnell steigt. Mir war klar: Da wächst eine Riesenbombe! In Toronto trafen sich 1989 Meteorologen und Umweltschützer, um erstmals international den drohenden Klimawandel zu diskutieren. Dann kam 1992 die UN-Konferenz von Rio als Geburts-

* Titel zur Zeit der Berufung



jahr der Weltklimapolitik, dort wurde auch das Intergovernmental Panel on Climate Change, das IPCC, gegründet, in dem ich ab 1997 mitarbeitete und das für seinen Dritten Sachstandsbericht den Friedensnobelpreis im Jahr 2007 erhielt. In Kyoto 1997 wurde die Notwendigkeit für Klimaschutz allgemein politisch anerkannt und ein Emissions-Ziel für die Industrieländer und alle Staaten insgesamt bis 2050 formuliert.

Von seiner Gründung im April 2001 bis März 2007 waren Sie Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Mit welchen Zielen sind Sie angetreten?

Mich trieb die Frage des Klimaschutzes. Zu dem Zeitpunkt hatte ich durch meine Mitarbeit im IPCC schon gesehen, wie extrem schwierig dieser Prozess ist. Zum einen lähmt das Einstimmigkeitsprinzip der UN-Organisation, durch das z. B. Saudi-Arabien und die USA blockieren konnten. Zum anderen stritt man sich über das Gleichgewicht für Verursacher und Problemlöser: »Die Industrieländer haben uns den Klimawandel eingebracht, jetzt sollen sie die Suppe auslöffeln, das heißt in der Emissionsminderung vorangehen.« Ich sah Deutschland in der Pflicht.

Wie unterstützte der Rat dieses Anliegen?

Wir diskutierten zum Beispiel die Rolle der Kohle in einer nachhaltigen Energiepolitik. Denn wenn die Länder weiter Kohlekraftwerke bauen, braucht es für die entstehenden CO₂-Emissionen auch Lösungen. Wir führten Gespräche mit Umweltverbänden, die damals durchaus verstanden, dass man CO₂ auffangen und möglicherweise in der Erde speichern muss – mit Technologien, die man Carbon Capture and Storage (CCS) nennt.

Zur CO₂-Vermeidung setzten Sie andere Schwerpunkte als üblich.

Ich habe immer die effektivere Nutzung von Energie, die Energieeffizienz, wegen ihrer hohen Rentabilität prioritär gesehen. Erneuerbare Energien sind oft teuer. Die Politik betonte sie sehr einseitig, während sie die Energieeffizienz kaum beachtete. Das war medial begründet.

Inwiefern?

Es geht um politische Selbstdarstellung, um Wählerstimmen: Wo schauen die Leute hin, was zieht ihre Aufmerksamkeit an? Die Erneuerbaren erscheinen einfacher, greifbarer als die zwar rentable, aber schwer verständliche Energieeffizienz – die Medien orientieren sich an dem, was die Mehrheit lesen will.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat aus meiner Sicht die Aufgabe, in der Energiepolitik ein Gleichgewicht herzustellen. Das ist ihm in meiner Zeit nicht gelungen. Erst in den letzten Jahren sehen wir Veränderungen.



Wie kam es dazu, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz in jüngerer Zeit gleichgewichtig Gehör finden?

Der stärkste Treiber dafür ist seit zehn Jahren die Europäische Union mit ihren Richtlinien, z. B. für Gebäude, Öko-Design, Energiedienstleistungen und Energieeffizienz. Diese Richtlinien nötigten die Bundesregierung, mehr für die Energieeffizienz zu tun. Schon 1991 übernahm die damalige Bundesregierung unter Bundesumweltminister Klaus Töpfer die Empfehlungen der Enquetekommission »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre« für eine 30-prozentige CO₂-Minderung weitgehend. Doch bei der Umsetzung hatten in den darauffolgenden 24 Jahren viele Interessenvertreter bremsenden Einfluss. Sicher hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung – gemeinsam mit anderen Institutionen und Organisationen – dazu beigetragen, dass dieses Lobbying seine Grenzen hatte.

Wie ließe sich diese Komplexität reduzieren?

Man müsste viel differenzierter hinterfragen: Welche Industriezweige hätten wirklich ein Wettbewerbsproblem, wenn man ambitionierter vorgehe? Wo bestünde wirklich eine Gefahr, dass man die CO₂-Emissionen nur in andere Länder verschiebt? Eine Rücknahme der Steuervergünstigungen würde die verschiedenen Sektoren unterschiedlich treffen.

Hauptsächlich droht die Industrie ja damit, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern.

Dieses Argument muss man genauer hinterfragen! Die energieintensiven Zweige verbrauchen etwa 60 Prozent der industriellen Energie. Aber sie tragen nur etwa sechs Prozent zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei, mit abnehmender Tendenz. In diesen Branchen müsste man intensiv Innovationen fördern, statt durch Steuer- und Abgabentlastung die nicht nachhaltigen Produktionsstrukturen zu erhalten. Politik und betroffene Branchen müssten genau klären, wer durch mehr Prozessinnovationen und mehr Materialeffizienz zu nachhaltiger Produktion kommen könnte.

Verschärfen solche Maßnahmen nicht den Druck auf deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb?

Jein. Eins ist sicher: China wird in den nicht forschungsintensiven und innovativen Bereichen in spätestens 20 Jahren die Weltmärkte beherrschen. Nehmen wir das Elektroauto: Es ist technisch einfacher als der Verbrennungsmotor. Die deutschen Autobauer bleiben aber zu sehr bei der traditionellen Technik, statt sich mutig an die Spitze der Entwicklung zu stellen. Der wirtschaftliche Erfolg mit einem traditionellen Produkt war immer schon die Keimzelle des Niedergangs.



Ihr Steckenpferd ist die Energieeffizienz, die jetzt auf dem Vormarsch ist. Wie viele Jobs sind dadurch zu erwarten?

Je eingespartes Petajoule entstehen dauerhaft 50 neue Arbeitsplätze – netto, also nach Abzug der entfallenen Jobs in der Energiewirtschaft. Das liegt daran, dass Deutschland viel Energie importiert. Wenn man sie durch effizientere Nutzung einspart, wird das Geld im Inland in Investitionen, in Wartung und Instandhaltung angelegt. Klimaschutz hat fast immer einen positiven Beschäftigungseffekt: Weniger Ressourcen aus der Erde nehmen heißt mehr Ressourcen für Arbeit und Kapital einsetzen.

An den von Ihnen initiierten Energieeffizienz-Netzwerken beteiligten sich schon Hunderte Industriebetriebe. Deren CO₂-Emissionen sanken um durchschnittlich gut zwei Prozent pro Jahr. Die durchschnittliche interne Verzinsung betrug jährlich gut 30 Prozent. Warum machen nicht längst viel mehr Unternehmen mit?

Das hat verschiedene Gründe: Die Energieeffizienz-Netzwerke sind eine freiwillige, neue und komplexe Dienstleistung, deren Vorteile noch die wenigsten kennen, schon gar nicht die Kosten-Nutzen-Relation. Die Bundesregierung hat den Netzwerken keine Peitsche an die Hand gegeben. In der Schweiz gibt es eine CO₂-Abgabe von 70 Euro pro Tonne, von der Unternehmen befreit werden, die im Netzwerk aktiv teilnehmen: mit klaren Zielen, Energieaudits und Monitoring. Wer seine Ziele nicht erreicht, zahlt die CO₂-Abgabe.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Politik. Welche seiner Errungenschaften schätzen Sie besonders?

Zweifelsohne die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sie bringt für die nachhaltige Entwicklung eine Aufmerksamkeit, in Politik und Bundestag, in der Zivilgesellschaft und auch bei der Wirtschaft. Der Rat engagiert sich darüber hinaus für sehr verschiedene Themen, z. B. die Entwicklungspolitik. Ich fragte mich in meiner Amtszeit, ob der Export von gebrauchten Investitionsgütern in Entwicklungsländer nur betriebswirtschaftlich sinnvoll ist oder auch ökologisch. Hilft man diesen Ländern wirklich, wenn man ihnen – statt modernster Technik – emissions- und energieintensive Güter, das heißt unseren alten Schrott verkauft?

Gab es ein Erlebnis, das Sie während Ihrer Ratsarbeit besonders beeindruckt hat?

Es wurde ein mich berührender Film gedreht. Alle Ratsmitglieder waren rund um einen Tisch platziert, an dessen Kopf auch ein Kind saß. Die Kamera schwenkte über jeden Einzelnen von uns in Stillschweigen. Zum Schluss blieb sie bei dem Kind stehen. Es sagte einfach nur: »Danke!«

Was beschäftigt Sie heute mit Blick auf die Nachhaltigkeitspolitik?

Mir bereiten vor allem tabuisierte Themen Sorge. Die inländische Bevölkerung schrumpft. Gleichzeitig kommen viele Menschen mit verschiedenen Kulturen und



Sprachen zu uns. Unter dem Diktat der Ökonomisierung verliert unser System solide Strukturen gesellschaftlicher Entwicklung: Lehrer, Ärzte, Krankenpfleger und andere, die mit Menschen arbeiten, werden schlecht bezahlt und leisten viele unbezahlte Überstunden. Der Stellenwert der Familie wird unterschätzt, und es wird eine Gleichstellung der Frau propagiert, die in der jetzigen Form zu schweren langfristigen Schäden und Kosten führen wird: Die Kitas z. B. formen Menschen, die später weniger leistungsfähig und weniger sozial kompetent sein werden als die heutigen. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen weiß man, dass Kita-Kinder wesentlich gestresster sind als andere Altersgenossen. Die großen Gruppen, die lange Zeit entfernt von den Eltern und das wechselnde Personal überfordern sie in diesem Alter. Doch diese Ergebnisse sind tabu. Kein Medium wird darüber berichten.

Was glauben Sie, wie sich die Rolle des Rats für Nachhaltige Entwicklung in der Politik verändern wird?

Er hat nicht den Stellenwert einer Enquetekommission wie z. B. die zum Schutz der Erdatmosphäre, die 1989 den Klimaschutz wesentlich anschoß. Die Frage lautet daher: Wie kann sich der Rat schärfer artikulieren zu den relevanten Themen der nächsten zehn Jahre? Und was kann und will das Bundeskanzleramt tun, um den Empfehlungen des Rates mehr Gewicht zu verleihen?

In Ihrer eigenen Arbeit widmen Sie sich weniger als früher der Politikberatung.

Ich berate jetzt zu etwa 50 Prozent meiner Zeit die Wirtschaft und nur noch zu 50 Prozent die Politik. Einfach weil die Wirtschaft klar denken kann: Sie sieht Gewinne. Aus meiner Sicht lohnt es sich, mit denen zu kooperieren, die die Gewinner sind – dazu zählen diejenigen Unternehmen, die nachhaltige Entwicklungen selber aktiv gestalten.

Das Interview führte Tina Teucher.



»Die sozialen Faktoren der Nachhaltigkeit sind nicht national zu lösen«

Interview mit Prof. Dr. Margot Käßmann

Landesbischöfin der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2004

Frau Professor Dr. Käßmann, Windräder, erneuerbare Energien, Klimaschutz – auf den ersten Blick haben diese Themen nicht so viel mit typischen Kirchenfragen zu tun – fühlten Sie sich zu Beginn im Rat für Nachhaltige Entwicklung erst einmal deplatziert?

Nein, gar nicht, weil ich damals schon im Ökumenischen Rat der Kirchen in dieser Frage engagiert war. Seit der Studie des Club of Rome 1972 »Die Grenzen des Wachstums« war Nachhaltigkeit als das Zusammenspiel von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren auch dort ein Thema. Wir reden in der Kirche von »Schöpfung bewahren«, denn wir sehen das durchaus als christlichen Auftrag, für den Erhalt der Schöpfung einzutreten. Nur: Es sollte ja ein Gremium sein, das die Bundesregierung berät, und in diesem Aspekt habe ich mich anfangs nicht kompetent genug gefühlt. Ich fand damals die Rollenfindung des Rates durchaus schwierig.

Wie hat sich dann Ihr Verständnis dieser neuen Aufgabe gewandelt bzw. entwickelt?

Ich erinnere mich an eine Jahreskonferenz (2003), die sehr erfolgreich war, von der wir den Eindruck hatten, dass wir jetzt wirklich auch in der Rolle angekommen sind, was denn Beratung und das Aufgreifen von Themen bedeuten könnte. Denn am Anfang stand schon die Frage: Was soll dieser Nachhaltigkeitsrat? Ist das nicht nur ein reines Deckmäntelchen, dass die Regierung jetzt auch dieses Thema politisch abgedeckt hat? Da gab es zu Anfang bei manchen so eine gewisse Skepsis.

Was hat die Arbeit dann gekennzeichnet, was war das Besondere an der Zusammenarbeit im Rat?

Ich fand die Mischung hochinteressant, dieses Zusammenspiel der verschiedenen Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen. In dieser ersten Phase waren die Auseinandersetzungen durchaus auch heftig, z.B. zwischen Verbraucherschutz- und Umweltverbänden und den Vertretern aus der Wirtschaft. Mit Klaus Töpfer hatten wir

* Titel zur Zeit der Berufung



außerdem jemanden, der sehr stark die Frage der sozialen Gerechtigkeit mit Blick auf die Länder des Südens eingebracht hat.

Sie haben sich in diversen Gremien immer wieder viel auseinandergesetzt – war das im Rat für Nachhaltige Entwicklung noch eine Spur kontroverser?

Die Diskurskultur in der Kirche ist manchmal schon heftig, aber nicht so hart wie im politischen Raum. Insofern fand ich das schon sehr interessant, mit Menschen an einem Tisch zu sitzen, die zum Teil sehr energisch diskutieren und zum anderen eben auch aus einer sehr anderen Perspektive argumentieren. So etwas macht mir eigentlich Spaß, trotzdem bin ich die zweite Amtszeit dann nicht mehr angetreten, weil ich gemerkt habe, dass ich nur wirklich sinnvoll im Nachhaltigkeitsrat mitarbeiten kann, wenn ich zwischen den Sitzungen auch ganz intensiv in den Untergruppen mitarbeite. Das war mir leider rein zeitlich als Bischöfin einer so großen Landeskirche nicht möglich.

Ihnen ging es ja oft um das Thema soziale Gerechtigkeit in verschiedensten Dimensionen...

Das wird bei uns ja immer wieder unterdrückt, aber das weiß letztlich jeder von uns: Die Klimakatastrophe wird von den reichen Nationen produziert, und die armen Nationen des Südens leiden zuallererst darunter. Dasselbe gilt auch hier im Land: Wer von Hartz IV lebt, kann nicht bei Bio Company einkaufen. Den Menschen die Zusammenhänge klarzumachen fand ich immer wichtig und aufzuzeigen, dass das wirklich etwas mit unserem Leben hier vor Ort zu tun hat.

Gab es in Ihrem Leben ein Schlüsselerlebnis, einen Punkt, an dem Sie gesagt haben: »Ich will jetzt bewusster und nachhaltiger leben«?

Zum einen war 1983 ein ganz wichtiges Jahr, weil ich sehr stark in der Friedensbewegung engagiert war. Als ich als Delegierte an der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen teilnahm, sind mir am Beispiel der Atomwaffentests der Franzosen im Pazifik zum ersten Mal die Zusammenhänge zwischen den großen sozialen und weltpolitischen Herausforderungen, zwischen Umwelt, Frieden und Gerechtigkeit klar geworden. Und dann war für meine Generation Tschernobyl 1986 auf jeden Fall ein Schock. Meine Zwillingstöchter waren da gerade geboren und die Frage war: Welche Erde wollen wir unseren Kindern hinterlassen?

2003 zogen Sie in Ihrer Eröffnungsrede »Verantwortung zur Veränderung« zur Jahreskonferenz eine recht kritische Bilanz: Zusammenfassend sagten Sie, die Bundesregierung verknüpfe viele Themen nicht mit Nachhaltigkeitspolitik und oft werde nicht langfristig gedacht...

Das habe ich in diesen politischen Zusammenhängen öfter erlebt: dass nur bis zur nächsten Wahlperiode gedacht wird. Und natürlich habe ich auch erlebt, wie stark der Lobbyismus, der Einfluss auf politische Entscheidungen ist. Dann kann das Ideal oft



gar nicht umgesetzt werden. Das habe ich schon als massive Ausbremsung erlebt. Ich wollte jedenfalls nicht einem Gremium angehören, das dazu benutzt wird zu sagen: »Nachhaltigkeit haben wir auch erledigt und ansonsten kann die Politik zur Tagesordnung übergehen.« Wir haben das Herrn Schröder auch einmal persönlich klarzumachen versucht.

Und ist dann etwas anders geworden?

Das habe ich so nicht gesehen. Aber der Nachhaltigkeitsrat hat dazu beigetragen, dass das Thema nicht einfach als »grünes« Thema abgetan wurde. Das hat mich immer gestört: Nachhaltigkeit wurde oft auf den rein ökologischen Aspekt reduziert. Der Nachhaltigkeitsrat hat deutlich gemacht: Das ist es nicht nur. Nachhaltigkeit hat auch einen kulturellen Aspekt und eine soziale sowie ökonomische Dimension. Das waren die Themen, die mir wichtig waren und sind.

Was verstehen Sie denn unter dieser kulturellen Dimension primär?

Kultur – die keine reine Unterhaltung bietet – hat immer auch eine sozialkritische Komponente. Wenn die Themen weder in der Mainstream-Kultur noch in der Jugend- oder Popkultur ankommen, dann sind sie nicht nachhaltig. Es müssen doch Themen sein, die die Leute auch emotional ergreifen, sonst ändert sich nichts. Die reine Sachebene wird Menschen nicht bewegen. Aber wenn ich betroffen bin, dann bin ich engagiert.

Was haben Sie getan, um das Thema dann auch wirklich an die breite Masse zu bringen?

Ich habe natürlich vor den kirchlichen Gremien, etwa vor meiner Landessynode und auch im Rat der EKD, immer wieder aus dem Nachhaltigkeitsrat berichtet. Wir haben auch etliche kirchliche Projekte in Gang gesetzt, wie z. B. »anders wachsen« und den »Grünen Hahn«, eine Auszeichnung für Kirchengemeinden, die ökologisch wirtschaften. Gebäudeenergetik ist ebenfalls ein Riesenthema im kirchlichen Bereich – die Kirche ist der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland und mit der größte Immobilienbesitzer. Wenn das unter Nachhaltigkeitsaspekten umgestellt wird, dann ist das ein ganz großer Hebel. Wir haben beispielsweise Hunderte Kirchen und Gemeindehäuser mit Solardächern ausgestattet.

Es ging Ihnen auch immer stark um eine Werteorientierung. Könnte Nachhaltigkeit für unsere Gesellschaft einen Kompass liefern?

Auf jeden Fall. Es gibt eine ganz große Macht der Konsumentinnen und Konsumenten, und Macht bestimmt den Markt. Ich finde, dass wir auf dem Kaffeemarkt und im Lebensmittelbereich schon relativ viel erreicht haben. Es gibt endlich fair gehandelte Trademarks, die den Konsumenten auch erreichen: Bio Company, Alnatura usw. sind heute an jeder Ecke, Edeka hat inzwischen fair gehandelte Rosen. Ich finde, dass das noch viel stärker beim Textilhandel kommen muss. Der Konsument ist in der Verant-



wortung. Aber die Industrie ist auch verpflichtet, ihm die Chance zu geben, verantwortlich zu konsumieren. Und das muss auch markiert sein. Konsum kann Riesen-
druck ausüben. Ich erinnere nur an Brent Spar 1995: Die Leute haben nicht mehr bei
Shell getankt, und der Konzern musste seine Pläne, die Ölplattform einfach im Meer
zu versenken, ändern. Die Macht der Konsumenten: Das wäre für mich ein Mittel, das
ich gerne noch sehr viel schärfer ins Spiel bringen würde.

***Hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung Ihrer Ansicht nach denn einen seiner Funk-
tion angemessenen Einfluss auf Politik und Gesellschaft?***

Ich finde, wir sollten viel mehr von ihm hören. Seine Arbeit müsste viel besser wahr-
genommen werden.

Woran liegt das?

Vielleicht daran, dass das Thema nicht so »knallt«, die Emotionen nicht so bewegt.
Nachhaltigkeit ist einfach schwer zu greifen.

Müsste der Rat für Nachhaltige Entwicklung moderner werden?

Vielleicht kampagnenfähiger. Unsere Umfragen zeigen, dass Menschen sich heute
größtenteils punktuell und zeitlich begrenzt engagieren möchten. Sie wollen wissen
wofür, und sie wollen auch ein Ergebnis in absehbarer Zeit. Vielleicht wäre so eine
Mitmachsache ein Anreiz, etwa für das Stromsparen, wenn man z. B. sagt: »Wir wollen
es schaffen, dass Deutschland den CO₂-Ausstoß um ... verringert. Du kannst Folgendes
tun: ... Ich muss etwas haben, das mich packt, wie z. B. das Joggerbändchen, das mir
zeigt, wie schnell ich gelaufen bin und wie viel Kalorien ich verbraucht habe.

Welche Themen sollte der Rat unbedingt aufgreifen?

Konsum und Konsumentenverantwortung ist für mich ein ganz großes Thema. Über
die großen Supermarktketten könnte hier viel erreicht werden. Und die ganze Frage
Verkehr und Mobilität. In Berlin braucht der Mensch kein Auto, aber die ländlichen
Regionen brauchen noch mehr Modelle von Carsharing und alternativer Mobilität. Da
könnte der Nachhaltigkeitsrat auch helfen.

***Aber hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung letztlich wirklich Einfluss auf die
Politik? Er spricht ja lediglich Empfehlungen aus.***

Der Nachhaltigkeitsrat macht ja schließlich auch Lobbyarbeit. Es müssen Abgeordne-
te sein, die sich von da ihre Themen und ihr Wissen abholen. Ich denke schon, dass das
immer wieder die Aufgabe ist: Beziehungen knüpfen, das Thema immer wieder auf
die Tagesordnung bringen. Papiere alleine werden es nicht tun.

***Inzwischen sind Sie Botschafterin der evangelischen Kirche für das Reformations-
jubiläum 2017. Ruft man gerne Sie, wenn Themen populärer werden sollen?***



In diesem Fall ist es sicher so, weil ich ja an der Universität ganz zufrieden war. Die Kirche hat dann gesagt: »Das Reformationsjubiläum ist noch so wenig bekannt, das kommt noch so wenig rüber. Hättest du nicht Lust, dafür zu werben?« Und klar, das mache ich sehr gerne.

Gibt es auch einen Bezug zwischen dem Jubiläum des Nachhaltigkeitsrats und dem Reformationsjubiläum – kann man da eine Brücke schlagen?

Die Brücke, die Sie schlagen können, ist, dass wir wirklich fest entschlossen sind, das Reformationsjubiläum und die gesamten Festivitäten nachhaltig auszurichten. Wir haben beispielsweise einen Architekturwettbewerb unter Vorgabe der Nachhaltigkeit ausgeschrieben: Alles, was in der Lutherstadt Wittenberg temporär oder auf Dauer gebaut wird, soll rückbaubar oder aus nachhaltigen Materialien sein. Und auch das Gesamtkonzept, etwa der Verpflegung, ist nachhaltig ausgerichtet.

Wird sich der Rat irgendwann selbst abschaffen – einfach weil Nachhaltigkeit für die kommende Generation eine solche Selbstverständlichkeit ist?

Ich sehe das im Moment noch nicht, leider. Die sozialen Faktoren der Nachhaltigkeit sind nicht national zu lösen, sondern haben internationale Zusammenhänge. Und die müssten noch viel stärker auf den Tisch. Es bräuchte im Prinzip einen Brüsseler oder einen Internationalen Nachhaltigkeitsrat, um diesen Zusammenhang herzustellen.

Das Interview führte Anja Achenbach.



»Soziale Dimension der Nachhaltigkeit muss stärker beachtet werden«

Interview mit Prof. Dr. Ute Klammer

Professorin für Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen*,
Ratsmitglied von 2008 bis 2010

Frau Professor Dr. Klammer, Sie forschen seit Langem zum Thema Sozialpolitik. Wie haben Sie dieses Thema in den Rat für Nachhaltige Entwicklung eingebracht und was hat Sozialpolitik mit Nachhaltigkeit zu tun?

In der Sozialpolitikforschung und in der praktischen Gestaltung von Sozialpolitik beschäftigen wir uns mit der Frage, wie eine Gesellschaft gerecht gestaltet sein kann und wie Verteilungsfragen zu lösen sind. Da ist man ganz schnell bei Fragen der Nachhaltigkeit. Diese soziale Dimension wollte ich in der Arbeit des RNE stärken. Er kommt ja sehr stark aus der ökologischen Debatte. Über soziale Fragen nachzudenken ist hier sicher weiter ein großes Anliegen. Bildung ist dabei ein ganz zentrales Thema, man kann aber genauso gut auch an Fragen wie Alterssicherung, Gesundheitsversorgung oder die Arbeitsmarktpolitik denken.

Wie sähe eine nachhaltige Bildungspolitik aus?

Häufig wird das Thema auf »Bildung für nachhaltige Entwicklung« verkürzt. Das ist ein inzwischen eingespielter Fachterminus. Dabei geht es darum, Bildung so zu gestalten, dass Menschen befähigt werden, sich auf neue Ereignisse einzulassen, und neue Problemstellungen in nachhaltiger Weise bewältigen können.

Es gibt aber noch einen ganz anderen Zusammenhang, nämlich das Bildungssystem selbst unter Nachhaltigkeitsaspekten zu überprüfen, sodass der langfristige Erfolg von Bildung im Blick ist und nicht nur kurzfristige Ziele. Das heißt zum Beispiel, dass Abschlüsse einen Anschluss haben müssen, dass Bildungsketten in den Blick geraten und nicht nur einzelne Abschnitte im Bildungssystem.

Als Mitglied im Rat haben Sie gefordert, dass man jungen Menschen Wissen über die langfristigen Folgen ihres Handelns vermitteln muss. Wie könnte das aussehen?

Die Welt, in der wir leben, ist nicht nur immer komplexer geworden. Sie fordert von uns auch mehr Eigenverantwortung und langfristiges Denken. Wir sollen selbst fürs

* Titel zur Zeit der Berufung



Alter vorsorgen, unsere Beschäftigungsfähigkeit aufrechterhalten oder für die eigene Gesundheit Vorsorge tragen. Meine These ist, dass wir darauf nicht adäquat vorbereitet sind und auch junge Menschen nicht wirklich darauf vorbereiten. Deshalb gehört es zu den ganz wichtigen Aufgaben, ihnen Wissen über die langfristigen Folgen ihres Handelns zu vermitteln, damit sie diese besser einschätzen können. Im Grunde bräuchten wir ein Schulfach, das sich mit praktischer Lebensführung beschäftigt.

Bildung wird oft noch als Privatsache oder in der Verantwortung der Familie gesehen. Warum muss sich die Sozialpolitik damit beschäftigen?

Selbstverständlich bleibt die Familie eine wichtige Instanz, wenn es um Erziehung und Bildung geht. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass Bildungschancen und damit Lebenschancen und Erfolgchancen ganz stark auch sozial bedingt sind. In kaum einem Land sind soziale Herkunft und Bildungserfolg so eng gekoppelt wie bisher in Deutschland. Deshalb hat unser Bildungssystem auch die Aufgabe, Chancen zu geben, wo Potenziale vorliegen, sodass der Bildungserfolg nicht nur von der Herkunft der Familie oder dem Migrationshintergrund oder der finanziellen Situation der Familie abhängig ist, sondern eben von den tatsächlichen Fähigkeiten und Anstrengungen einer Person. Das ist letztlich auch eine vernünftige Sache für die ganze Gesellschaft.

Auch beim Blick auf familienpolitische Leistungen hilft uns die Frage der Nachhaltigkeit, oder sie würde uns helfen, wenn wir sie stärker berücksichtigen würden. Ein Beispiel: Wir fördern immer noch ein konservatives Familienmodell mit einem Verdiener und einer Zuverdienerin, etwa durch das Ehegattensplitting. Wenn Paare sich scheiden lassen oder ein Partner verstirbt oder arbeitslos wird, erweist sich so ein Modell häufig als überhaupt nicht nachhaltig. Vor allem geht es oft zulasten der Frauen, die ihre Qualifikationen wieder verloren haben. Eine nachhaltige Familienpolitik müsste so gestaltet sein, dass sie den Einzelnen befähigt, eine eigenständige Existenzsicherung über die einzelnen Phasen des Lebensverlaufes hinweg zu erzielen oder aufzubauen.

Wie kann man Bildung zur Nachhaltigkeit fördern und wo stehen wir in dieser Beziehung in Deutschland?

Wenn wir auf die sogenannte Bildung für nachhaltige Entwicklung sehen, so hat sie teilweise in Schulen und auch Universitäten Einzug gehalten, aber noch nicht auf breiter Front. Da ist eindeutig noch Nachsteuerungsbedarf.

Wenn man auf die Nachhaltigkeit des Bildungssystems insgesamt sieht, so sehe ich gewisse positive Tendenzen. Die werden aber auch wieder konterkariert durch andere Entwicklungen: Noch immer lassen wir die Ressourcen vieler junger Menschen brachliegen. Wir leisten uns zu viele, vor allem männliche Schulabbrecher, nutzen nicht die vielen Fähigkeiten und Ressourcen, die zum Beispiel Migrantinnen und Migranten mit nach Deutschland bringen. Da ist sicherlich noch viel zu tun.

Auf der anderen Seite sind die Bildungsausgaben gestiegen. Es ist nicht mehr so wie zu der Zeit, als ich im Rat an diesem Thema mitgearbeitet habe, dass wir deutlich hin-



ter dem Durchschnitt der OECD-Länder lagen. Aber wenn man zum Beispiel auf das Thema lebenslanges Lernen sieht und die Teilnahme hier mit Ländern wie Dänemark vergleicht, gibt es noch einiges an Entwicklungs- und Nachholbedarf in Deutschland.

Was konnten Sie in Bezug auf Bildungs- und Sozialpolitik im Rat erreichen und was hat der RNE daraus folgend in die Politik eingebracht und wie hat sie darauf reagiert?

Wir haben seinerzeit eine Arbeitsgruppe innerhalb des RNE eingerichtet, die sich mit dem Thema Bildung beschäftigt hat, und konnten in dieser Zeit immerhin eine Stellungnahme abschließen – sowohl zur Bildung für nachhaltige Entwicklung als auch zur Nachhaltigkeit des Bildungssystems insgesamt. Viele Themen dieser Stellungnahme werden inzwischen auch von der Politik diskutiert, gerade wenn es um Bildungsketten geht oder die nachhaltige langfristige Orientierung von Bildung. Da zeichnen sich gewisse Lernprozesse ab oder es sind tatsächlich Sachen umgesetzt worden. Es ist natürlich sehr schwierig, das jetzt auf unsere Stellungnahme zurückzuführen. Das wäre vermessen. Ich denke aber, sie hat Themen, die in der bildungspolitischen Debatte verstreut diskutiert wurden, gebündelt und zu bildungspolitischen Veränderungen geführt, beispielsweise zu der NRW-Initiative »Kein Abschluss ohne Anschluss«.

Wie sehen Sie im Nachhinein Ihre Rolle im Rat und was würden Sie anders machen, wenn Sie noch einmal im Amt wären?

Gerne hätte ich neben dem Thema Bildung noch stärkere Akzente im Kontext Arbeitsmarkt gesetzt. Nach wie vor denke ich, dass es ein ganz zentrales Thema ist, wie wir unseren Arbeitsplatz, -markt oder einzelne Arbeitsplätze gestalten. Das ist alles andere als nachhaltig. Ich halte das für ein großes gesellschaftliches Problem. Wir schieben hier Probleme in die Zukunft, indem wir nicht nachhaltige Arbeitsplätze schaffen.

Was für Arbeitsplätze meinen Sie damit?

Vielfach werden Niedriglöhne gezahlt oder nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze eingerichtet, die es Menschen nicht erlauben, ihre Alterssicherung aufzubauen, sodass Altersarmut droht oder die Gesellschaft später die Kosten zu tragen hat. Oder es wird in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten nicht in die Weiterbildung und damit in die langfristige Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitskräften investiert.

Was hat sich in Bezug auf Ihr Tätigkeitsfeld in den vergangenen 15 Jahren zum Positiven gewendet – im Rat und in der Gesellschaft?

Ich freue mich auch, dass der Rat sein Themenspektrum erweitert hat, zum Beispiel jetzt auch mehr mit jungen Leuten arbeitet und das Thema Bildung in der Folgezeit weiter aufgegriffen hat. Was gesellschaftliche Veränderungen betrifft, sehe ich ein wenig mit Sorge, dass vieles unter dem Aspekt der Ökonomisierung gestaltet wird. Gerade kurzfristiges Gewinnstreben führt oft dazu, dass soziale Prozesse gerade nicht nachhaltig gestaltet werden. Hier sehe ich einen deutlichen Widerspruch zwischen unserer gesellschaftlichen Gestaltung und Aspekten der Nachhaltigkeit, zum Beispiel



von Bildung, von Arbeitsvermögen, auch von sozialer Sicherung. Da wird oft nicht genug in die Zukunft gesehen, sondern zu sehr nach kurzfristigen ökonomischen Überlegungen gehandelt.

Welche Themen sollte der Rat heute unbedingt noch aufgreifen?

Ich denke, dem Rat wird die Arbeit nicht ausgehen. Aus meiner speziellen Perspektive sozialer Sicherung und der sozialen Nachhaltigkeit wäre es in meinen Augen wirklich wichtig, das Thema Arbeitsmarkt und die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen unter Nachhaltigkeitsaspekten noch einmal besonders zu beleuchten.

Was erwarten Sie vom Rat in den nächsten 15 Jahren seines Bestehens?

Man könnte die Prozesse noch gezielter gestalten, zum Beispiel indem eine Agenda aufgestellt wird und Ratsmitglieder entsprechend ihrer Expertise gezielt für ein Thema berufen werden. Dabei muss aber sicherlich Raum bleiben für spontane Aktivitäten und Diskussionsprozesse, die man nicht langfristig planen kann.

Eine weitere Herausforderung sehe ich darin, die verschiedenen Gremien, die sich mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen beschäftigen, noch besser zu bündeln und abzustimmen. Also der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen oder der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Wenn wir hier noch stärker mit einer Stimme sprechen könnten und nicht nebeneinander agieren würden, könnte vielleicht noch mehr Durchschlagskraft erreicht werden.

Eine letzte Frage zur aktuellen politischen Entwicklung: Sie waren die erste Prorektorin einer deutschen Universität mit Zuständigkeit für Diversity Management – wie schaffen wir eine nachhaltige Integration der Flüchtlinge?

Wenn ich dafür ein Patentrezept hätte, wäre es schön. So ist es leider nicht. Aber wir können hier gerade aus der Nachhaltigkeitsdebatte einiges lernen. Wenn wir uns die früheren Immigrationswellen ansehen, vor allem die in den 60er- und 70er-Jahren aus der Türkei und Italien, später aus Osteuropa, dann haben wir oft gerade nicht nachhaltig agiert, sondern wir haben uns entweder gar nicht um die Integration und Inklusion gekümmert oder nur auf die kurzfristige Arbeitsmarktintegration gesetzt.

Eine nachhaltige Integration heißt ganz klar, dass an der Sprache gearbeitet wird und das Bildungssystem so gestaltet wird, dass eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt und in die Sozialsysteme möglich ist. Das ist ein langer Weg. Aber nur dieser Weg kann zum Erfolg führen und dazu, dass gerade jüngere Migrantinnen und Migranten langfristig einen Beitrag zur Stabilisierung der deutschen Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes leisten können. Insofern ist eine nachhaltige Integration der Flüchtlinge eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, aber auch der gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Vernunft.

Das Interview führte Susanne Ehlerding.



»Kluge und mutige Ordnungspolitik ist ein Schlüssel für Nachhaltigkeit«

Interview mit Thomas Loster

Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung*,
Ratsmitglied von 2006 bis 2010

Herr Loster, was bedeutet Nachhaltigkeit für Sie?

Nachhaltigkeit bedeutet, beim Wirtschaften und beim individuellen Handeln gesellschaftliche, ökonomische und umweltrelevante Themen zu berücksichtigen. Das Wirtschaften muss so fair und zukunftsfähig sein, dass die Nachfolgeneration eine lebenswerte Welt vorfindet. Ich erlebe bei Vorträgen oder als Dozent an einer Hochschule, dass die Studenten beim ersten Nachdenken die Ökologie und die Ressourcenfrage hervorheben. Wenn sie im Studium dann lernen, die Welt mit der Nachhaltigkeitsbrille zu sehen, rücken sie mehr und mehr gesellschaftliche und soziale Aspekte in den Vordergrund, wie Gerechtigkeit, Gesundheit oder Fairness, die im allgemeinen Bewusstsein oft untergewichtet sind.

Hat ein Schlüsselerlebnis Ihnen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Gesellschaft vor Augen geführt?

Das Bewusstsein kam im Zuge meiner Universitätsausbildung als Geograf und Geoökologe. Wenn man wissenschaftlich herangeht, muss man nachhaltige Entwicklung für wichtig halten.

Mit welchen Zielen sind Sie damals in den Rat gekommen?

Ich war sehr neugierig und hatte eigentlich keine speziellen Ziele und Vorstellungen. Ich fühlte mich geehrt und war beeindruckt von der Zusammensetzung des Rates: 15 hochrangige Akteure aus Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Hilfsorganisationen. Diese Vielfalt von Champions in ihren Arbeitsfeldern, diese sehr klugen Menschen in ihrem Miteinander und mit ihren Meinungen hautnah zu erleben war interessant. Volker Hauff, der Vorsitzende des Rates (2001–2010), war sehr prägend dafür, wie der Rat funktioniert. Wie dieser Vollblutpolitiker klug und auch bestimmt führte, hat mir imponiert. Ich habe viel darüber gelernt, wie Politik funktioniert. Es geht darum, mit Respekt Kompromisse zu finden und damit bestimmte Ziele zu erreichen. Der Rat agiert ja in einem Spannungsfeld: angeschlossen ans Bundes-

* Titel zur Zeit der Berufung



kanzleramt, Geldempfänger der Bundesregierung und zugleich kritischer Reflektor von deren Nachhaltigkeitspolitik. Man hat sich immer kritisch gewürdigt, um es mal diplomatisch auszudrücken. Vieles unterliegt politischen Sachzwängen.

Was war Ihr Fachgebiet im Rat?

Ein Schlüsselerlebnis war für mich, als ich Herrn Dr. Hauff fragte, warum ich so wenig für Klimafragen eingesetzt werde, wo ich Fachmann bin. Er sagte, er wolle, dass Akteure, die in ihrem Feld gut sind, auch mal andere Aspekte diskutieren und mit ihrem Blickwinkel neue Gedanken einbringen. Ich habe das sehr wertgeschätzt. Ich habe mich im Fachkreis für Bildungs- und Schulfragen engagiert und sehr davon profitiert, mich mit einem neuen Thema auseinanderzusetzen.

Welche Errungenschaften des Rats schätzen Sie besonders?

Ich finde den Nachhaltigen Warenkorb und die Nachhaltigkeitsindikatoren, also wie man Nachhaltigkeit messbar und nachprüfbar macht, großartig. Heute kennt man das ja, für die damalige Zeit war das noch etwas ganz Neues. Ich habe auch geschätzt, dass Herr Professor Dr. Bachmann, der Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrates, Kunst und Kultur förderte. Beides und auch soziale Entwicklungen sind wichtige Elemente der Nachhaltigkeit.

Herr Bachmann hatte – meine ich – auch die Idee, junge Kommunalpolitiker mit dem Thema zu konfrontieren. Das fand ich fantastisch und genial, man hat das Momentum gespürt. Die jungen Leute waren begeistert. Es war ein toller Katalysatoreffekt in den Kommunen. Auch dass der Rat in die Kommunen geht und mit Akteuren dort spricht, war eine sehr kluge Entscheidung, weil er damit greifbarer wird.

In meiner Ratszeit hatten einige Mitglieder eine große Wirkung in der Gesellschaft, wie Klaus Töpfer oder Marlehn Thieme, heute Vorsitzende des Rates. Sie hat mich durch ihre kluge Weitsicht beeindruckt. Mir persönlich ging es darum, die guten Ansätze derjenigen Mitglieder zu unterstützen, hinter denen ich stehen konnte: wie etwa den Vorreiter der Umweltbewegung Hubert Weinzierl, Angelika Zahrnt vom BUND, Josef Sayer von Misereor oder eben Frau Thieme.

Wo könnte der Rat sonst noch besser werden?

Erst mal: Für seine Zeit hat der Rat Bahnbrechendes geleistet. Er hat wichtige Themen sehr früh besetzt. Heute ist es nichts Besonderes, wenn man sagt: Wir messen Indikatoren wie die Emissionen. Die Nachhaltigkeitsindikatoren hat der Rat früh breit angelegt – einfach super.

Er macht also tolle Dinge, aber auf seine Konferenzen gehen meist Leute, die sowieso schon nachhaltigkeitsaffin sind. Wenn wir die Kultur verändern wollen, müssen wir mehr die Breite der Gesellschaft erreichen und Menschen, die noch überhaupt nicht im Boot sind. Weniger gebildete Menschen, Menschen mit weniger Geld oder mit



Migrationshintergrund etwa, haben erst mal ganz andere Sorgen. Man müsste mehr versuchen, sie da abzuholen, wo sie stehen, und damit die Nachhaltigkeit zum Querschnittsthema der gesamten Gesellschaft machen.

Neben der Bildung geht es auch um gute Öffentlichkeitsarbeit: Der Rat hat seine Website wenig geändert. Er bildet viele Themen in sehr guter Qualität ab. Etwa den Nachhaltigen Warenkorb, die App und die Broschüre schätze ich sehr, sie waren einmal Frontrunner. Heute sind sie aber nicht mehr ganz zeitgemäß gestaltet. Meine Studenten beispielsweise verwenden sie nicht. Die kennen auch nicht den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Das ist für sie eine andere Welt mit anderer Sprache und nicht ihr Stil.

Der Rat ist in seiner Kommunikation sehr korrekt, sehr diplomatisch, sehr politisch. Das erwartet man natürlich von so einer Institution. Aber wenn ich neue gesellschaftliche Gruppen erreichen will, muss ich in der Sprache mehr auf die Leute zugehen. Medien wie der Spiegel versuchen mit »Bento« jünger zu sein, das ZDF mit der »heute-show«. Sie haben erkannt, dass man neue Ausdrucksweisen verwenden muss, wenn Themen ankommen sollen. Man muss an die jungen Leute heran, ohne das Niveau zu verlieren. Die sind die Zukunft.

Auch in den Medien hört man noch zu wenig vom Rat, etwa verglichen mit dem WBGU. Der blitzt im Jahr zwei- bis dreimal auf, mit bahnbrechenden Veröffentlichungen zur Transformation oder einem Budgetansatz zu Treibhausgasen. Das entfaltet große Wirkung, das wird diskutiert. Wir müssen alle noch mehr Highlights für Nachhaltigkeit generieren.

Für welche Begebenheit sind Sie rückblickend dankbar?

Ich denke gern an die Freundschaften zurück, die mich mit einigen Ratsmitgliedern verbunden haben und noch verbinden. Das waren Highlights und es ist daraus viel Gutes entstanden. Meine Münchener Rück Stiftung hat mit Misereor und dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung ein gemeinsames Projekt zu Klimagerechtigkeit durchgeführt, die Initialzündung war im Rat. Wir fördern als Stiftung auch die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit (www.va-bne.de), die von der Universität Bremen entwickelt wurde. Das ist eine computerbasierte Lernplattform, die für Credit Points das Studium der Nachhaltigkeit ermöglicht, auch wenn man etwa als junge Mutter nur unregelmäßig Zeit hat. Ich selbst halte ein Seminar zu nachhaltigen Lösungen an der Hochschule München. Ich habe also viel mitgenommen aus dem Rat.

Bitte eine Anekdote aus Ihrer Ratsmitgliedszeit!

Lustige Anekdoten habe ich nicht parat, aber schöne Erinnerungen an die Ausflüge des Rats. Konstanz und Erfurt mit dem Rat zu besuchen und die brennenden Themen vor Ort zu besprechen, das war einzigartig.

Besitzt der Rat den Einfluss auf Politik und Gesellschaft, den er angesichts der Wichtigkeit der nachhaltigen Entwicklung haben sollte?



Nach den formalen Kriterien ist der Rat sehr gut und Deutschland ist mit ihm viel weiter als viele andere Länder. Ich weiß aber nicht, ob der Rat den angemessenen Druck in der Bundesregierung entfalten kann.

Welche Themen sollte der Rat heute aufgreifen?

Gerade bei Migration und nachhaltiger Integration könnte sich der Rat jetzt gut positionieren. Das Management der Flüchtlingsproblematik hat beispielsweise große gesellschaftliche Bedeutung und findet viel Gehör. Hier kann sich der Rat viel Ansehen verschaffen.

Wie kann Deutschland Nachhaltigkeit weiter verbreiten?

Viele Länder schauen auf Deutschland, weil es in der EU wichtig ist und eine starke Kanzlerin hat. Wirtschaftsvertreter aus China sagen: Wir beobachten, wie Deutschland es macht. In Deutschland ist Nachhaltigkeit in der Wirtschaft recht gut etabliert, aber wir müssen mehr kommunizieren, dass nachhaltiges Wirtschaften funktioniert. Wir sollten auch das Thema soziale Gerechtigkeit und Handlungschancen für Menschen stärker in den Vordergrund rücken.

Nachhaltigkeit entsteht aus einer Kultur der Werte heraus. Mir ist sehr wichtig, dass man auch die Freude an Nachhaltigkeit einpreist: Wenn ich mit Heizöl Wasser erwärme, ist das vielleicht kurzfristig billiger als mit Sonnenenergie. Aber wenn man jeden Tag beim Duschen daran denkt, dass die Sonne das Wasser erwärmt hat, freut man sich immer wieder aufs Neue. Solaranlagen sind mit Investitionen verbunden. Die Amortisation der Kosten ist aber nur eine Seite der Medaille. Glücklich sein ist unbezahlbar.

Meine Studenten untersuchten einmal ihre Mensa mit der Nachhaltigkeitsbrille. Vorher war es für sie nur ein Ort voll Lärm und Essen. Hinterher wussten sie, dass das Speisenangebot unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten mit Bio-Elementen etc. hergestellt wird. Sie schätzen das und essen jetzt vermutlich viel lieber dort.

Wenn Sie Projekte Ihrer Stiftung im Ausland besuchen, was lernen Sie dort?

Unsere Stiftung behandelt unter anderem Klimarisiken wie Fluten oder Stürme. Risiken kann man minimieren, wenn man Geld in die Hand nimmt und baulich oder strukturell etwas verbessert, zum Beispiel Häuser stabiler baut. Ein wesentlicher Schlüssel für gelungene Anpassung, für Nachhaltigkeit, liegt aber im individuellen Bewusstsein. Damit kann ich Risikovorsorge steuern und adäquates Handeln auslösen. Mit Bewusstsein kann man unheimlich viel verändern. So sehe ich es auch bei der Nachhaltigkeit: Wenn ich die Umwelt, gesellschaftliche Prozesse und Handeln mit der Nachhaltigkeitsbrille sehe, dann fallen mir wichtige Dinge auf – gute wie schlechte. Bewusstseinsbildung ist also ein sehr wichtiger Aspekt.



Wie sieht gute Politik für mehr Nachhaltigkeit aus?

In der Politik wird viel probiert. Manches geht auch schief. Beim Veggie Day haben die Grünen aus meiner Sicht ungeschickt agiert. Das Ansinnen war in Ordnung, aber die gefühlte Bevormundung war falsch. Wenn Sie so einem bayerischen Bauern nur das Wort »Veggie Day« sagen ...

Für mich ist kluge und mutige Ordnungspolitik ein Schlüssel. Dafür gibt es zahllose Beispiele: Bei der Einführung des Sicherheitsgurts, des Katalysators oder jüngst beim Rauchverbot gab es zunächst viel Geschrei und Proteste, das war aber relativ schnell kein Thema mehr. Man müsste als Politiker rigoroser sein und mehr einfordern für ein besseres, nachhaltiges Leben, auch wenn man dann Druck aushalten muss. Heute bezweifelt niemand mehr, dass Sicherheitsgurte, gefilterte Abgase und rauchfreie Restaurants eine gute Sache sind.

Das Interview führte Heike Janßen.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Kathrin Menges

Personalvorstand und Vorsitzende des Sustainability Council der
Henkel AG & Co. KGaA*,
Ratsmitglied seit 2013

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Nachhaltigkeit ist eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe. Unternehmen können und müssen hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig haben die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – im Allgemeinen wie auch im Bereich der Nachhaltigkeit – einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Vor diesem Hintergrund bietet mir meine Mitarbeit im Rat die Möglichkeit, die Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in Deutschland zu unterstützen.

Für wirksame Konzepte und Strategien ist ein umfassendes, ausgewogenes Verständnis der Ausgangssituation eine wichtige Grundlage. Hier kann ich zum einen Erfahrungen einbringen, die wir bei Henkel im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit und langjährigen Nachhaltigkeitsarbeit gemacht haben. Zum anderen ist es mir aber auch wichtig, Themen nicht nur aus der Perspektive von Henkel zu betrachten, sondern diese auch für andere Unternehmen und Branchen mitzudenken.

Gleichzeitig bietet mir der offene Austausch mit den verschiedenen Mitgliedern des Rates auch neue Perspektiven, die ich in meine Arbeit im Unternehmen und in unsere Verbände mitnehmen kann. Wichtig ist für mich auch, Botschafter für Nachhaltigkeit zu sein. In meiner Rolle, als Mitglied des Rates und als Vertreter eines international tätigen Unternehmens, möchte ich aufzeigen, dass sich Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg nicht ausschließen, womit Nachhaltigkeit für uns ein Erfolgsfaktor ist.

Noch ein Gedanke: Gute Politik braucht auch das ehrliche Engagement aller Akteure in der Gesellschaft. Damit ist meine Mitarbeit im Rat für mich in gewisser Weise auch eine »Bürgerpflicht«, die ich gerne wahrnehme.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Die nachhaltige Entwicklung ist eine sehr langfristige Herausforderung, deckt unterschiedlichste Themen ab, ist von unterschiedlichen Prioritäten ebenso wie von Synergien und häufiger noch von Zielkonflikten geprägt. Daher braucht die Arbeit an dem Thema Zielorientierung und Ausdauer, ebenso wie einen gewissen Grad an Gelassenheit und Zuversicht. Sehr positiv ist das zunehmende Bewusstsein in der Breite

* Titel zur Zeit der Berufung



der Bevölkerung, der Wirtschaft sowie in Politik und Verwaltung. Etwas enttäuschend ist, dass sich dieses Bewusstsein noch nicht ausreichend im Handeln der einzelnen Akteure widerspiegelt. Wir alle entscheiden uns bei Zielkonflikten zu häufig noch für die einfachere, einseitig optimierte Lösung und suchen zu selten nach Möglichkeiten, kurzfristige Interessen und die langfristige Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Auch bei den übergeordneten Zielen haben wir in den letzten Jahren – insbesondere im Jahr 2015 – große Fortschritte hin zu einem gemeinsamen Verständnis der Prioritäten gesehen.

Nur sehr langsam kommen wir hingegen bei der Umsetzung vieler zentraler gesellschaftlicher Anliegen voran, sei es bei der Verbesserung der Qualität unserer Bildungssysteme, den damit eng verbunden Fragen der Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit oder bei der Modernisierung unserer Infrastruktur, insbesondere was Mobilität und Energieversorgung betrifft. Zu häufig kommen die scheinbar einfache Lösung oder die scheinbar große Hürde in den »Genuss« der kurzfristigen Aufmerksamkeit von Politik, Gesellschaft und Medien – die dann weiterwandert, bevor wir eine langfristig tragfähige Lösung gefunden haben. Zu häufig schlägt das kurzfristig »Machbare« das wirklich Zielführende und Notwendige.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Der Rat soll sich weiter einbringen, Impulse setzen, die Breite der in ihm vertretenen Stakeholder nutzen, um das gemeinsame Verständnis über das wirklich Notwendige und Zielführende voranzutreiben. Wo stehen wir hier? Angesichts der Vielzahl der Herausforderungen müssen wir die Tiefe und Breite unseres Engagements sorgfältig abwägen – und sollten wahrscheinlich stärker priorisieren.

Wichtige Themen aus meiner Sicht sind:

- Eine moderne, richtungssichere und relevante nationale Nachhaltigkeitsstrategie
- Ein verbessertes Verständnis, welche Themen national wichtig sind (Hotspots)
- Die stärkere Mobilisierung der breiten Bevölkerung als Bürger und Konsument; dabei brauchen wir mehr praktische Erfahrungen und Experimente, wie wir Barrieren erkennen, Zielkonflikte lösen und Verhalten beeinflussen können
- Effizientere Ansätze, wie wir Nachhaltigkeit in der Breite der Wirtschaft – vom Handwerksbetrieb bis zum Großunternehmen – verankern und zu wirklichem Fortschritt treiben können (nicht Symbolpolitik und Bürokratie)

Allen Punkten zugrunde liegt eine zentrale Herausforderung: die Schere zwischen guten Absichten und mangelnder Umsetzung zu schließen. Dafür sind der Dialog aller relevanten Stakeholder, eine umfassende Bewertung der Ausgangssituation und darauf basierende ganzheitliche Lösungen die beste Voraussetzung.



»Nachhaltigkeit geht nicht nur über Freiwilligkeit«

Interview mit Prof. Dr. Edda Müller

Vorsitzende des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) e. V.,
Ministerin für Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein a. D.*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2007

Frau Professor Dr. Müller, seit 2010 sind Sie Vorsitzende von Transparency International Deutschland. Was haben Transparenz und Nachhaltigkeit miteinander zu tun?

Bei der Nachhaltigkeit müssen wir notwendigerweise immer wieder auf die Bereitschaft der Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik setzen, die verschiedenen Dimensionen, nämlich wirtschaftliche Effizienz und Effektivität, soziale Verantwortung und ökologische Weitsicht, zu verbinden. Und wenn man das dann tut, also mitunter auf gewisse wirtschaftliche Vorteile kurzfristig verzichtet, um soziale oder ökologische Belange in den Vordergrund zu stellen, muss man das glaubhaft tun können, damit das auch in der Gesellschaft honoriert wird. Dafür ist Transparenz wichtig, und zwar glaubhafte Transparenz. Wir haben, gerade wenn man sich das gesamte System des globalen Welthandels anschaut, in unserem Marktsystem und im internationalen Handel eine Riesenillusion von Transparenz, die ja nicht gegeben ist, sondern die Nachfrageseite, der Verbraucher wird nicht informiert über Verhaltensweisen zum Beispiel im Rahmen der Herstellung, in der Lieferkette und so weiter. Und deshalb ist Transparenz einer der Schlüsselbegriffe, um eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik betreiben zu können.

Ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung aus der Sicht von Transparency International ein transparentes Gremium?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wird von der Bundesregierung eingesetzt, ist direkt angehängt an das Kanzleramt, und innerhalb der Bundesregierung wird auch die Auswahl getroffen, wer da reinkommt. Er stellt einen kleinen Kosmos der verschiedenen Interessen dar, die in der Gesellschaft vorhanden sind. Und die Leute, die da drinnen sind, die haben alle eine Vita, da weiß jeder, woher der kommt, wer das ist, das kann man im Einzelnen durchaus verfolgen.

Eine andere Frage ist, wie man die Botschaft der Nachhaltigkeit vermittelt. Das ist ein Unterfangen, das bisher in keinsten Weise gelungen ist. Als wir damals anfangen im Rat für Nachhaltige Entwicklung, da gab es noch die Debatte, dass dieser Begriff so sperrig sei. Und inzwischen ist er geradezu ubiquitär, er wird unglaublich häufig genutzt,

* Titel zur Zeit der Berufung



und er wird zum Teil auch für alles und jedes genutzt. Auf der anderen Seite ist die Notwendigkeit, dass man längerfristig denkt, dass man nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen und ökologischen Belange beachtet, in der Gesellschaft schon einigermaßen verbreitet. Aber wenn man das jetzt abgleicht mit der konkreten Politik, dann sieht man, dass hier zwei Züge fahren: auf der einen Seite ein Schnellzug, der die reine Wachstumsstrategie ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange massiv vorantreibt, und auf der anderen Seite eine Debatte über Werte, über notwendige Zukunftsverantwortung, die läuft parallel, von denselben Leuten, und findet im konkreten politischen Geschäft kaum Widerhall.

Das Bild mit den Zügen ist sehr schön, aber was muss passieren? Muss der Schnellzug gebremst werden oder der andere Zug schneller fahren?

Die dürfen nicht mehr nebeneinanderher fahren, sondern müssen auf einem Verkehrsweg zusammengeführt werden. Das könnte dann dazu führen, dass nicht das Bild entsteht, dass zum Beispiel Wirtschaftsbelange nicht mehr stark beachtet werden und dass man da langsam fährt. Es geht darum, wirtschaftliche Belange anders zu befriedigen. Wir haben immer wieder die Debatte, ob es auch eine »Green Economy« gibt, eine grüne Wirtschaft. Wir haben natürlich in Deutschland verglichen mit anderen Ländern eine ganze Menge positiver Entwicklungen. Die Energiewende ist auch unter Nachhaltigkeitsaspekten eine Riesenanstrengung und ein Vorzeigeprojekt, und man kann nur hoffen, dass das auch erfolgreich durchgezogen wird.

Sie hatten bereits in den 1970er-Jahren mit Umweltschutz zu tun, waren beim Umweltbundesamt. Gibt es einen Zeitpunkt, an dem Sie zum ersten Mal mit Begriff und Konzept der Nachhaltigkeit konfrontiert wurden?

Ich bin Generalistin. Ich bin Politikwissenschaftlerin. Ich war niemals eine sektorale Umweltschützerin, die sich um ein konkretes Problem gekümmert hat, meinetwegen die Stromerzeugung, weniger Stäube oder weniger NO_x oder SO₂. Das heißt, ich habe immer eine querschnittspolitische Betrachtung gehabt, und von daher habe ich immer gesehen, dass man vor allem auch die Wirtschaftsstrukturen verändern muss.

Ich bin diejenige, die eine ganze Reihe von heute allgemeinen Instrumenten entwickelt hat. Ich habe den Blauen Engel entwickelt. Ich bin diejenige, die dafür gesorgt hat, dass Umweltschutz ins öffentliche Beschaffungswesen hineingekommen ist. Ich habe dafür gesorgt, dass die Stiftung Warentest eine Satzungsänderung hatte, in der man auch die Umwelteigenschaften von Produkten in den Test aufgenommen hat. Ich bin diejenige, die erstmalig dafür gesorgt hat, dass eine Regierung eine verbindliche CO₂-Reduktion beschlossen hat. Und zwar nicht als Energieexpertin, sondern weil ich gesehen habe, wir brauchen hier ein Instrument, um bei der CO₂-Verminderung die vielfältigen Akteure auf ein Ziel hin zu bewegen. Ich habe immer gesagt, ein Ziel ist wie der Leuchtturm an dem Hafen, auf den die vielen Schiffe, die auf dem Meer sind, zu fahren können. Irgendwann kam dann der Begriff Nachhaltigkeit, der aber überhaupt nichts Neues bezeichnet. Das Programm »Man and the Biosphere« (MAB, Mensch und Biosphäre) zum Beispiel ist in den 70er-Jahren entstanden und hat damals genau das



Gleiche gemacht. Und man hat nur später, mit der Brundtland-Kommission, dem Kind mit »Sustainability«, Nachhaltigkeit, einen Namen gegeben.

Sie sprachen vom Leuchtturm als Ziel. Wie haben Sie es geschafft, diesen Leuchtturm, diese Ziele zu vermitteln?

Nehmen wir zum Beispiel die Tatsache, dass wir die CO₂-Minderungs-Ziele, 25 Prozent bis 2005, innerhalb der Bundesregierung auf Beamtenebene einvernehmlich verhandelt haben. Das kommt daher, dass die verschiedenen Ressorts, die da betroffen waren, der Verkehrssektor, der Bausektor, die Landwirtschaft, alle der Meinung waren, dass man durch eine CO₂-Minderungs-Politik ihren eigenen sektoralen Interessen dient.

Der Verkehrssektor zum Beispiel hat immer versucht, die verschiedenen Verkehrsströme miteinander zu verbinden. Nicht auf der einen Seite nur die Autos, sondern man braucht ja öffentlichen Nahverkehr, Schiene, Wasserstraßen und so weiter. Immer wieder hieß es: Wenn wir das tun, dann ist das auch gut für unsere jeweilige Politik. Es stand nicht im Vordergrund, dass wir das Klima retten müssen. Sondern es hat enorme Impulse für die Wirtschaft, wenn wir etwa zu einer CO₂-Minderung kommen. Das ist das klassische Geschäft eines Ministerialbeamten, dass man versucht, mit den anderen Ressorts ein bestimmtes Ziel durchzusetzen, und natürlich geht das nicht immer alles von heute auf morgen. Manchmal sind es kleine Schritte, die man geht, aber die Schritte waren in die richtige Richtung.

2001 haben Sie sich dem Verbraucherschutz zugewandt, das war ja parallel zu Ihrer Zeit im Rat. Hat das Argument bei den Verbänden genauso leicht verfangen, dass der Umweltschutz im Eigeninteresse liegt?

Ich habe ja auf vielen Ebenen politisch wirken können, was den Umweltbereich angeht, und im Verbraucherschutz stand natürlich die ganze Debatte über umweltfreundliche Produkte und nachhaltigen Konsum im Zentrum. Ich war diejenige, die damals im Rat den nachhaltigen Warenkorb auf den Weg gebracht hat, weil auch da wieder wichtig war, dass man den Menschen sagt, was denn nun eigentlich das nachhaltige oder positive Konsumprodukt ist.

Innerhalb des Rates hat man natürlich bei den verschiedensten Themen auch sehr unterschiedliche Positionen gehabt. Aber das ist ganz normal, und der Rat hatte ja auch immer, das halte ich auch für richtig, die Devise, dass man einvernehmliche Erklärungen abgibt. Die sind dann nicht so schön, wie vielleicht der eine oder andere im Rat das wünscht, und zwar in alle Richtungen. Aber ich bin jemand, der weiß, dass der politische Prozess das Bohren dicker Bretter ist.

Es gibt Leute, die sagen, Kompromisse reichen nicht, wir können nicht so weitermachen. Wenn wir immer die Wirtschaft ins Boot holen – die Wirtschaft will Wachstum...

»Die« Wirtschaft gibt es nicht, sie ist selber natürlich sehr pluralistisch. Und es gibt in der Wirtschaft eben eine ganze Menge Sektoren, die durch eine aktivere Klimapolitik



Vorteile haben. Das sehen wir bei der Erneuerbare-Energien-Politik in Deutschland. Wenn Sie sagen, man könnte auch alles viel besser machen, dann haben Sie damit natürlich recht. Aber ich bin, wie gesagt, Politikwissenschaftlerin. Ich weiß, man braucht Mehrheiten, so ist die Welt. Wenn heute zum Beispiel große Pensionstöpfe erklären, im Investment aus der Kohle auszusteigen, dann sind das Entwicklungen, die in die richtige Richtung führen. Ob das alles frühzeitig genug geschehen wird? Wir sind ja schon in einem Klimawandel, der auch mit entsprechenden Auswirkungen verbunden ist, bis hin möglicherweise zu Flüchtlingsströmen.

Ich weiß auch nicht, ob es gelingt, die verheerenden Folgen des Klimawandels zu verhindern. Ich glaube es eher nicht. Das Problem ist ja in dem Fall, dass das peu à peu kommt und regional unterschiedlich und die Menschen sich daran gewöhnt haben, erst auf Katastrophen zu reagieren. Das ist in Demokratien nicht anders als in autoritären Systemen. Man kann eigentlich nur recht pessimistisch in die Zukunft schauen. Das heißt aber nicht, dass man es nicht versuchen sollte.

Und meine persönliche Mentalität ist, sich nicht hinzustellen und alle anderen anzuklagen. Man muss sich zusammensetzen und notfalls den nächsten kleinen Schritt tun, der mit Kompromissen verbunden ist.

Haben Sie denn das Gefühl, dass der Rat für Nachhaltige Entwicklung in der Politik den Einfluss hat, den er haben sollte?

Nein, der Rat hat in der konkreten Politik, was an politischen Entscheidungen hier und heute zu beschließen ist, so gut wie keinen Einfluss.

Und was müsste geschehen, damit er diesen Einfluss bekommt?

Also es gibt viele, viele Themen, wo die Politik auch eine entsprechende Programmatik haben könnte. Beispielsweise das Freihandelsabkommen TTIP: Sollen doch die Amerikaner weiter keine Vorschriften machen, was die Aufzucht und Fütterung ihrer Hühner angeht. Das können sie ja machen. Dann müssen sie aber, wenn sie auf den europäischen Markt kommen, eine entsprechende Kennzeichnung machen, das ist ein Chlorhühnchen. Dann würde man den Verbrauchern offenlassen, ob sie diese Viecher kaufen wollen, weil sie die Hälfte kosten, oder nicht. Das will man aber nicht. Weil man eben fürchtet, der souveräne Konsument wird es möglicherweise nicht kaufen wollen.

Und so gibt es viele Ansatzpunkte, wo man das, was die Nachhaltigkeitskonzeption und auch die Konzeption der Bundesregierung will, mit den entsprechenden Instrumenten verstärkt in die Realität umsetzen könnte. Davon, das zu tun, ist man aber weit entfernt.

Reicht es denn, bei der Wirtschaft auf Freiwilligkeit zu setzen in Sachen Nachhaltigkeit, beispielsweise in Sachen Kennzeichnung?



Nein, es geht nicht über Freiwilligkeit, sondern so etwas muss gesetzlich verordnet werden. Nur dann können Sie auch Vertrauen im Markt erschaffen, dass man sich darauf verlassen kann.

Was würden Sie jemandem empfehlen, der jetzt Mitglied im Rat wird?

Dass er dort weiter mit dem berühmten Max Weber'schen »Leidenschaft und Augenmaß« das von ihm für richtig Gehaltene vertritt und versucht, in irgendeiner Weise Überzeugungsarbeit zu leisten. Und wenn das nicht gelingt, muss man eben sehen, dass man zumindest ein klein wenig weiterkommt und Kompromisse eingeht. Das ist das Geschäft von Politik.

Das Interview führte Robert Kalimullin.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Lucia Reisch

Professorin an der Copenhagen Business School, Gastprofessorin an der Zeppelin Universität Friedrichshafen*,
Ratsmitglied seit 2010

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Es gibt eigentlich keine sinnvollere Beschäftigung als die Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit – für meine Kinder und die Kinder dieser Welt. Noch ist Zeit umzusteuern, aber nicht mehr sehr viel.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

2015 war (endlich) ein Jahr der echten Fortschritte in der Politik: COP21, G7 in Elmau, die SDG-Ziele – nun geht es an die Umsetzung und an das Gewinnen von mehr und wichtigen Akteuren. Die Flüchtlingskrise hat die Folgen der Globalisierung in unser wohlhabendes Land gebracht; die Menschen beginnen zu verstehen, dass wir uns nicht abschotten können und aktiv nach Lösungen suchen müssen – ein guter Zeitpunkt für Zukunftsthemen und Verteilungsfragen (und nachhaltige Entwicklung ist beides).

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Ich bin sehr zufrieden mit der Arbeit, die ein solcher ehrenamtlich agierender Rat in den letzten Jahren geliefert hat – die Qualität stimmt, die Themen sind breit, der Rat arbeitet mit einer zunehmend breiten Koalition von gesellschaftlichen Akteuren zusammen (Städte, Jugendliche, Unternehmen, Medien etc.). Natürlich wünscht man sich (immer) mehr Einfluss auf konkrete politische Entscheidungen; mehr Breitenwirkung der Arbeit, mehr Wahrnehmung in den Medien.

* Titel zur Zeit der Berufung



»Nachhaltigkeit muss Bestandteil unserer Außen- und Entwicklungspolitik sein«

Interview mit Hans-Peter Replik

Ehem. Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Jurist, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D.*, Ratsmitglied von 2010 bis 2012

Herr Replik, Sie haben Familie – beeinflusst Sie das bei Ihrer Einstellung zu einer nachhaltigen Gesellschaft?

Schon die Definition der Nachhaltigkeit gibt uns mit auf den Weg: Wir haben eine Verantwortung auch für die Bedürfnisse künftiger Generationen. Das gilt für jeden – ob er selbst Familie hat oder nicht. Durch eigene Kinder und Enkel wird das für mich vorstellbar: In der Nachhaltigkeits-Diskussion sprechen wir oft über lange Zeiträume. Auf dem G7-Gipfel in Elmau war etwa von »globaler Dekarbonisierung bis zum Ende des Jahrhunderts« die Rede. Jahr 2100! Für uns klingt das fern. Meine Enkel könnten das aber noch erleben – und ihre Kinder wiederum ganz sicher. So bekommt die Zukunft ein Gesicht und abstrakte Fragen werden ganz konkret: Wir wollen doch alle, dass auch unsere Nachkommen glücklich auf dieser Erde leben können.

Was ist für Sie der wichtigste Aspekt beim Thema Nachhaltigkeit?

Exakt diese gemeinsame Verantwortung für die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Deshalb dürfen wir uns kein kurzfristiges Besitzstandsdenken leisten, keinen kleinkarierten Parteienstreit und kein Zerfallen in nationale Egoismen. Im Rückblick würden unsere Enkel uns das nicht verzeihen. Politik darf und muss die nächste Wahl im Blick haben, aber nicht auf Kosten der nächsten Generation!

Gab es für Sie ein Schlüsselerlebnis, das Ihnen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Gesellschaft vor Augen geführt hat?

Ich bin am Bodensee aufgewachsen. In den späten 50er- und den 60er-Jahren war der See am »Kippen«. Ohne schnelles und tatkräftiges Handeln wäre er für die Region und als Trinkwasserspeicher verloren gewesen.

* Titel zur Zeit der Berufung



Das zweite Schlüsselerlebnis war der geplante Bau des Kernkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl. Die Themen Sicherheit und Endlagerung wurden damals höchst kontrovers diskutiert und nur von einer Minderheit problematisiert. Und doch hatte die damit einhergehende Unsicherheit im Hinblick auf Folgewirkungen dazu geführt, dass auch die Junge Union Südbaden, deren Vorsitzender ich zu der Zeit war, sich gegen die CDU-geführte Landesregierung gestellt hat. Das Kernkraftwerk kam, nach heftigen Protesten, nicht, die Lichter gingen dennoch nicht aus.

Als stellvertretender Leiter der deutschen Delegation war ich intensiv mit der Vorbereitung und der Durchführung der Konferenz von Rio befasst. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse allein haben genügt, um die dringende Notwendigkeit einer Politikänderung zu begründen.

Ist der Begriff »Nachhaltigkeit« populärer in der Gesellschaft geworden?

Offensichtlich! In einem berühmten Zitat beschreibt Konrad Adenauer die Einheit Europas als einen Traum weniger, der zu einer Hoffnung vieler und schließlich zur Notwendigkeit für alle wurde. Das kann man entsprechend auch auf die Nachhaltigkeit münzen: Zur Hoffnung vieler wurde die Nachhaltigkeit spätestens mit der Konferenz von Rio 1992. Heute kommt niemand mehr daran vorbei. Aber das eine ist die Erkenntnis: Wir sind eine Welt, in der alle Menschen dasselbe Recht auf Entwicklung haben.

Im Übrigen kommen Probleme, die wir in Entwicklungsländern nicht lösen helfen, in einer globalisierten und vernetzten Welt zu uns. Das andere ist konsequentes Handeln in diesem Sinne. Das ist noch ein weiter Weg: Der Siegeszug der Nachhaltigkeit muss jetzt vom Formulieren von Zielen und einigen Erfolgen zur flächendeckenden Umsetzung kommen. Das wird noch ein hartes Stück Arbeit! Deutschland leistet wichtige Beiträge. Einer fehlt noch: die Einlösung des Versprechens, 0,7 Prozent des BNP für Entwicklungshilfe auszugeben.

Sie waren 2010 bis 2012 Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Mit welchen Zielen sind Sie damals in den Rat gekommen?

Die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel setzte bei diesen Themen neue Akzente. Sie dabei zu unterstützen, für neue Themen zu sensibilisieren und, wo nötig, zu drängen war ein Ziel. Daneben wollte ich mit dem Rat die gesellschaftliche Diskussion intensivieren.

Was konnten Sie erreichen?

Wir hatten uns ein gewaltiges Arbeitspensum vorgenommen. Die Mitglieder des Rates waren hoch motiviert und wurden von der Geschäftsstelle hervorragend unterstützt. Die Ergebnisse konnten sich sehen lassen und wirken nachhaltig. Einige wenige Beispiele mögen dies verdeutlichen:



- Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK), der auch international Beachtung fand
- Der Nachhaltige Warenkorb
- Stabilisierung der Finanzmärkte
- »Goldstandard Ökolandbau« für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende
- Städte für ein nachhaltiges Deutschland

Die Empfehlungen zur Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, zur EU-Nachhaltigkeitspolitik und zur UN-Konferenz Rio+20 fanden Beachtung und Eingang in die aktuelle Politik.

Für welche Begebenheit aus Ihrer Ratszeit sind Sie rückblickend dankbar?

Als ehemaliger Parlamentarier habe ich mich besonders über den engen Austausch mit dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung im Bundestag gefreut. Viele unserer Ideen sind dort in die politische Meinungsbildung eingeflossen. Dass mein Wahlkreisnachfolger im Bundestag, Andreas Jung, dessen engagierter Vorsitzender wurde, der unsere Ideen aufgriff und in konkrete Politik umsetzte, freute mich besonders.

Eine Anekdote aus Ihrer Ratsmitgliedszeit?

Am Abend vor dem Koalitionsbeschluss zur Laufzeitverlängerung, gegen die wir waren, rief ich der Bundeskanzlerin zu: »Frau Bundeskanzlerin, auf unsere Unterstützung können Sie immer dann zählen, wenn Sie nachhaltige Politik gegen Lobbyinteressen durchsetzen ...« Nicht nur ich schmunzelte; nach einer Schleife ist es ja dann auch so gekommen.

Wie kann Nachhaltigkeit von Deutschland ausgehend noch stärker Verbreitung finden?

Wenn andere sehen, dass wir mit nachhaltiger Politik wirtschaftlich erfolgreich sind, dann werden sie es nachahmen. Deshalb müssen wir auch die Energiewende zum Erfolg machen. Die Welt schaut hier auf uns. Zudem müssen wir Europa zu einer ehrgeizigen Nachhaltigkeitsstrategie bringen. Und schließlich muss das Eintreten für Nachhaltigkeit ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Außen- und Entwicklungspolitik sein, etwa in bilateralen Partnerschaften.

15 Jahre Rat für Nachhaltige Entwicklung und Ihre Zeit dort – eine Erfolgsgeschichte?

Ja, unbedingt. Durch den Rat und seine Empfehlungen sind viele Diskussionen angestoßen, politische Entscheidungen beeinflusst, unternehmerisches Handeln nachhaltig verändert und gesellschaftliche Prozesse angestoßen worden.



Was hat sich in den vergangenen 15 Jahren zum Positiven gewendet?

Einzelne Beispiele würden der Arbeit nicht gerecht. Er hat nachhaltig dazu beigetragen, das Verhalten der Gesellschaft zu verändern. Und dennoch sei ein Thema herausgegriffen. Erstmals seit Jahrzehnten legt Deutschland ausgeglichene Haushalte vor. Das ist ein Erfolg für Nachhaltigkeit, der gar nicht überschätzt werden kann. Als Staat haben wir viel zu lange das Gegenteil gemacht und der kommenden Generation Schuldenberge aufgetürmt. In den letzten Jahren hat Finanzminister Wolfgang Schäuble das Ruder herumgerissen. Als langjähriger Weggefährte und Freund kann ich da nur sagen: Chapeau, Wolfgang!

Welche Themen sollte der Rat heute voranbringen?

Recycling/Ressourceneffizienz, Energieeffizienz, Artenschutz. In der Familienpolitik: kostenlose Kindertagesstätten und Kindergartenplätze. Überhaupt nachhaltiges Wirtschaften!

Ein nachhaltiges Deutschland und Europa, eine nachhaltige Welt: Sind Sie Optimist?

Wenn ich nicht Optimist wäre, dann wäre ich nie in die Politik gegangen. Aber ich bin kein Träumer, sondern ein realistischer Optimist. Man muss Ziele formulieren, die erreichbar sind – und dann dafür kämpfen. 1992 war ich Stellvertreter der deutschen Rio-Delegation. Da haben wir Visionen für Umwelt und Entwicklung formuliert. Viele waren begeistert, andere haben es belächelt. Entstanden sind mannigfaltige Initiativen weltweit. Denken Sie in Deutschland an die Agenda-Gruppen in fast jeder Gemeinde. Im Jahr 2015 haben die Staaten der Erde in New York einen »Weltzukunftsvertrag« zur Nachhaltigkeit formuliert und in Paris ein Weltklima-Abkommen. Wer hat nun recht behalten, die Optimisten oder die Zweifler?

Klimaschutzplan 2050 – was soll drinstehen?

Der Klimaschutz-Plan 2050 muss den Pfad der Dekarbonisierung beschreiben: Bis 2050 wollen wir in Deutschland unseren Treibhausgasausstoß um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduziert haben. Nach Paris bin ich entschieden dafür, dass wir den oberen Bereich dieser Marge anstreben. Wir müssen aus Kohle, Öl und Gas schrittweise aussteigen, einen nachhaltigen Verkehr ohne CO₂-Ausstoß umsetzen, einen effizienten Gebäudebestand und erhebliche Fortschritte in der Landwirtschaft erreicht haben. Von dem Klimaschutzplan erwarte ich, dass er die konkreten Schritte dahin formuliert und beschreibt, wie dies wirtschaftlich und sozial umgesetzt werden kann.

Die CDU gilt als Wirtschaftspartei – müssen/mussten Sie da manchmal dicke Bretter im Bezug auf Nachhaltigkeit bohren?

Wirtschaft ist Teil der Nachhaltigkeit. Und Ökologie und Soziales sind Teil der CDU: Bewahrung der Schöpfung und katholische Soziallehre gehören zu unserem Kern-



bestand. Das alles ist also kein Widerspruch, sondern eine Chance. Aber ja – es mussten heiße Eisen geschmiedet werden. Das liegt mir – meine Familie führt in meiner Heimat in vierter Generation eine Schmiede/Schlosserei! 1996 etwa habe ich für die CDU das Konzept einer ökologischen Steuerreform entwickelt. Da sind intern Fetzen geflogen – die meisten davon waren weiß-blau. Eine gute Idee braucht manchmal Zeit – in der Regel setzt sie sich dann aber gegen Populismus durch.

Sie haben viel hinter die Kulissen geschaut: Wie hoch ist der Prozentsatz der Entscheider aus Politik und Wirtschaft, die nachhaltige Entwicklung ernst nehmen?

Der Prozentsatz der Entscheider mit Herz für Nachhaltigkeit jedenfalls in der Politik dürfte ziemlich exakt dem in der Bevölkerung entsprechen. Jeder Wähler hat es in der Hand. Regierungen werden von Parlamenten gewählt und die sind Spiegelbild unserer Gesellschaft. Warum sage ich das? Wir können uns über Vertreter in Politik und Wirtschaft ärgern – aber die Verantwortung nicht delegieren. Jeder ist gefragt!

Was sagen Sie den Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die unseren Lebensstandard erreichen wollen?

Das ist nicht nur verständlich, sondern ihr gutes Recht. Nur sollten sie nicht dieselben Fehler machen wie wir – uns also nicht einfach kopieren. Wenn alle so produzieren und konsumieren würden wie wir, bräuchten wir mindestens zwei Planeten. Deshalb müssen auch wir uns entwickeln – und haben das mit den globalen Nachhaltigkeitszielen ja auch anerkannt; anders als die Millenniumsziele, die nur für Entwicklungsländer gegolten haben, gelten die neuen Ziele für alle Staaten. Deutschland wurde damit zum Entwicklungsland. Das heißt: In vielen Bereichen müssen wir uns ändern.

Wie hat sich Ihre Sichtweise durch die Teilnahme an internationalen Klimakonferenzen verändert?

In Rio war Aufbruchsstimmung, weil wir geglaubt haben, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes könne die Weltgemeinschaft jetzt beherrscht den Nord-Süd-Konflikt überwinden. In den Prozessen zeigt sich, wie schwierig es ist, unterschiedlichste Staaten und Sichtweisen unter einen Hut zu bringen. Das müssen Sie aber, denn auf Ebene der UN gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Darum muss auch ein Land wie Saudi-Arabien, das vom Öl lebt, oder aufstrebende Schwellenländer, die schnelles wirtschaftliches Wachstum generieren, dem Klimaschutz zustimmen.

Diese Prozesse erfordern eine ungemeine Geduld. Das ist aber unumgänglich.

Das Interview führte Heike Janßen.



»Es geht um Langfristigkeit – und nicht nur um das Gewinnen der nächsten Wahlen«

Interview mit Prof. Dr. Josef Sayer

Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2007

Herr Professor Dr. Sayer, was machen Sie in Guatemala?

Als Hauptgeschäftsführer von Misereor hatte ich in Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien zu tun. Auch im Ruhestand erhalte ich von dort Einladungen. Es geht um Fragen der Gerechtigkeit aus der Perspektive des Evangeliums, der Nachhaltigkeit und insbesondere im Zusammenhang mit der Enzyklika »Laudato si« von Papst Franziskus um den Klimawandel.

Sie waren in diesem Auftrag auch auf der Klimakonferenz in Paris. Sind wir hier Ihrer Einschätzung nach einer gerechteren Welt ein Stück näher gekommen?

Das sind wir, allerdings nur, wenn wir dieses Abkommen, das in Paris von 196 Ländern beschlossen wurde, tatsächlich entschieden umsetzen. Ohne Verzug und rasch! Mit konkreten Maßnahmen, im Sinne des globalen Gemeinwohls. Die Umsetzung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, sonst wird es äußerst schwierig, überhaupt bei 2° C Erderwärmung bis 2100 landen zu können. Geschweige denn bei 1,5° C: Dies würde den Verwundbarsten in Ozeanien und vielen Küstenregionen der Erde ein Überleben ermöglichen. Gipfelzusagen sind das eine. Wenn man jedoch allein die in Planung befindlichen Kohlekraftwerke z. B. in Indien, China, Vietnam oder der Türkei betrachtet, dann bestehen große Zweifel an einer kohärenten Politik. In einer interdependenten Welt hängt das Wohl der einen von den je anderen ab. Daher ist auch Deutschland besonders herausgefordert.

Was kann denn die Weltkirche dabei ausrichten?

Ein ganz entscheidender Meilenstein war die Enzyklika »Laudato si« von Papst Franziskus. Diese Enzyklika formuliert auf dem Stand der Wissenschaften die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen. Klimaschutz und Armutsbekämpfung werden eng verknüpft; sowohl die Bevölkerung als auch Politik, Wirtschaft und Religionen tragen gemeinsam für Klimagerechtigkeit Verantwortung. Eine wirklich dynamische und treibende Kraft in der Diskussion vor und auf dem Gipfel in Paris, auf die sich viele bezogen haben!

* Titel zur Zeit der Berufung



Die Kirche bringt hier das menschliche Antlitz in die Debatte: Wir können doch nicht so tun, als könne man das Leben von 16 Millionen Menschen in Ozeanien einfach abschreiben. Pech gehabt, dort geboren zu werden. Ebenso frage ich mich, wohin denn die 30 bis 50 Millionen Menschen aus Bangladesch bei steigendem Meeresspiegel migrieren werden. Man kann sie doch nicht ins Meer treiben ... Die gegenwärtige Flüchtlingsdebatte – eine Million Menschen in der Bundesrepublik – ist sicherlich eine schwierige für die politischen Verantwortungsträger und auch für die Kirchen und die Zivilgesellschaft. Wir werden aber künftig noch ganz anders herausgefordert, wenn wir jetzt nicht radikal und zügig – eben nachhaltig – umsteuern: mit unserem Lebensstil und unseren Produktionsweisen.

Nachhaltig leben – was bedeutet das für Sie persönlich?

Der einzelne Mensch wird nur verständlich aus der Gemeinschaft heraus. Beide Seiten tragen Verantwortung für ein gelingendes Leben. Es geht darum, tragfähige Beziehungen zu gestalten, und zwar unter globaler Perspektive: Hierzu zählt z.B. bewusstes Einkaufen. Brauche ich die Dinge tatsächlich? Wo und wie werden sie produziert? Sich einmischen in Kirche und Kommunen. In Schulen und bei Gottesdiensten für ein »gutes Leben« werben. Gute mitmenschliche Beziehungen sind wichtiger, als viel zu haben und zu konsumieren. Politiker herausfordern. Informationen aus dem Süden einbringen. Ich weiß, das alles ist gar nicht so einfach. Aber zusammen mit anderen macht es Freude, sich so einzusetzen.

2001 wurden Sie in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Was haben Sie sich von diesem neuen Gremium erhofft?

Dass ein solcher Rat überhaupt gegründet wurde, war wirklich eine tolle Sache. Ein Verdienst der Schröder-Regierung. Auch die Konzeption war sehr gut: Der Kanzleramtsminister Steinmeier selbst sicherte die Verbindung zur Regierung, diskutierte mit dem Rat, schickte seinen ständigen Vertreter in die Sitzungen. Kanzlerin Merkel behielt dies bei, kam zu den Jahreskonferenzen des Rates und verlieh mit Grundsatzreden dem Rat und dem Nachhaltigkeitsthema eine ganz andere Aufmerksamkeit. Ein Staatssekretärsausschuss zur Nachhaltigkeit wurde gebildet, der alle Ressorts einbezog. Von daher hatte ich mir eine wirklich kohärente Politik erhofft. Eine wohl etwas naive Hoffnung; die wirtschaftlichen Interessen dominierten weiterhin.

Wie hat sich Ihre Arbeit im Rat für Nachhaltige Entwicklung dann gestaltet?

Entscheidend für mich war die Zusammensetzung: Da war z.B. Frau Zahrnt vom BUND; mit ihr hatte Misereor bereits die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« herausgebracht, also eine bewährte Zusammenarbeit. Dann Herr Flasbarth vom NABU, Herr Weinzierl vom Naturschutzing, Frau Müller von der Verbraucherzentrale, Graf Hatzfeldt, ein Forstspezialist: Wir waren gewissermaßen »natürliche« Verbündete im Rat, unterstützt von wissenschaftlicher Seite durch Herrn Jochem. Gegenüber dem wirtschaftlich orientierten Flügel im Rat ging es uns darum, den Menschen und den Schutz der Umwelt ins Zentrum zu stellen, die ökonomische Dimension in die Pflicht



zu nehmen zugunsten der ökologischen und sozialen. Wichtig dabei war die gute Leitung durch die Vorsitzenden Platzeck, Hauff und Töpfer. Ihnen ist es zu verdanken, dass ein echter Dialog zustande kam. Ein besonderes Lob verdient auch die Geschäftsstelle unter der Leitung von Herrn Bachmann, einem sehr engagierten Fachmann, der in die gesellschaftliche Szene hineinhorcht und Möglichkeiten für den Rat auslotet.

Was konnten Sie konkret verändern?

Zwei Beispiele: Frau Müller von der Verbraucherzentrale schaffte es, das Leuchtturmprojekt eines »Nachhaltigen Warenkorbs« im Rat durchzubringen, und Herr Jochem einen Ring von mittelständischen Unternehmen, die ihre Energieeffizienz unter die Lupe nahmen und ihre Energiebilanz wesentlich verbesserten. Mir persönlich war es ein Anliegen, die Südperspektive einzubringen, z.B. im Bereich der Landwirtschaft und Ernährungssicherung. Nicht nur auf Nachhaltigkeit innerhalb Deutschlands zu schauen. Wir leben in einer interdependenten Welt. Daher kann es nicht angehen, dass sich Unternehmen in Deutschland auf vorgegebene Standards verpflichten, sich aber in China, Vietnam, Bangladesch oder bei der Rohstoffgewinnung im Kongo ganz anders verhalten. Bei der Bewusstseinsbildung in diese Richtung haben wir vielleicht einen Beitrag leisten können.

Das klingt sehr bescheiden...

Insgesamt muss ich sagen, dass wir die Chancen, die uns der Nachhaltigkeitsrat geboten hat, meines Erachtens zu wenig genutzt haben. Wir hätten sehr viel mehr daraus machen können. Wir hätten z.B. die Organisationen, aus denen wir kamen, für die Nachhaltigkeit vernetzen sollen: Also z.B. hätten wir das Projekt des »Nachhaltigen Warenkorbs« hervorragend in die fünfwöchige jährliche Fastenaktion Misereors in allen ca. 12.000 Pfarreien in ganz Deutschland einbringen können. Welch eine Chance, nachhaltiges Bewusstsein und Verhalten in der Bevölkerung zu verankern! Dass wir das nicht taten, ärgert mich heute noch. Ähnliches gilt für das Leuchtturmprojekt der Energieeffizienz, das Herr Jochem initiiert hat. Eine Schwäche sehe ich aber auch bei der Bundesregierung und insbesondere bei den Parteien: Wie viele Mittel waren sie willens, für die Bildung von Nachhaltigkeitsbewusstsein und von nachhaltigem Verbraucherverhalten bereitzustellen? Hat man um die Tragweite des Nachhaltigkeits-themas mehr schöne Worte gemacht als tatsächlich politischen Willen zugunsten einer nachhaltigen Praxis aufgebracht? Kohärenz ist gefragt. Im Vergleich dazu wie viele Milliarden nahm man ruckzuck in die Hand, als es um die Rettung der Banken ging?

Woran erkennen Sie, dass die Arbeit des Rates Wellen geschlagen hat und wirksam geworden ist?

Beispielsweise darin, dass Kanzlerin Merkel dieses Thema aufgreift und weiterführt und es nach Fukushima zu einer Politik der Energiewende kam. Ich sehe es nämlich als viel wichtiger an, dass der Rat als solcher existiert und eine kritische, kantige Institution ist, mit der sich die Politik auseinandersetzen muss, als seine einzelnen Empfehlungen. Ein Stein im Weg also, um den die Politik nicht guten Gewissens herum-



kommt! Mit dem Rat bleibt die Frage der Nachhaltigkeit auf der Tagesordnung. Darin besteht meines Erachtens der große Gewinn. So muss z. B. bei dem Flüchtlingsproblem nach den Ursachen gefragt und weiter nachgedacht werden: Was kommt durch den Klimawandel langfristig auf uns zu? Darüber hinaus ist der Einfluss einer konsequenten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auf Wirtschaft, Wissenschaft und Technologieentwicklung von immenser Bedeutung. Es ist wichtig, dass dies weiter so bleibt, weil Deutschland auch hier eine starke Vorreiterrolle und eine wegweisende Funktion hat. Für die Schwellen- und Entwicklungsländer, beispielsweise Indien und in Afrika, ist es wichtig, einen anderen Energiepfad zu gehen, als es die Industrieländer ehemals getan haben, um das 1,5° C-Ziel von Paris zu erreichen. Diese Länder gilt es beim Aufbau erneuerbarer Energiepfade zu fördern. Schon im eigenen Interesse, wenn wir an die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde und die Bewahrung der Schöpfung denken, die ja einen Eigenwert in sich hat, unabhängig vom Menschen. Dies trägt auch dazu bei, Nachhaltigkeit und Lebenssinn zu verbinden.

Und auf Sie persönlich, wie hat auf Sie die Arbeit im Rat gewirkt?

Es ist ja nicht nur so, dass man für den Rat Zeit und Kraft investiert. Ich habe auch viel durch die Arbeit im Rat gewonnen, persönlich und für meine Institution Misereor: z. B. eine verstärkte Sensibilisierung für Fragen der Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie floss ein in das Wagnis, eine Studie zum Klimawandel auch unter Einbezug der Südkontinente (»Global, aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen«) durchzuführen zusammen mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, der Münchener Rück Stiftung und der Münchener Universität der Jesuiten.

Was würden Sie sich für die Arbeit des Rates in den kommenden 15 Jahren wünschen?

Ich würde mir wünschen, dass das Thema Klimawandel ganz oben im Rat diskutiert wird, und zwar unter internationaler und globaler Perspektive. Denn Deutschland wird im Hinblick auf seine Klimapolitik und die diesbezügliche Nachhaltigkeitsstrategie sehr genau beobachtet. Mit der Politik der Energiewende hat Deutschland eine Vorreiterrolle inne und ist in die Vorleistung gegangen. Geht es beherzt diesen Weg, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass andere Länder sich überzeugen lassen. Die Forderung nach einem zeitnahen weltweiten Umsteuern im Sinne der UN-Konferenz von Paris und der Klimaenzyklika »Laudato si« von Papst Franziskus würde dadurch Tragkraft gewinnen: Es geht doch darum, den Globus bewohnbar zu erhalten und auf die Würde und Lebensqualität der Generationen auch in 300 Jahren und darüber hinaus zu achten. Der Rat kann hier eine hervorragende Arbeit leisten. Es ist eine schöne Aufgabe, die Regierungen und Parlamentarierinnen und Parlamentarier in dieser Richtung zu bestärken und sich nicht lediglich auf kurzfristige Ziele auszurichten. Es geht um Langfristigkeit und vor allem um Kohärenz – nicht nur um das Gewinnen der nächsten Wahlen.

Das Interview führte Anja Achenbach.



»Ich sehe meine Verantwortung«

Interview mit Tobias Schlegl

Moderator*,
Ratsmitglied von 2004 bis 2007

Herr Schlegl, was ist für Sie der entscheidende Aspekt am Konzept Nachhaltigkeit?

Der Begriff an sich ist furchtbar und sperrig und wird oft in falschen Zusammenhängen benutzt. Ich übersetze ihn immer mit Zukunftsfähigkeit. Die eigentliche Definition bezieht sich auf den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich. Das Interessante ist, dass er alle Felder unseres Lebens abdeckt. Es geht um die Frage: Wie entwickelt sich die Gesellschaft?

Gab es für Sie ein Schlüsselerlebnis, das Ihnen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Gesellschaft vor Augen geführt hat?

Ich erinnere mich, wie ich mit 14, 15 meinen ersten »Nachhaltigkeitseinbruch« hatte: Da wurde ich Vegetarier, nachdem ich eine Dokumentation über Tiertransporte gesehen hatte. Aber es war ein Prozess. Vom Vegetarismus über Konzerte gegen Rechtsradikalismus, die wir an der Schule organisierten, bis zu meiner Zeit im Rat. Da musste ich zur Vorbereitung Dokumente wälzen. Je mehr man weiß, desto mehr kann man sich mit dem Wissen eine Haltung erarbeiten und mitreden. Das Wissen um die Dinge, die getan werden müssen, damals schon die 2° C – uns wurde 2005 im Rat erzählt, das sei fast nicht mehr schaffbar! Das hat mich schockiert. Das Thema hat mich gepackt für immer!

Was haben Sie gedacht, als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder Sie in den Rat berief?

Ich dachte, das ist eine Chance, einen Einblick hinter die Kulissen zu bekommen. Aber ich musste erst mal recherchieren, was hinter diesem Rat steckt, den keiner kannte.

Mit welchen Ideen sind Sie damals gekommen?

Ich habe versucht, mit Pilotprojekten junge Menschen für das Thema zu begeistern. Zum Beispiel mit einer Tanzperformance nach Simon Rattle zum Thema Nachhaltigkeit, zusammen mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund aus Neukölln. Oder wir suchten Nachhaltigkeitshelden auf lokaler Ebene. Wir stellten sie in einer Ausstellung vor, damit sie die gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Das hat viel

* Titel zur Zeit der Berufung



Spaß gemacht. Wir erzeugten Wirkung, weil es den Menschen gefiel. Wir sorgten auch dafür, dass die Kreativen längerfristig Unterstützung bekamen.

In dem Rat sind hauptsächlich ältere Männer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Kirche. Wie kamen die mit einem jungen Fernsehmoderator zurecht?

Anfangs war das nicht ohne! Ich hab schon Blicke gespürt, gerade zu Beginn: Was weiß der Jungspund schon? Er ist nicht mal aus einer NGO, sondern aus den Medien. Aber: Je länger ich da war, desto mehr fühlte ich mich ernst genommen.

Wie bewerten Sie die Arbeit des Rates?

Mir gefiel vor allem die Möglichkeit, Ideen nach draußen zu tragen. Damals waren die sozialen Medien noch nicht so stark, und wir versuchten auf andere Weise, den Begriff Nachhaltigkeit bekannt zu machen.

Verfügt der Rat über den notwendigen Einfluss auf Politik und Gesellschaft?

Oh ja! Das Konzept ist ein nicht polterndes. Er arbeitet eher im Verborgenen. Der Rat sucht Nähe zur Politik, ist fast freundschaftlich verbunden und will damit etwas bewirken, im Gegensatz zu einer NGO oder der Opposition, die lauthals schreien – oftmals natürlich völlig zu Recht. Wir luden die Verantwortlichen ein und sprachen über die Dinge, die uns nicht gefielen. Schröder, Steinmeier oder Merkel, die alle im kleinen Kreis zu haben – ich hatte das Gefühl, das funktioniert, und das hat mir ein bisschen den Glauben an die Politik zurückgegeben. Nähe zur Politik, ohne korrumpierbar zu sein. Obwohl man immer warten muss, was die tatsächlich hinterher umsetzen, oder ob sie mit den Zwängen der Politik argumentieren, mit den Parteifreunden. Aber ich habe ihnen im kleinen Kreis die gute Absicht abgenommen.

Ist der Rat ein Feigenblatt der Politik?

Nein, überhaupt nicht. Ich glaube, das ist einer von mehreren Wegen, die man gehen kann: ernsthaft den Kontakt zu suchen, die Themen zu besprechen, Einfluss auszuüben. Da wurden Dinge in die richtige Richtung geschoben.

Meinten die Mitglieder im Rat den Einsatz für Nachhaltigkeit ernst?

Ich war oft frustriert, denn die Forderungen, mit denen wir operierten, waren ja schon innerhalb des Rates der kleinste gemeinsame Nenner! Der Rat ist Politik im Kleinen. Da kämpfen die Umweltvertreter mit den Vertretern der Industrie. Da konnte man sich zum Beispiel nicht einigen, bezüglich der Atomkraft etwas Klares zu formulieren wie: Atomausstieg jetzt! Als Kompromiss hat man bei Kohlekraftwerken auf die Filter gesetzt.

Hatten die Vertreter der Wirtschaft im Rat denn grundsätzlich verstanden, dass sich etwas tun muss, oder versuchten sie, von innen das Feld aufzurollen?



Schwierig. Ich glaube, dass sie das Thema anerkannt haben, aber dennoch Interessenpolitik betreiben. Damals waren Vertreter von Chemieunternehmen dabei, oder solche, die sich für Windkraft stark machten, aber auch mit Kohle und Atomenergie Geld verdienten. Also: sehr zweischneidig.

Wie weit darf und muss man mit der Wirtschaft zusammenarbeiten?

Der Umbau der Wirtschaft, mehr Umwelt und Soziales mitzudenken, ist ein zentraler Aspekt der Nachhaltigkeit. Ohne Wirtschaft geht es nicht. Es hat lange gedauert, bis die Führungskräfte verstanden haben, dass zum Beispiel die Reparatur von Klimaschäden viel teurer ist als rechtzeitiges Handeln. Das rechnet sich. Damals war es ein schwerer Kampf. Heute steigt die »Allianz« aus klimaschädlichen Fonds aus – aber dazu bedarf es klarer politischer Rahmenbedingungen. Das ist also eigentlich ein politisches Problem: Man muss die Politiker in die Pflicht nehmen, damit sie die entsprechenden Bedingungen schaffen. Und vorher muss die Zivilgesellschaft dafür kämpfen.

Wird ein Politiker, der Klimaschäden in die Waren einpreisen will, denn gewählt?

Das ist ja das Frustrierende, was ich bei allem Optimismus immer spüre. In meinen Filmen z.B. für das Format »Extra3« im NDR und der ARD stelle ich Wirtschaft und Politik bloß, aber auch den ganz normalen Bürger. Und auch unabhängig von den Pegida-Geschichten ist es sehr, sehr erschreckend, was ich da erlebe. Ich habe einmal Kleidung verkauft. Wir haben ganz klar kommuniziert: Das ist von Kinderhänden in Pakistan genäht, das hier sind die Kinder, so sehen die Bedingungen aus, unter denen die arbeiten – für einen Dreckslohn. Aber es ist billig, also greifen Sie zu! Die Leute haben den Stand leer gekauft.

Indigene Völker haben durch den Klimawandel oft alles verloren, obwohl sie absolut nachhaltig leben: Ihre Häuser und Lebensgrundlagen sind zerstört. Sie müssen ihre heiligen Stätten aufgeben und landen in den Slums der Großstädte; als indirekte Folge unseres hemmungslosen Konsums werden sie dazu gezwungen. Zugleich sagen viele in den Industrieländern: Ich bestehe auf meine Entscheidungsfreiheit.

Das ist bezeichnend für das Denken: Wenn es einen nicht selbst betrifft, ist es auch egal. Das ist die Wut, die mich antreibt, zum Beispiel journalistisch aktiv zu werden. Es ist eine Farce, dass man sich aufregt, wenn Grünenpolitiker vorschlagen, etwas weniger Fleisch zu essen! Alles nach dem egoistischen Motto: Ich will selber bestimmen, wie viele Schweine wegen mir geschlachtet werden und wie schnell ich auf der Autobahn fahre. Das ist schon traurig!

Manche, die sich für eine gute Sache einsetzen, trauen sich nicht, die Wahrheit zu sagen: Man kann allein mit Fair Trade und Mülltrennung nicht die Welt retten, man muss an den Kern gehen. Man muss weniger konsumieren. Wir müssen unser Leben ganz radikal ändern, und ohne Verzicht wird das nicht möglich sein. Sonst kommen wir unserer Verantwortung für die Menschen in anderen Ländern nicht nach.



Ist es Verzicht, weniger einzukaufen?

Zunächst einmal ist es Verzicht, weniger Fleisch zu essen, das Auto wenig zu nutzen, nicht innerhalb Deutschlands zu fliegen. Da verstehe ich auch Politiker: Solange die Menschen so sind, haben sie Angst, nicht wiedergewählt zu werden. Da schwindet der Mut. Darum müssen wir Journalisten das nach außen tragen. Und der Rat sollte intern dafür sorgen, dass die Politiker nicht mutlos werden.

Kann die Regierung uns also nicht mit Gesetzen zwingen?

Es wird zwangsläufig dazu kommen, dass erst die Natur und dann die Politik uns Regeln diktieren werden. Wenn wir weiter auf unseren Lebensstil pochen, wird es zu einer Art Ökodiktatur kommen. Aber das Fenster zum Gegensteuern gibt es ja noch.

Auch Journalisten haben das Problem, dass die Menschen abschalten, wenn ihnen die Themen zu unbequem werden.

Ich glaube, mit einer Mischung aus anspruchsvollen Artikeln in Zeitungen wie SZ oder Zeit und satirischen Clips, die in sozialen Netzwerken funktionieren, kann man viele erreichen. Beides sollte sich ergänzen: Man muss den Begriff unterhaltsam unter Volk bringen, aber auch ernsthaft und mit Fakten belegt.

Gibt es eine Begebenheit, die Sie heute noch freut oder aufregt?

Mir fällt da etwas Unschönes ein: Als Merkel zu Gast war, wollte ich sie gern auf ihre Haltung zu Atomkraft und Kohle ansprechen. Da aber alle vom Rat etwas fragen wollten, kam ich einfach nicht dran. Das hat mich frustriert. Das nehme ich bis heute persönlich, obwohl ich gar nicht weiß, wieso das so kam!

Welche Themen sollte der Rat heute voranbringen?

Der Klimawandel ist das wichtigste Thema. Der Rat muss ein Motor dafür sein, dass die Versprechen vom Pariser Gipfel eingehalten und besser noch: übertroffen werden.

Hat die Arbeit im Rat Ihr Leben verändert?

Das konnten die damals ja gar nicht wissen, wie sehr ich hinterher versuchen würde, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Vieles ist aus dem Rat heraus gekommen: aus Frustration über die Politik der kleinen Schritte u. a. auch im Rat. Weil eben alles so lange dauert, ist mein Buch »Zu spät« entstanden: Ich fuhr quer durch Deutschland, um zu sehen, was gerade passiert.

Zum Beispiel bin ich mit Graf Hatzfeld, ehemals Ratsmitglied und Vorsitzender des Forest Stewardship Council in Deutschland, zu IKEA gefahren. Wir haben versucht herauszufinden, wie nachhaltig das Holz bei Ikea wirklich ist. Nur ein Thema von vielen. Daraus wurde eine zweiteilige TV-Dokumentation im NDR: »Schlegl sucht die



Wahrheit«. Daraus entstand der N-Klub, in dem Aktivisten Projekte vorstellen. Zuerst in Hamburg mit mir als Gastgeber. Inzwischen hat er sich auf andere Städte wie Hannover, Frankfurt und Köln ausgebreitet. Der N-Klub sucht Politikanbindung, ist aber in erster Linie eine Plattform für engagierte Menschen und Aktivisten. Irgendwann kam endlich auch der Hamburger Bürgermeister, und wir haben ihn mit unseren Forderungen bombardiert. In eineinhalb Jahren wollen wir ihn treffen und die Punkte überprüfen.

Schaffen Sie es, nachhaltig zu leben?

Ich habe relativ aufgeräumt: Ich esse seit 15 Jahren kein Fleisch, ich lebe in einem Niedrigenergiehaus, mache so oft wie möglich Carsharing mit Elektrofahrzeugen und fahre innerhalb Deutschlands mit der Bahn. Ich engagiere mich in sozialen Projekten. Aber ich weiß selbst, wie schwierig es ist: Meine Schuhe sind alles andere als nachhaltig, und ich fliege auch in den Urlaub.

Ist man als Prominenter verpflichtet, Vorbild zu sein?

Es funktioniert nur, wenn man authentisch ist. Sonst fehlt der Antrieb, den man braucht, um auch viel Scheitern in Kauf zu nehmen. Ich sehe meine Verantwortung, ich kann mit vielen sprechen, an die andere nicht herankommen.

Das Interview führte Heike Janßen.



3 Fragen – 3 Antworten mit Max Schön

Unternehmer in Lübeck, Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome*,
Ratsmitglied seit 2010

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Die Schönheit unserer Natur und der Erhalt von guten Zukunftschancen für unsere Kinder sind meine Hauptantriebsfeder. Seit gut 30 Jahren ist das schon so – und lässt zum Glück auch nicht nach.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Ich bin davon überzeugt, dass es möglich ist, langfristiges Denken mit aktuellem Tun zu vereinbaren. Ich bin davon überzeugt, dass es notwendig ist, globales Denken und lokales Handeln zusammenzubringen. Ich bin ferner davon überzeugt, dass alle vier Dimensionen der Nachhaltigkeit immer wieder zusammen gedacht werden müssen als Teile eines Ganzen: Ökonomie, Ökologie, das Soziale und die Kultur.

Allerdings: Nachhaltigkeit kommt nicht »wie von selbst«, sondern muss gestaltet werden. Immer wieder und jeden Tag muss man sich neu an die Arbeit machen. Dazu braucht man Durchhaltevermögen. Was wir innerhalb einer Generation zerstört haben, kann einen bitter werden lassen. Doch ich bin davon überzeugt, dass die Voraussetzungen für Nachhaltiges Handeln durch die Arbeit im Nachhaltigkeitsrat, vor allem aber durch das Engagement vieler, vieler Menschen weltweit sich gerade in den letzten Jahren deutlich verbessert haben. Es besteht jetzt die gute Chance, dass sich die Lebensbedingungen vieler zum Besseren wenden können. Jetzt heißt es dranbleiben!

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Dranbleiben!

* Titel zur Zeit der Berufung



3 Fragen – 3 Antworten

mit Dr. Imme Scholz

Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für
Entwicklungspolitik (DIE)*,
Ratsmitglied seit 2013

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Mich reizt die Möglichkeit, über die Mitarbeit im Rat die deutsche Nachhaltigkeitspolitik enger als bisher mit internationalen Anstrengungen für nachhaltige Entwicklung zu verknüpfen.

Die neue Nachhaltigkeitsstrategie, die gerade von der Bundesregierung für die nächsten 15 Jahre erarbeitet wird, bietet die Chance, echte Fortschritte zu machen – Produktion, Konsum, Handel und Verkehr auf erneuerbare Energien umzustellen und auf die Anforderungen einer Kreislaufwirtschaft auszurichten; Bildungschancen für alle zu verbessern; Armutsrisiken und Ungleichheit zu verringern. Und dies nicht nur in Deutschland, sondern durch Zusammenarbeit auch in anderen Ländern Europas und der Welt.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 hat es Fortschritte gegeben – wir wissen viel genauer, in welchen Bereichen das Erdsystem durch menschliches Handeln gefährdet ist, und in vielen Fällen wissen wir auch, was dagegen getan werden muss.

Das Klima-Abkommen von Paris ist ein ermutigendes Zeichen, weil sich auch die Regierungen der Welt bewegt und diesen Einsichten Rechnung getragen haben. Auch ist wieder das Bewusstsein dafür gestiegen, dass der hohe Konzentrationsgrad von wirtschaftlicher Macht und Einkommen, mit dem wir es global zu tun haben, nicht nur ein wirtschaftliches Problem darstellt. Er beeinträchtigt auch die Fähigkeit unserer Gesellschaften, soziale und politische Teilhabe zu ermöglichen und damit Probleme gemeinwohlorientiert zu bewältigen. Wenn man dies erkannt hat, kann man damit beginnen, an Lösungen zu arbeiten. Insofern stehen die Zeichen für einen Richtungswechsel gut.

Gleichzeitig haben wir in der Nachhaltigkeitspolitik oft die Erfahrung gemacht, dass effektive Veränderungen sehr schwer durchzusetzen sind – das zeigen das zunehmende Artensterben, die anhaltend hohe Belastung der Stadtluft und des Grundwassers.

* Titel zur Zeit der Berufung



Es hat bisher keine Folgen, wenn die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, von ihr selbst nicht erreicht oder gar ignoriert werden.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

In Deutschland haben wir viele Lernerfahrungen in der Nachhaltigkeitspolitik gemacht – in Unternehmen, in der Politik, im Bund, den Ländern und Kommunen, in vielen Bürgerinitiativen. Der Nachhaltigkeitsrat sollte sich noch stärker als bisher dafür einsetzen, diese Erfahrungen zu sammeln, auszuwerten und zu teilen, auch mit anderen Ländern.

Außerdem braucht Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland weiterhin kritische Begleitung – dafür wird der Nachhaltigkeitsrat auch in Zukunft gebraucht. Der Rat könnte seine internationalen Kontakte ausbauen und dafür nutzen, Deutschland auf interessante Erfahrungen und Erfolge anderswo hinzuweisen, denn auch wir können von anderen lernen.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Wolfgang Schuster

Vorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch-Gmünd a. D., Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart a. D.*,
Ratsmitglied seit 2012

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Nachhaltigkeit ist ein abstrakter Begriff, den es konkret auszufüllen gilt. Mir war es als kommunalpolitisch Verantwortlichem immer wichtig, Städte nachhaltig zu gestalten. Dies gelingt durch eine starke kommunale Selbstverwaltung von öffentlicher Hand und Bürgerschaft vor Ort. Deshalb ist die Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen auf europäischer und nationaler Ebene und deren Verbindung mit den konkreten Aktivitäten zur Umsetzung vor Ort sehr wichtig.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

2015 gab es zwei wesentliche globale Weichenstellungen: die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele durch die UN-Vollversammlung und das verbindliche Klimaabkommen durch die Staatengemeinschaft.

Jetzt gilt es mitzuwirken, dass Deutschland als eine der führenden Hightech- und Exportnationen der Welt Vorreiter bei der Umsetzung dieser Ziele wird. Dies wird nur in einem Zusammenspiel der drei politischen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und mit der aktiven Mitwirkung von Zivilgesellschaft, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt durch Einbindung der vielfältigen bürgerschaftlichen Initiativen vor Ort gelingen.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Der globale Rahmen ist durch die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Klimaabkommen definiert. Jetzt geht es um die Umsetzung in allen Lebensbereichen, in der Arbeitswelt ebenso wie in unseren Konsum-, Mobilitäts- und Wohngewohnheiten. Deshalb sollte ein Schwerpunkt auf Bildung für nachhaltige Entwicklung gelegt werden mit vielfältigen Angeboten entlang der Bildungskette, beginnend in den Kitas, in unseren allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, in der beruflichen Weiterbildung ebenso wie in der allgemeinen Erwachsenenbildung.

* Titel zur Zeit der Berufung



Es gilt dabei, bewusst zu machen, warum wir uns nachhaltig verhalten sollten. Ethische Grundlage ist für mich soziale Gerechtigkeit: fair zu handeln gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern, den Menschen in anderen Ländern und Kontinenten, damit auch ihnen Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wie wir sie heute haben. Dies im Sinne der »Goldenen Regel«, die sich in allen Kulturkreisen findet: Berücksichtige bei deinem Handeln immer die Bedürfnisse der anderen. »Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.«

Deshalb hoffe ich, dass es uns mit der Arbeit des Nachhaltigkeitsrats gelingt, zur Generationengerechtigkeit und damit verbunden dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, dem sozialen Zusammenhalt wie zu der wachsenden internationalen Verantwortung beizutragen.



»Nachhaltigkeit ist ein Muss für jede zukunftsfähige Gesellschaft«

Interview mit Dr. Eric Schweitzer

Vorstandsmitglied ALBA Group, Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Präsident des DIHK*,
Ratsmitglied von 2010 bis 2013

Herr Dr. Schweitzer, vor 15 Jahren nahm der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) seine Arbeit auf. Sie selbst waren von 2010 bis 2013 Mitglied im Rat. Welche Bedeutung messen Sie heute – 15 Jahre nach der Gründung des RNE – einer nachhaltigen Entwicklung bei?

Nachhaltigkeit ist heute wichtiger denn je. Wir erwarten bis zum Jahr 2050 einen Anstieg der Weltbevölkerung auf beinahe zehn Milliarden Menschen. Gleichzeitig wird der Bedarf an Rohstoffen, gemessen am aktuellen Verbrauch, um ein Vielfaches steigen. Um für die nachfolgenden Generationen eine gute Lebensgrundlage zu hinterlassen, brauchen wir daher nachhaltige Wirtschaftsmodelle. Unsere Bundeskanzlerin hat die Bedeutung dieses Aspekts anlässlich der 15. Jahreskonferenz des RNE im Juni 2015 sehr deutlich auf den Punkt gebracht, als sie darauf hinwies, dass die Belastungsgrenzen der Erde zum Teil bereits überschritten seien, und gleichzeitig einen Paradigmenwechsel anmahnte, ohne den wir nachfolgenden Generationen wichtige Lebensgrundlagen entziehen würden.

Welche Rolle spielte Nachhaltigkeit in Ihrer Jugend? Gibt es ein Schlüsselerlebnis, das Ihnen die Notwendigkeit eines nachhaltigen Denkens und Handelns vor Augen führte?

Kinder lernen, was ihre Eltern ihnen mit Überzeugung vorleben. Als meine Eltern 1968 den Grundstein für die ALBA Group legten, heute eine der weltweit zehn größten Unternehmensgruppen für Recycling- und Umweltdienstleistungen, füllten sie die Idee von Abfall als Wertstoff mit Leben. Damit haben sie mir die Werte der Nachhaltigkeit sozusagen in die Wiege gelegt. Ich spreche also aus Erfahrung, wenn ich sage: Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und die Bedürfnisse der Menschen in Einklang zu bringen ist nicht nur eine reelle Möglichkeit, sondern vielmehr ein Muss für jede zukunftsfähige Gesellschaft. An dieser Erkenntnis richte ich bis heute mein Handeln aus.

* Titel zur Zeit der Berufung



Das Geschäftsmodell der ALBA Group hat eine große Schnittmenge mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Wie sieht das in anderen Aufgabenbereichen Ihres beruflichen Alltags aus, etwa als DIHK-Präsident?

Egal ob als Eigentümer und Vorstand der ALBA Group, als Mitglied des RNE, als Präsident der DIHK oder auch als Privatmann: Jede Position, jede Aufgabe bietet das Potenzial und die Möglichkeit, sich für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Anders gesagt: Nachhaltigkeit ist kein Hut, den man je nach Wetterlage auf- oder absetzt.

Wie würden Sie einem Unternehmer erklären, warum Nachhaltigkeit nicht nur abstrakt gut für den Planeten ist, sondern ganz konkret für ihn?

Unsere Unternehmer wissen heute glücklicherweise bereits sehr genau um die Bedeutung von Nachhaltigkeit und dass nachhaltiges Wirtschaften einen Sinn ergibt. Denn sie haben erkannt, dass wir es uns nicht leisten können, zur Neige gehende Rohstoffe tonnenweise in den Müll zu werfen. Seit die Brundtland-Kommission den Begriff im Jahr 1987 definierte, hat Nachhaltigkeit eine bemerkenswerte Entwicklung weg von einer Öko-Nische durchlaufen. Egal auf welche Branche wir heute schauen: Unternehmen adaptieren das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung für sich, einfach schon, um wirtschaftlich mithalten zu können. Ein Beispiel: Ein Hersteller nutzt Druckluftanlagen in seiner Produktionshalle. 95 Prozent der Energie verpuffen im Normalfall als Abwärme. Richtet er nun Wärmerückgewinnungssysteme ein, spart er bis zu 40 Prozent an Energiekosten ein und schont dabei die Umwelt.

In einem anderen Beispiel beginnt ein Hersteller, seine Kunststoff-Verschnitte sortenrein zu sammeln, und stellt sie einem anderen Unternehmen als Rohstoff zur Verfügung. Der erfreuliche Nebeneffekt ist eine Schonung natürlicher Ressourcen. Zudem werden Energie und Kosten eingespart. So lässt sich das Prinzip Nachhaltigkeit in jedem Bereich der Wirtschaft durchdeklinieren.

Welche Ziele hatten Sie, als Sie 2010 Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung wurden – und was waren Ihre wichtigsten Herausforderungen?

Erfolgreiche Kooperationen wie die eben genannte entstehen erst dann, wenn man in offenen Dialog tritt, Know-how austauscht, Wertschöpfungspartnerschaften eingeht und Innovationen vorantreibt. Und das nicht nur im kleinen, sondern im großen Stil und heute oftmals schon grenzübergreifend. Deshalb lag es mir als RNE-Mitglied besonders am Herzen, den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken. So sehe ich beispielsweise das »Werkstatt N«-Qualitätssiegel, das nachhaltige Ideen und Initiativen aus der Gesellschaft auszeichnet, an dieser Stelle als wegweisend. Ein weiterer wichtiger Baustein ist das Thema Standards. Denn nur mit etablierten Standards lässt sich das Engagement für Nachhaltigkeit aus der Beliebigkeit herauslösen. Deshalb habe ich mich zusammen mit den anderen Ratsmitgliedern für die Entwicklung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex starkgemacht, der ja 2011 verabschiedet und inzwischen bereits für europäische Unternehmen adaptiert wurde.



Herr Schweitzer, was war aus Ihrer Sicht ein Meilenstein in der Arbeit des RNE?

Nachhaltigkeit muss transparent und vergleichbar sein, damit sie – wie der Name schon sagt – auch nachhaltig wirken kann. In diesem Zusammenhang sehe ich den Deutschen Nachhaltigkeitskodex als einen der wichtigsten Meilensteine des Rates. Mit ihm erhalten Unternehmen eine verlässliche und vor allem freiwillige Grundlage, um ihre Aktivitäten zu evaluieren, auszubauen und glaubhaft zu kommunizieren.

Deutschland wird in der internationalen Diskussion oft eine Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit zugesprochen. Inwiefern wird es dieser Rolle aus Ihrer Sicht gerecht? An welchen Stellen sehen Sie Nachholbedarf?

Deutschland ist Recycling-Weltmeister und hat damit in der Tat international eine Vorbildfunktion. Derzeit ersetzt das Recycling von Abfällen jährlich Rohstoffimporte der deutschen Industrie in Höhe von 20 Milliarden Euro, bei Recyclinganlagen besitzen wir einen Weltmarktanteil von etwa 25 Prozent. Und der jüngste OECD-Staatenvergleich zeigt, dass in Deutschland mehr Siedlungsabfälle recycelt oder kompostiert werden als in jedem anderen OECD-Land.

Doch das heißt keinesfalls, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen dürfen. Einerseits gehen noch zu viele Wertstoffe in die Verbrennung, was einen finalen Verlust der Rohstoffe bedeutet. Andererseits stagnieren in Deutschland die Recyclingquoten beispielsweise bei Kunststoffabfällen, und auch im Bereich Innovation fehlt es an Bewegung. Dabei können wir technisch schon heute wesentlich mehr.

Jetzt liegt es in der Verantwortung des Gesetzgebers, klare Regelungen und stärkere Anreize zu schaffen, damit das Projekt »nachhaltige Entwicklung« an Tempo zulegen kann. Der RNE kann mit klaren Empfehlungen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dazu beitragen, die Green Economy in Deutschland weiter zu fördern – und Wege aufzeigen, die aus der Innensicht der Wirtschaft oder der Politik heraus so vielleicht nicht erkennbar wären. Das ist und war übrigens schon immer eine der größten Stärken des Rates.

Wenn Sie den Blick zurück auf 15 Jahre Rat für Nachhaltige Entwicklung werfen: Wofür schätzen Sie diesen besonders? Inwiefern ist das aus Ihrer Sicht eine Erfolgsgeschichte?

Allein die Tatsache, dass die Bundesregierung einen Rat einsetzt, der die Fragen einer nachhaltigen Entwicklung in den Fokus rückt und Strategien und Empfehlungen für die Politik erarbeitet, halte ich für einen großen Erfolg. Nicht nur in meinem Kopf ist Nachhaltigkeit fest verankert, sondern auch in der Wirtschaft, der Bevölkerung und mehr denn je auch in der Politik. Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der Arbeit des RNE, der insofern seiner Aufgabe als Berater und Impulsgeber auf vielen Ebenen gerecht wird.



Zur Vision eines nachhaltigen Deutschlands und Europas: Sind Sie Optimist? Schaffen wir das?

Ich würde sagen, ich bin ein »optimistischer Realist«. Denn ich bin davon überzeugt, dass wir in der Zukunft Modelle finden werden, die es uns ermöglichen, so wenig Abfall wie möglich zu produzieren und diesen dann auch so effektiv wie möglich als Rohstoffquelle wieder zu nutzen. Warum? Weil wir gar keine andere Wahl haben. Und wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, können wir es schaffen, gelebte Nachhaltigkeit konsequent in unseren Alltag zu integrieren. Angefangen dabei, Produkte so zu konstruieren, dass die dafür verwendeten Rohstoffe gut wiederzuverwerten sind, über ein verändertes Gebrauchsverhalten – weg vom Kaufen hin zum Nutzen – bis hin zu einer 100-prozentigen Verwertung sämtlicher noch anfallender Abfälle.

Welches Ergebnis Ihrer Arbeit im RNE erfüllt Sie auch heute noch mit Stolz?

Durch meinen familiären Hintergrund und meine Arbeit in der ALBA Group habe ich die Kreislaufwirtschaft ja sozusagen schon im Blut. Diese Perspektive konnte ich während meiner Ratstätigkeit beispielsweise in die RNE-Publikation »Wie Deutschland zum Rohstoffland wird« von 2011 einbringen. Damit haben wir der Bundesregierung eine Roadmap zu einer 100-prozentigen Kreislaufwirtschaft an die Hand gegeben. Die darin gefassten Empfehlungen haben bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Das Interview führte Robert Kalimullin.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Marlehn Thieme

Vorsitzende des Rates, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, seit 2015 Aufsichtsratsvorsitzende der Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank) und Mitglied im Aufsichtsrat des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP)*, Ratsmitglied seit 2004

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Aus meinem christlichen Glauben heraus ist mir die ethische Verantwortung für andere Menschen und nachfolgende Generationen wichtig, die nur mit Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wahrgenommen werden kann. Mit meinem kirchlichen Engagement und meiner professionellen Kompetenz und Erfahrung arbeite ich im Nachhaltigkeitsrat gerne an der Suche nach politischen Wegen für eine nachhaltigere Gesellschaft mit, um den Menschen auch in Zukunft die Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu erhalten.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

In 15 Jahren Nachhaltigkeitsrat konnten nicht alle Wünsche und Ziele verwirklicht werden. Aber wir konnten dazu beitragen, Verständnis, Methoden und Denkweisen zu etablieren, die zu deutlich profilierterem und transparenterem Dialog der Zielkonflikte führten. Die damit verbundene breitere und die zivilgesellschaftlichen Experten integrierende Diskussion führte zu mehr Akzeptanz des komplexeren ganzheitlichen Ansatzes in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die Handlungsnotwendigkeiten von Energiewende, Klimawandel und Migration sind in der Gesellschaft breiter denn je erkannt. Das erleichtert politische Führung und die Lösung der Zielkonflikte, das Unterlassen politischen Handelns wird begründungsbedürftig.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Die eingeschlagene Strategie, an konkreten interdisziplinären und ressortübergreifenden Themen zielorientierte Nachhaltigkeitslösungen und konstruktive Pfade aufzuzeigen, ermöglicht eine steigende Akzeptanz des Nachhaltigkeitsprinzips. Der partizipative Ansatz in gesellschaftlich relevanten Handlungsfeldern, von Wirtschaft bis Wissenschaft, von Zivilgesellschaft bis Medien, kann aus meiner Sicht stärker über die Regionalen Netzstellen für Nachhaltige Entwicklung als Modell auch in anderen Bereichen von Staat und Gesellschaft entwickelt werden. Klares Management kann die Zusammenarbeit mit den Ressorts noch intensivieren, damit Transparenz, Vertrauen

* Titel zur Zeit der Berufung



und Intensität noch gesteigert werden. Die internationale Vernetzung im Rahmen der Agenda 2030 muss zügig ausgebaut werden, um den Verpflichtungen Deutschlands gerecht zu werden. Das Nachhaltigkeitsprinzip muss durch grundgesetzliche Verankerung gestärkt und verbindlicher werden.



»Autonomie über die Zeit ist eine Grundvoraussetzung für Nachhaltigkeit«

Interview mit Prof. Dr. Klaus Töpfer

Ehem. Stellv. Vorsitzender des Rates, Bundesminister a. D.,
Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP),
Unter-Generalsekretär der UN*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2010

Herr Professor Töpfer, Sie gelten heute als Wegbereiter für die deutsche wie auch internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Wie haben Sie die Anfänge erlebt?

Mein Professor für Volkswirtschaftslehre in Münster beschäftigte sich stark mit Regionalwirtschaft. Vieles von dem, was wir heute als Umweltprobleme bezeichnen, ist eigentlich aus falschen Planungsprozessen heraus entstanden. Beschwerden über Deponiegestank oder Straßenlärm waren anfangs Symptome dafür. Deshalb war die Entscheidung, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 ein Umweltministerium zu gründen, eigentlich eine Sammelaktion. Die Zuständigkeiten waren bis dahin verteilt, vor allem im Innen-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium. Die Kosten von Wohlstand und Wachstum, die sich in der Natur und der menschlichen Gesundheit widerspiegeln, wurden noch nicht ökonomisch abgebildet.

Die Ökologie erhielt erst seitdem politische Aufmerksamkeit?

Den sozialen Abwägungen hatten sich die Gewerkschaften gewidmet und den Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft mit bereitet. Mit Fragen der Natur und Landschaft habe ich mich in der Regionalplanung intensiv beschäftigt. Ich betonte, dass wir auch eine ökologische Marktwirtschaft brauchen: In das Wirtschaftswachstum muss man alle Kosten mit einkalkulieren und sie nicht auf Umwelt, Natur und Menschen abwälzen. Spätestens beim Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 haben wir klargestellt, dass alle drei Bereiche – Wirtschaft, Umwelt und Soziales – Beachtung finden müssen. Heute bin ich der festen Überzeugung, dass wir die Kultur als vierte Dimensionen brauchen.

Nach fast zwölf Jahren bundespolitischen Engagements als Umweltminister und später als Minister für Raumordnung gingen Sie 1998 für acht Jahre nach Kenia als Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Hat diese Erfahrung Ihre Wahrnehmung verändert?

* Titel zur Zeit der Berufung



Natürlich, und zwar massiv. Wir brauchen diese globale Dimension und vor allem auch die Unterschiedlichkeit in den Wertungen der einzelnen Teilbereiche: Armut ist bei uns zwar immer noch ein Thema durch die Spaltungen in der Gesellschaft. Doch in Afrika hat das eine andere Dimension. Wenn ich dort einen Baum schützen will, sagt mir die Einheimische: Das ist ja richtig, aber ich habe nichts zu verbrennen und meine Kinder wollen morgen auch wieder ein warmes Essen haben.

Gab es ein Erlebnis, das Ihnen diese Unterschiede plastisch vor Augen führte?

Einmal habe ich alle afrikanischen Umweltminister nach Nairobi eingeladen. Ich hatte alles vorbereitet: Flipcharts, Wiedervorlagen, Berichte und Terminvorschläge. Da saß ein älterer Herr in der Runde, der immer so lächelte, dass es mich verunsicherte. Ich sprach ihn darauf an und er antwortete: »Das ist der Unterschied zwischen euch in Europa und uns in Afrika. Ihr in Europa habt die Uhr, und wir haben die Zeit.« Diese ganz andere Betrachtung hat mir klargemacht, dass wir in Deutschland – in dieser sogenannten entwickelten Welt – unter dem Diktat der Kurzfristigkeit leiden! Wir haben keine Entscheidungszeit. Wir leben in der Dynamik von Märkten, die in Echtzeit entscheiden. Doch die Autonomie über die Zeit ist eine Grundvoraussetzung für Nachhaltigkeit.

Was bedeutet das für die Umweltpolitik?

Umweltpolitik verursacht vermeintlich Kosten, aber das stimmt so nicht: Sie entscheidet darüber, wann wer welche Kosten trägt – das ist Verteilungspolitik. Wir sparen Kosten nicht jetzt, sondern verschieben sie, teilweise fallen sie später deutlich höher aus. Auch hier spielt Zeit eine wesentliche Rolle. Je weniger wir das in unsere Entscheidungen einbinden, desto mehr durchlaufen wir lineare statt Kreislauf-Prozesse. Wenn wir in Kreisläufen denken, gibt es keine Abfälle, dann ist alles Ressource, vom Wasser über die Böden bis hin zur Energie.

Als Mitglied der ersten Stunde haben Sie die Arbeit des Rates seit 2001 wesentlich geprägt. Konnten Sie dort dieses systemische Denken verankern?

Es war uns ein großes Anliegen, dass Nachhaltigkeit keine modische Arabeske ist, sondern eine Grundvoraussetzung dafür, dass wir eine Welt mit bald neun Milliarden Menschen friedlich gestalten können. Das kann keine Wegwerfgesellschaft sein. Sie kann nicht linear denken und alternativlos sein. Dieses Systemverständnis ist im Rat gewachsen, und das ist eine große Leistung.

Was war das Besondere an diesem Gremium?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ist eben kein wissenschaftlicher Beirat, sondern ist bemüht, in 15 Personen die Vielfalt der Gesellschaft widerzuspiegeln: Forscher, Technikvertreter, Unternehmer, Gewerkschafter, Umweltverbände. Er griff damit schon 2001 ganz unterschiedliche Quellen von Wissen auf – heute nennen wir das transdisziplinär.



Wie hat sich der Rat seither verändert?

Im Nachgang zur Konferenz Rio+20 im Jahre 2012 wurden weltweit Sustainable Development Goals (SDG) erarbeitet. Es gelang, diese im Jahre 2015 bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig zu verabschieden. Ein wirklicher Meilenstein! Ziele, die für alle Länder dieser Welt gelten. Keine Aufteilung mehr in entwickelte Länder und Entwicklungsländer. Gleiches haben wir nach COP21, der Klimaverhandlung in Paris, erlebt.

Zu Recht beschäftigt sich der Rat nun intensiv damit, diese SDGs in ihrer Relevanz für Deutschland, in ihrer Umsetzung mit Deutschland in der Welt und den Beiträgen durch Deutschland für die Welt zu erörtern. So steht im Vordergrund: Müssen wir unsere Strukturen ändern – unseren Lebensstil, unsere Nutzung von Ressourcen und Energie und vieles mehr? Wo haben wir Defizite? Deutschland ist aus der Sicht der SDGs ebenfalls Entwicklungsland. Die Produktions- und Konsumstrukturen werden sich ändern müssen. Wir sind nicht nachhaltig. Diese Umsetzung der SDGs in Deutschland und die Unterstützung in anderen Teilen der Welt ist eine große Aufgabe auch für den Rat.

Hat dieser Wandel auch institutionelle Konsequenzen?

Auf jeden Fall – und der Rat hat sich dieser Frage sicherlich bereits angenommen. Die Frage also, wie man die bestehende Architektur aufgreifend neue Möglichkeiten schafft. Wie weit reicht es, die Nachhaltigkeitsstruktur auf die drei Säulen des Staatssekretärsausschusses, des Nachhaltigkeitsbeirats des Bundestages und des RNE aufzubauen? Was bedeuten die 17 SDGs für die Umsetzung unserer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie? Läuft es perspektivisch darauf hinaus, dass wir Nachhaltigkeit in unser Grundgesetz aufnehmen und verpflichtend für alle Aktivitäten in unserer Gesellschaft machen? Muss nicht bei jeder Kabinettsvorlage neben der Angabe, welche Auswirkungen auf die Finanzen bestehen, auch die Auswirkung auf die Nachhaltigkeit konkret belegt werden? Wie weit müssen die dezentralen Komponenten der Nachhaltigkeitsarchitektur gestärkt werden – die Zusammenarbeit vornehmlich mit den Städten und Gemeinden, aber auch mit den Bundesländern? Es ist gut, dass sich der Rat schon seit Langem mit dem Einfluss von Städten auf die Nachhaltigkeit beschäftigt hat. Ebenso ist die Erarbeitung des Nachhaltigkeitskodex eine der großen Taten des Rates. Dieser Kodex gilt eben nicht nur für den Bund, er gilt auch für die Privatwirtschaft, für wirtschaftliche Unternehmen also, er gilt für den Gesamtbereich der Gesellschaft.

Welche Rolle spielt Deutschland dabei?

Ein technologisch führendes Land wie Deutschland muss mit seinen Lösungen zu einer friedlichen Zukunft beitragen – auch um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Man erreicht keine wirtschaftliche Entwicklung, wenn in den stark wachsenden Großregionen dieser Welt, also in Afrika und auf dem indischen Subkontinent, vielfach nicht mal zehn Prozent der Menschen verlässlichen Zugang zu Energie haben.



Schon 1992 habe ich – nach meiner Rückkehr von der Rio-Konferenz »Environment and Development« – in einem Interview gesagt: Wenn die aktuellen Situationen nicht verändert werden, wenn nichts passiert, werden wir religiösen Fanatismus erleben und eine nicht einzudämmende Zahl von Menschen wird sich aus Not und Hoffnungslosigkeit in den unterentwickelten Regionen auf den Weg in die hoch entwickelten Regionen machen. Mit dieser Aussage wollte ich nicht recht behalten, aber ich bin offenbar nicht ernst genug genommen worden. Meine Arbeit in Afrika hat mir gezeigt, dass dies nicht grundlose Warnungen waren, sondern dass sie immer konkretere Realität wurden. Auch hier hat der Rat weiter zu arbeiten.

Wo müssten wir umdenken?

In Deutschland wird z. B. immer erwartet, dass wir den Kleinbauern in Afrika helfen. Als meine afrikanischen Kollegen zu Besuch in Deutschland waren, fragten sie mich, wo denn bei uns die Kleinbauern sind. Dann musste ich sagen, dass bei uns das Prinzip »Wachse oder weiche« gilt und dass die Zahl der bäuerlichen Betriebe stark zurückgegangen ist.

Inwiefern ist Deutschland ein Entwicklungsland?

In unserem Land liegen die Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ weit über zehn Tonnen pro Jahr. Ein Preissystem wie das Emissions Trading System funktioniert bisher nicht – und es wird auch auf absehbare Zeit die notwendigen Emissionsminderungen kaum bewirken können. Ordnungsrechtliche Verfahren bringen da mehr, sind wesentlich verlässlicher. Das zeigt die SO₂-Kurve in Deutschland. Sie wurde durch Ordnungsrecht möglich. Dadurch wurden auch technologische Entwicklungen angestoßen, die auf den ersten Blick nur zusätzliche Kosten waren, sich aber zwischenzeitlich als höchst rentable Investitionen in neue Technologien und deren Exporte erwiesen haben.

Stecken wir in einem Fortschrittdilemma?

Die Frage im Anthropozän lautet: Wie befreien wir uns aus der Pfadabhängigkeit, in der wir nur noch wachsen an der Beseitigung der negativen Folgen vorangegangenen Wachstums? Paul Crutzen, der »Vater« des Anthropozän-Gedankens, hat darauf hingewiesen: Eine riesige herausfordernde Aufgabe liegt vor Wissenschaftlern und Ingenieuren. Immer tiefer wird eingegriffen, um die negativen Auswirkungen vorangegangenen Wandels und Wachstums zu beherrschen. Das Climate Engineering ist ein Beispiel dafür. Ich bin sehr davon überzeugt, dass dies nicht die perspektivische Lösung sein wird. Die Veränderung muss auf zwei Schultern ruhen: der Effizienz und den Technologien und dem Verhalten der Menschen, der Suffizienz.

Haben Sie den Eindruck, dass der Rat in Politik und Gesellschaft genug Gehör findet?

Dieser Einfluss hat ein exponentielles Wachstum erfahren – und dazu hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung wichtige Beiträge geliefert. Am Anfang war die Bedeutung keineswegs so, wie wir sie jetzt glücklicherweise erreicht haben. Nachhaltige Ent-



wicklung hat jetzt eine hohe Relevanz und wird von den täglichen Erfahrungen der Menschen mitgetragen. Diese Entwicklung wird sich weiter verstärken und zu einer Selbstverständlichkeit der Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen führen.

Wie hat die Arbeit im Rat für Nachhaltige Entwicklung Ihre Sichtweise verändert?

Die Vielfalt der Persönlichkeiten, die als Mitglied im Rat die Arbeit mitgetragen haben, hat mir immer wieder neue Einsichten ermöglicht. Ich habe durch meine Mitarbeit einen gänzlich anderen Zugang zu den Nichtregierungsorganisationen bekommen. In meiner Zeit als Minister war diese Beziehung nicht gerade spannungsfrei. Die Arbeit im Rat gab mir gute Gelegenheit, diese Zusammenhänge neu zu verstehen.

Sie unterrichten in Shanghai. Wie nähern sich junge Chinesen den Zukunftsfragen?

Unser Industrialisierungs- und wirtschaftlicher Entwicklungsprozess hat die Kosten massiv abgewälzt auf den Menschen und die Umwelt. Bilder aus Shanghai oder Peking zeigen uns Luftverschmutzung, wie sie offenbar Willy Brandt im Ruhrgebiet erlebt hat, als er den »blauen Himmel« über der Ruhr als politisches Ziel nannte. Auch in China merken die Menschen immer mehr, dass das Wachstum negative Konsequenzen hat – so vor allem auch für ihre Gesundheit. Die Bevölkerung will diese indirekten Kosten des Wachstums für die Umwelt und die Gesundheit konsequent senken. Die Regierung kann das nicht mehr übersehen und ist bemüht, ihr Wirtschaftsmodell so zu ändern, dass die Wirtschaft von der Massenproduktion für den Export durch höherwertige Technologien wekommt. Vor allem aber: Der chinesische Binnenmarkt verfügt über weit mehr als eine Milliarde Konsumenten. Ihre Ansprüche und ihre Nachfrage treiben die Wirtschaft aus umweltbelastenden Produkten und Produktionsverfahren heraus.

Die Beschlüsse der chinesischen Regierung wirken schnell. Können wir Herausforderungen wie den Klimawandel mit demokratischen Wegen in den Griff bekommen?

Demokratie heißt ja nicht Freiwilligkeit, sondern ist in einen Ordnungsrahmen eingebettet. Wir haben die Kreislaufwirtschaft nicht auf freiwilliger Basis gemacht, sondern als ein Gesetz. Auch die Frage der Luftreinhaltung haben wir so in gesetzliche Bahnen gelenkt. Es ist demokratisch, wenn ich Mehrheiten organisiere für das, was ich für notwendig halte – auch mit dem Risiko, dass ich sie bei den nächsten Wahlen verlieren könnte. Ich bestehe mit Nachdruck darauf, dass Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in einem demokratischen System besser machbar sind als in einem totalitären. Erst jetzt, wo die Menschen in China ihr Recht sehr deutlich einfordern, ändert sich dort etwas.

2016 wird der Rat für Nachhaltige Entwicklung 15 Jahre alt. Was erwarten Sie von den nächsten Jahren?

Eine Welt mit neun Milliarden Menschen wird von uns gebieterisch die Frage beantwortet wissen wollen, wie wir mit einer Begrenzung unserer Wünsche umgehen kön-



nen. Die Suffizienz wird immer stärker in den Vordergrund treten. Dies vor dem Hintergrund einer ökonomisch heute schon deutlichen »säkularen Stagnation« – einem systematischen Sinken der globalen Wachstumsrate. Dies wird sich auch verbinden mit den immer tieferen Einblicken des Menschen in die Bausteine von Natur und Leben. Damit werden Verantwortlichkeiten von der Gesellschaft abverlangt, die weit in Raum und Zeit ausgreifen und immer weniger in das Schema einer unter dem Diktat der Kurzfristigkeit ausgerichteten Gesellschaft passen. Wie stellt sich auch der Rat der Frage, welche Rolle Natur in der Zukunft spielen kann – wenn im Zusammenhang mit der Diskussion des Anthropozäns bereits heute gefolgert wird: »Nature is over«?

Nachhaltigkeit wird sich auch darauf hin erstrecken müssen, dass in einer Zeit von Big Data und der breiten Digitalisierung gänzlich andere Einflussmöglichkeiten auf menschliches Verhalten sichtbar werden.

Die Konsequenz insgesamt: Die Frage nach der Nachhaltigkeit, nach einem friedlichen Leben auf diesem Planeten von über neun Milliarden Menschen wird an Bedeutung nicht abnehmen, sondern deutlich weiter zunehmen.

Steuern wir zu auf eine Algotokratie, also eine Herrschaft der Algorithmen?

Wie ich bereits betonte, die Frage von Big Data und der Digitalisierung aller Lebensabläufe, die Entwicklung hin zu einem »Internet der Dinge« – alles dies macht die Frage danach, wer Herrschaft ausübt und wie sie verantwortet wird, in einer neuen Dimension zwingend und tagesaktuell.

Dazu gehört auch die immer problematischer werdende, Destabilisierung verstärkende Trennung von Real- und Finanzwirtschaft. Es muss daran gearbeitet werden, die in der Frage gekennzeichnete Herrschaft der Algorithmen nicht passiv hinzunehmen, sondern sie in eine demokratisch legitimierte, verantwortliche Entscheidungsstruktur einzubinden.

Die nachwachsende Generation fühlt sich teils ohnmächtig gegenüber all diesen nicht genau definierbaren Mächten. Was sagen Sie denen, die meinen, man könnte sowieso nichts ändern?

Man kann nicht als Konsument in der Demokratie leben, sondern nur als Akteur. Wenn man das Geschehen nur als Objekt erduldet oder betrachtet, fühlt man sich natürlich machtlos.

Hat man denn heute mit Politik noch Einfluss?

Natürlich! Wie viele junge Menschen sind engagiert im politischen und im vordemokratischen Raum tätig – mit durchaus erheblichem Einfluss! Ich freue mich über jede NGO und ihr Engagement – ich versuche mitzudenken, mitzulernen und mitzuarbeiten. Aber am Ende des Tages entscheiden nicht sie, und das ist auch richtig so. Es muss jemand verantwortlich für die Entscheidung gemacht werden. In einer offenen



Demokratie kann man in den institutionellen Voraussetzungen für diese Entscheidungsprozesse sehr aktiv mitgestaltend arbeiten. Wenn ich sage, ich kann sowieso nichts ändern, dann wird sich auch nichts ändern. Darüber kann ich mich später dann auch nicht beklagen.

Haben Sie das selbst erlebt?

Ich kam mit sechs Jahren als Flüchtling in die kleine ostwestfälische Stadt Höxter an der Weser. In dieser Stadt bin ich groß geworden. Nach den Grauen des Zweiten Weltkriegs. Deutschland lag in Schutt und Asche. Zwölf Millionen Flüchtlinge waren mit einem Mal im Westen von Deutschland unterzubringen – ich selbst war mit meinen Geschwistern und meinen Eltern Teil davon. Eigentlich hätte jeder sagen müssen, das geht gar nicht mehr – die Grenzen der Aufnahme sind erreicht, ja sind dramatisch überschritten. Aber es ist gegangen – und irgendwie ist es auch sehr gut gegangen. Mittlerweile bin ich Ehrenbürger dieser Stadt Höxter. Dies hat mich außerordentlich berührt und deutlich gemacht, dass eine offene Demokratie Chancen zur Mitgestaltung nicht nur eröffnet, sondern dass sie geradezu dazu anregt, ja zwingt, sie zu ergreifen. Dies gibt mir Perspektive. Wenn ich die Ohnmacht akzeptiere, gebe ich meinen Anspruch mitzugestalten auf. Das würde ich niemandem raten. Erarbeiten wir uns immer wieder Alternativen – resignieren wir nicht vor vermeintlichen Sachzwängen.

Das Interview führte Tina Teucher.



3 Fragen – 3 Antworten mit Holger Tschense

Bürgermeister der Stadt Leipzig*,
Ratsmitglied von 2003 bis 2006

Mit welcher Motivation haben Sie im Rat mitgearbeitet?

Im Nachhaltigkeitsrat habe ich als Vertreter des Deutschen Städtetages und als Bürgermeister von Leipzig sehr gern mitgearbeitet. Meine Motivation bestand zum einen darin, die Situation, Chancen und Hindernisse der Kommunen in Deutschland in Sachen der damals noch aktuellen Agenda-21-Prozesse den anderen Räten deutlich zu machen, aber auch Anregungen für die eigene Arbeit als Bürgermeister zu bekommen.

Wir standen Anfang der 2000er-Jahre noch ziemlich am Anfang mit einer kommunalen Nachhaltigkeitspolitik, die Einflüsse des Nachhaltigkeitsrates haben auch in Leipzig einen »Sprung« initiiert und z. B. dazu geführt, dass sich auch Unternehmensvertreter von Porsche und BMW unserem Lokale-Agenda-Koordinierungskreis angeschlossen haben.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Einerseits nehme ich wahr, dass Nachhaltigkeitspolitik und nachhaltige Ansätze in z. B. Unternehmenskonzepten oder Stadtentwicklungsplänen zum Alltag gehören, häufig selbstverständlich geworden sind. Andererseits sind nach meiner Einschätzung gerade auf kommunaler Ebene »Agenda-21-Stellen«, also spezielle Koordinierungsstellen in den Verwaltungen, abgebaut worden, weil man meinte, Nachhaltigkeit braucht keinen speziellen »Kümmerer« mehr, das kann das Umweltamt oder das Stadtplanungsamt mit erledigen.

Dadurch besteht meines Erachtens die Gefahr, dass das Thema außerhalb der Großereignisse wie den Klimagipfeln (Paris) in den Hintergrund gerät und man sich zum Beispiel mit Klimaschutzkonzepten in den Kommunen begnügt. Und natürlich muss man sich bewusst sein, dass aktuelle politische Megathemen wie die Finanzkrise 2008, die Energiewende oder die Flüchtlingskrise die Medien jeweils derartig beherrschen, dass man kaum mit einem Thema wie Nachhaltigkeit wirklich wahrnehmbar vorkommt in diesen Tagen.

* Titel zur Zeit der Berufung



Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Nach wie vor finde ich die Existenz und die Arbeit des Rates wichtig, aktuell und für alle Interessenten anregend und bereichernd. Gegebenenfalls kann man bei der Wahrnehmbarkeit noch die eine oder andere Verbesserung erreichen. Wichtig erscheint mir, dass noch mehr Menschen als die, die sich in Städten und Unternehmen oder Verbänden ohnehin mit Nachhaltigkeit beschäftigen, von der Arbeit des Nachhaltigkeitsrates erfahren. Zurzeit ist kein kommunaler Vertreter im Rat. Da Nachhaltigkeit vor allem vor Ort von den Menschen gelebt wird, sind die Städte ordnungspolitisch »am nächsten dran«. Ein amtierender Bürgermeister oder ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände könnte meines Erachtens eine gute Verstärkung für den Rat sein.

Nicht zuletzt bitte ich zu prüfen, ob man nicht »case studies« noch mehr ausbauen kann. Das bedeutet, der Nachhaltigkeitsrat oder eine Projektgruppe beschäftigt sich mit einem konkreten Unternehmen, einer Kommune oder einem Verein, einer Institution und begleitet diese eine Weile bei deren Nachhaltigkeitsprozess. So entstünden Referenzprojekte als Beispiele für andere Unternehmen, Kommunen und Vereine.



3 Fragen – 3 Antworten mit Olaf Tschimpke

Präsident des Naturschutzbund Deutschland (NABU)*,
Ratsmitglied seit 2010

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Wenn es eine Vision gibt, das Überleben auf unserem Globus zu sichern und auch den nachfolgenden Generationen eine Zukunft zu geben, ist es das Prinzip der Nachhaltigkeit. Basis eines nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensstils ist das Akzeptieren der Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme auf der Erde. Hier kann und muss der Rat für Nachhaltige Entwicklung eine wichtige Funktion in Sachen Beratung und als Impulsgeber für Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Zweifellos hat die Bedeutung der Nachhaltigkeitspolitik signifikant zugenommen. Bedeutende Signale hierfür sind die Verabschiedung der Sustainable Development Goals auf Ebene der UN, aber auch das Nachschärfen der Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler Ebene oder die Energiewende. Tatsächlich aber sind die Defizite bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie trotz Erkenntnisfortschritts viel zu groß und das Tempo viel zu gering angesichts der Dimension der Herausforderung.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sollte noch mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger bekommen, um die Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Regierungspolitik beschleunigen zu können.

* Titel zur Zeit der Berufung



»Wir müssen die Zukunft enkelfähig machen«

Interview mit Christiane Underberg

Mitinhaberin Underberg KG*,
Ratsmitglied von 2007 bis 2008

Frau Underberg, Sie stammen aus einem Unternehmerhaushalt und haben in einen weiteren eingeheiratet. Was verbindet einen Familienbetrieb mit Nachhaltigkeit?

Die Familie Underberg denkt in Generationen, wir leben in einer sozial überschaubaren Region und erleben die Natur noch unmittelbar. Bei Underberg gab es immer schon einen starken Bezug zu den Mitarbeitern, zum Teil über Generationen. Auch die Land- und Forstwirtschaft begleitet uns schon lange.

Der Underberg lebt von Heilkräutern, die die Natur schenkt. Wir beziehen nur Bio-Kräuter und sind dadurch eng mit den Herkunftsländern verbunden. Für mich ist Qualität kein statischer Begriff. Unser Motto »semper idem« heißt zwar »immer gleiche Qualität«, doch so, wie sich die Wissenschaft weiterentwickelt, muss ich meinen inneren Qualitätsstandard auch weiterentwickeln.

Welche Einflüsse haben Ihr Naturverständnis geprägt?

Wissenschaftler wie der Verhaltensforscher Konrad Lorenz haben mir viele Zusammenhänge aufgezeigt, vor allem die der Kreisläufe: Wann ist eine Struktur in sich so stark und so groß, dass sie wieder auseinanderfällt? Das gehört ja auch zur Natur und zur Kultur! Nicht umsonst gibt es verschiedene Untergänge in der Geschichte. Doch woran erkennt man, dass es kippt? Das Verständnis eines Systems ist für mich deshalb elementar. Dieses Thema sollte viel mehr über verschiedene Gebiete hinweg – nicht nur rein biologisch – bearbeitet werden.

Sie sind nicht nur naturbegeistert, sondern auch gelernte Sozialarbeiterin und engagierte Katholikin...

Der Mensch war für mich immer das Wesentliche. Das christliche Menschenbild sieht den Einzelnen mit seiner Begabung – das ist ein ganzheitlicher Ansatz, wie die Nachhaltigkeit. Auch unsere ökologischen Forschungsprojekte im Fonds für Umweltstudien in Tirol Anfang der 1970er-Jahre haben mich stark geprägt. Für mich erschien es nur folgerichtig, all dieses Wissen auch in der Wirtschaft anzuwenden.

* Titel zur Zeit der Berufung



Wie lässt sich Ökologie auf die Wirtschaft übertragen?

Eine Firma ist ein Organismus, da gibt es auch Zellteilung, wie in der Natur. Es kommen Leute, es gehen Leute, dadurch verändert sich das System. Die Interaktion zwischen Natur und Mensch sollte wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein kommen.

Im Rat für Nachhaltige Entwicklung waren Sie zwischen Juni 2007 und November 2008 aktiv. Mit welchen Zielen sind Sie damals in den Rat gekommen?

Mir war wichtig, dezentrales Denken zu unterstützen und dem Menschen den ersten Platz zu geben. Mensch vor Struktur! Der Staat sollte nur anregen und zeigen, dass er mitverantwortlich ist – aber eben nicht verantwortlich! Das ist für mich ein großer Unterschied. Je mehr der Staat von oben eingreift, desto mehr wird der Einzelne entmündigt. Wir sehen das an der Salomitaktik unserer vielen Gesetze. Menschen sollten mehr selbst denken und ruhig auch einmal an ihre Grenzen kommen. Wenn wir keine Leute am geistigen Tropf haben wollen, müssen wir ihnen das Handwerkszeug geben, Prozesse und Systeme zu verstehen, teilzunehmen und mitzudiskutieren.

Was konnten Sie bewegen?

Bei der konstituierenden Sitzung habe ich deutlich gemacht, dass das Wort »Nachhaltigkeit« für die breite Masse einfach zu schwer verdaulich ist. Kein Mensch kann sich emotional oder inhaltlich wirklich etwas darunter vorstellen. Deshalb kam ich zu der Aussage: Wir müssen die Zukunft enkelfähig machen!

Inzwischen benutzen viele diesen Ausdruck: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Minister Garrelt Duin oder Professor Jörn Rösen von der Universität Witten-Herdecke. Haniels Hausschrift heißt »Enkelfähig«.

Mein Mann hat das Wort sogar hinter meinem Rücken schützen lassen (lacht). Es ist erstaunlich, was man doch bewegen kann. Das sollte auch jungen Menschen Hoffnung machen.

Welche Errungenschaften des Rats schätzen Sie besonders?

Der Nachhaltigkeitskodex ist sicher ein großes Verdienst. Ich finde es gut, dass er nicht so »eng« aufgestellt ist, sondern auch und gerade für den Mittelstand anwendbar.

Sie begeistern sich auch für Jagd und Landwirtschaft. Wo sehen Sie dabei Überschneidungen mit dem Thema Nachhaltigkeit?

Es gibt gerade aus Sicht der Jagd gepaart mit der Forst- und Landwirtschaft schon lange einen integrierten Ansatz, der die verschiedenen Nutzer einbezieht. Man hat die Leitlinien erarbeitet, aber noch lange nicht umgesetzt. Ich diskutiere viel mit Bauern darüber. Zehn Jahre lang habe ich unsere Landwirtschaft geführt und dabei von intensiv auf extensiv umgestellt. Mein großes Vorbild, Professor Johann Millendorfer, sagte



einmal: Früher waren Bauern die Anwälte des Lebens. Heute sind sie zum Teil Industriesklaven. Wenn ich unter den ökonomisch besten Bedingungen produziere, heißt das nicht, dass das dem Leben dient. Der Philosoph Ignatius von Loyola sagte: Wähle das Leben. Bei Entscheidungen muss ich mich immer fragen: Dient das dem Leben? Der Gesellschaft, der Gemeinschaft, der Familie, der Firma? Das können Sie nicht immer messen. Das sind – wie Millendorfer sagte – die sanften Werte einer Gesellschaft.

Wie schätzen Sie den heutigen Stand der Nachhaltigkeitsdiskussion ein?

Ich sehe das zwiespältig. Manche sind des Begriffes überdrüssig, weil er falsch benutzt wird. Viele verwechseln nachhaltig mit langfristig. Dass Nachhaltigkeit ein komplexes System ist, haben einige noch gar nicht verstanden. Gleichzeitig nehmen immer mehr Menschen Nachhaltigkeit ernster und arbeiten daran, z. B. indem Werbeaussagen auch einen erklärenden Charakter erhalten.

Lässt sich dieses komplexe Thema überhaupt vermitteln?

Wir müssen den Menschen erst einmal beibringen: Wie funktioniert ein System? Familien oder Unternehmen sind solche Systeme, und die Natur macht es uns vor. Das müssen Kinder in der Schule interaktiv erlernen, z. B. wie Wasser und Erosion in Kreisläufen wirken. In der Natur lässt sich das leicht mit Abenteuer verbinden. Denn eine gewisse Freude sollte bei allem auch dabei sein!

Hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung genügend Einfluss?

Bei seinen Veranstaltungen in Berlin werden Pionierprojekte herausgestellt. Das hat eine große Wirkung. In der Breite der Gesellschaft ist der Einfluss noch zu gering. Gerade in Schulen müsste mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit stattfinden.

Sie sind stark ehrenamtlich engagiert.

Meine Kinder waren mir wichtig. Neben ihrer Erziehung habe ich mit dem Ehrenamt angefangen, auch um noch etwas für meinen Kopf zu machen. Es ist doch toll, wenn ich etwas einbringen kann und sehe, dass ich Freude erzeuge. Hier im örtlichen Kloster z. B., in der Fazenda da Esperança, nutzen Drogen- und Alkoholabhängige durch das Leben in einer Gruppe ihre Chance auf einen Neuanfang. Das ist so fantastisch, wie diese jungen Männer aufblühen, wie sich ihr Gesichtsausdruck verändert! Natürlich haben sie auch ihre Rückschläge, aber dafür begleitet man sie ja. Der jetzige Hofleiter ist ein ehemaliger Bewohner. Ich habe auf ihn gesetzt und er hat sich gemacht!

Was wünschen Sie sich vom Rat für Nachhaltige Entwicklung für die nächsten 15 Jahre?

Zum einen mehr Output für die Praxis. Vorzeigeprojekte in verschiedenen Formaten entfalten Wirkung, wenn sie einprägsam, emotional und von gutem Marketing begleitet sind. Und zum anderen brauchen wir den Blick auf das systemische Lenken.



Wir müssen verständlich machen: Alles hängt mit allem zusammen! Zum Beispiel Familie, Bildung, Forschung, Politik, Finanzwirtschaft, Natur usw. Entsprechend sollte sich der Rat auch zusammensetzen. Ich denke, er kann nach innen intellektuell sein. Aber in seiner Darstellung nach außen sollte er so lebensnah wie möglich sein.

Sie verfügen über das Geheimrezept für einen gesunden Digestif. Welche Zutaten gehören zu einer gesunden Wirtschaft und Gesellschaft?

Das Wichtigste ist, dass man die Möglichkeiten für die nächste Generation offenhält und ihr die Kreativität nicht entzieht, indem man heute Entscheidungen trifft, die nicht tragfähig sind. Das Schönste ist doch, wenn jeder Mensch erleben darf, was in ihm steckt, und das zum Tragen bringen kann. Handwerker sind in der bisherigen Betrachtung zum Beispiel vollkommen unterbewertet. Dabei tun sie etwas mit Kopf und Händen. Unsere Lösungen sind oft zu verkopft. In meinem Leben habe ich es immer genossen, wenn ich etwas schaffe: in den Garten gehen, kochen oder backen, etwas in der Natur machen – all das ist ja kreativ! Ich möchte, dass die Kreativität erhalten bleibt. Also muss ich lernen, zu beobachten und neugierig zu sein.

Ist Neugierde nicht die Herangehensweise von Kindern?

Ja, und genau diese Startmöglichkeiten sollten wir gerade auch Kindern unter drei Jahren ermöglichen. Ich habe eine Arbeitsgruppe gegründet, um diese Gedanken in die Arbeitswelt einzubringen. Kinder erziehen ist schwieriger, als einen normalen Beruf auszuüben – und dabei ist es so wichtig. Deshalb sollten Mütter von der Gesellschaft mehr geachtet werden. Das ist das größte Missverständnis von der Wirtschaft und von der Politik. Was wir mit unseren Kleinsten machen, auf denen wir unsere Zukunft aufbauen sollen, das ist jenseits von nachhaltig – und garantiert nicht enkelfähig! Um Werte wie Bindungsfähigkeit und Verantwortung wieder zu fördern, braucht jeder diese Nestwärme.

Sie haben sechs Kinder und zwölf Enkel. Wie erklären Sie ihnen Nachhaltigkeit?

Ich würde ihnen sagen: Ich möchte, dass ihr die Vielfalt von Wirtschaft, menschlichem Zusammenhalten und die Natur auch in Zukunft erleben könnt.

Das Weltklima verändert sich, die Kriege um Ressourcen werden zahlreicher, weltweit wächst die Umweltzerstörung. Was gibt Ihnen Hoffnung?

Die junge Generation bekennt sich wieder mehr zu Werten. Der Blick des Einzelnen könnte offener und weiter werden, auch durch verantwortungsbewusste Medien.

Mein Credo lautet: Wer ethisch und nachhaltig handelt, ist langfristig erfolgreich!

Das Interview führte Tina Teucher.



3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg a. D.,
Vorstandsvorsitzender der REpower Systems AG*,
Ratsmitglied von 2001 bis 2007

Mit welcher Motivation haben Sie im Rat mitgearbeitet?

Als ich 2001 in den Rat berufen wurde, befand sich Deutschland in einer schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage. Mir ging es darum, auch in schwierigen Zeiten die Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Nachhaltigkeitspolitik hat sich zunehmend auf enge Ökologieziele reduziert. Sie dient einem Ökologismus, einem Versuch, aus der Ökologie eine Weltanschauung zu machen. Das sieht man beispielsweise daran, wenn dem vermeintlichen Klimaschutz Landschaftsschutz und Artenschutz durch erneuerbare Energien (Biogas, Windkraft im Wald) geopfert werden und der Rat dazu schweigt. Ja, man dreht sich im Kreis, man bleibt unter sich und mainstreamkritische Stimmen haben keine Chance.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Ein bisschen weniger Pomp bei den Jahreskonferenzen. Manchmal hat man den Eindruck, bei den Jahreskonferenzen eher auf einem Filmfestival zu sein. Man feiert sich gerne, aber wirklich kontroverse Themen wie Klimaschutz gegen Artenschutz, Verlust von städtischen Grünflächen durch Zuwanderung, wie viel erneuerbare Energien verkraftet das Land, bleiben außen vor.

Bitte mehr Themen, die die Menschen im Lande bewegen. Und ein wenig Bescheidenheit. Im Text der Einladung zur 16. Jahreskonferenz heißt es: »Arbeits- und Wirtschaftspolitik verändern, die globalen Nachhaltigkeitsziele in nationale Politik umsetzen, nachhaltige Lösungen durch Wissenschaft und Forschung voranbringen«. Das sieht nach ziemlich viel Staatsdirigismus aus, wenn man sogar die Forschung auf Nachhaltigkeitskurs trimmen will. Es scheint mir so, dass der Rat sich ein wenig verhebt.

* Titel zur Zeit der Berufung



3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Hubert Weiger

Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
(BUND)*,
Ratsmitglied seit 2013

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?

Eine nachhaltige Entwicklung ist die Grundlage für eine dauerhafte und friedliche Entwicklung auf unserem Planeten. Nachhaltigkeit bedeutet und ermöglicht eine doppelte Gerechtigkeit – gegenüber den zukünftigen Generationen und zwischen dem globalen Süden und Norden. Es muss uns gelingen, die Bedürfnisse aller Menschen weltweit zu sichern und zugleich die ökologischen Grenzen des Wirtschaftens zu wahren. Diese Entwicklung voranzubringen ist meine Hauptmotivation für die Mitarbeit im Rat für nachhaltige Entwicklung.

Unser Anliegen hat in den letzten Jahren und ganz besonders im vergangenen Jahr ungeahnt an Aktualität gewonnen. Die planetaren Grenzen werden mit den bereits sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher sichtbar. Und die große Zahl von Menschen, die sich aktuell auf der Flucht nach Europa befinden, stärkt die Einsicht, dass es unsere Aufgabe sein muss, das Leben überall auf der Welt lebenswert zu gestalten. Das betrifft selbstverständlich faire Wirtschaftsstrukturen, Demokratie und Mitbestimmung – und es erfordert, die ökologischen Grundlagen zu erhalten: mit einer zukunftsfähigen Energieversorgung und Landwirtschaft, mit einer deutlichen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und Sicherung der biologischen Vielfalt.

Ich schätze die grundsätzlichen und zugleich engagierten, lösungs- und politikorientierten Debatten im Rat, wo die unterschiedlichen gesellschaftlichen Sichtweisen zusammenkommen: Umwelt- und Entwicklungspolitik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kirche, Gewerkschaft und Kommunalpolitik. Gesellschaftsgruppenübergreifende Debatten sind hier möglich, und wir brauchen genau diese für die grundlegenden Veränderungen, die wir insbesondere in den Industrieländern in den nächsten Jahren angehen müssen.

Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?

Seit 1987 die Brundtland-Kommission Nachhaltigkeit zum Schlüsselbegriff für generationenfähiges und zukunftsfähiges Wirtschaften machte und die Konferenz in Rio 1992 dies mit der Agenda 21 verstärkte, hat sich viel getan. Doch je bekannter der Begriff wurde – und je stärker sich das sogenannte Drei-Säulen-Modell durchsetzte –,

* Titel zur Zeit der Berufung



desto schwächer, weichgespülter und in Teilen auch kontraproduktiv hat sich das allgemeine Verständnis von Nachhaltigkeit entwickelt.

Mittlerweile liefern fast alle namhaften Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte ab – welche Technologien auch immer sie erzeugen, welche Emissionen auch immer sie absondern. Auch die Politik gewährt den Stempel Nachhaltigkeit beinahe beliebig: ihrer Finanzpolitik, ihrer Rentenpolitik, der Wirtschaftspolitik – wie viel oder wenig diese mit dem Ausgangskonzept zu tun haben mag. Und dennoch halte ich es für sinnvoll und richtig, dass wir beharrlich festgehalten haben am Leitbild einer – ökologischen und gerechten – nachhaltigen Entwicklung. Aktuell sind wir an einem Punkt, wo es chancenreich erscheint, wieder mehr Trennschärfe in die Debatte zu bringen. Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der UN treten neue Akteure auf die Bühne, die sich für eine umfassende Politik in internationaler Verantwortung einsetzen. Die verstehen, dass die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die unbedingte Basis dafür ist, Hunger und Armut zu beenden.

Die Sustainable Development Goals bauen auf die planetaren Grenzen. In der Konsequenz müssen vor allem die Gesellschaften der Industrieländer ihre Produktions- und Konsummuster ändern. Tatsächlich wächst die Skepsis der Menschen hierzulande, dass Wirtschaftswachstum, Effizienz und technische Lösungen allein unsere Probleme lösen werden. In der Fachwelt, in der Zivilgesellschaft und auch in der Politik bekommen Suffizienzstrategien eine zunehmende Aufmerksamkeit. Hier kommt der Politik eine zentrale Rolle zu, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Preise müssen die sozial-ökologische Wahrheit sprechen. Es gilt, politische Bedingungen so zu schaffen, Impulse und Anreize so zu setzen, dass ein ressourcenleichteres Leben möglich wird. Ob die Bundesregierung erfolgreich in Sachen Nachhaltigkeitspolitik ist, wird sich nicht zuletzt auch an der Frage entscheiden, ob es endlich gelingt, den täglichen Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar zu begrenzen, so wie es die Nachhaltigkeitsstrategie seit über zehn Jahren fordert.

Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Ich wünsche mir vom Nachhaltigkeitsrat für die Zukunft, dass wir diese Fragen – sozial-ökologische Transformation, Suffizienz, lebenswerte Bedingungen überall auf der Welt – verstärkt aufgreifen und in den gesellschaftspolitischen Diskurs bringen. Ich wünsche mir, dass wir der Aufgabe, die Bundesregierung zu beraten, mit größtem Nachdruck nachkommen. Nachhaltigkeit muss politikbestimmend werden für die Regierungspolitik aller Ressorts, sei es das Umwelt-, das Wirtschafts-, Landwirtschafts- oder Verkehrsministerium. Dafür brauchen wir – unter anderem – eine ambitionierte und verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie und wirksame Umsetzung der globalen Ziele. Der Rat hat mit seinen differenzierten Äußerungen zu zentralen Fragen in der Klimaschutz- und Ressourcenpolitik, zu Boden und Fläche, Hochschulen und Wissenschaft über 15 Jahre viel dazu beigetragen, die Debatte um eine zukunftsfähige Entwicklung in unserer Gesellschaft zu gestalten. Dasselbe gilt für eine Vielzahl an Kommunikationsmaßnahmen, für Dialoge zwischen den Generationen, mit Oberbürgermeistern und Kommunalpolitikerinnen. Hier kann ich mir nur wünschen: Weiter so!



»Wir brauchen keine neuen Erkenntnisse mehr, sondern eine Phase der Umsetzung«

Interview mit Hubert Weinzierl

Präsident bis 2012, seitdem Ehrenpräsident des Deutschen Naturschutzbundes (DNR), Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)*, Ratsmitglied von 2001 bis 2013

Herr Weinzierl, kürzlich sagten Sie, dass unsere Welt »unerlöst« sei. In welcher Hinsicht ist sie das?

Ich wollte darauf hinaus, dass im Getriebe des Alltags die ethische Verpflichtung gegenüber der Schöpfung leider immer wieder zu kurz kommt. Selbst diejenigen, die diese Verpflichtung sehen und darum wissen, ziehen oft den einfachen Weg vor.

Als eine Alternative zu diesem Weg gilt die nachhaltige Entwicklung. Sie haben diese als Suche nach einer »neuen Epoche für weltfamiliäres Denken« charakterisiert. Was meinen Sie damit?

Die Menschen müssen begreifen, dass wir allesamt im gemeinsamen Haus Erde leben, das sich nicht erweitern lässt. Deshalb muss die Weltfamilie der Menschen die Lebensräume und Vorräte dieser Erde mit der Familie der Pflanzen und Tiere geschwisterlich teilen.

Sie verweisen schon lange auf diese ethische Komponente von Nachhaltigkeit. Warum ist sie Ihnen so wichtig?

Die Nachhaltigkeitsdiskussion wird meist mit technischen Parametern wie Grenzwerten oder dem Effizienzgedanken geführt. Umweltethik oder moralische Bewertungen bleiben dagegen außer Acht. Dabei sind sie ein Grundpfeiler der Nachhaltigkeit. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Politik anerkannte, dass die Natur einen »Wert an sich« hat. Als das dann 2002 im Bundesnaturschutzgesetz rechtlich festgeschrieben wurde, war das eines der wichtigsten Ergebnisse in den vergangenen Legislaturperioden. Aber trotz dieses hohen Stellenwertes ist der Gedanke einer bereits an sich wertvollen Natur bislang kaum in der gesellschaftspolitischen Diskussion angekommen.

* Titel zur Zeit der Berufung



Sie gehörten im April 2001 zur »Startbesetzung« des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Mit welchen Erwartungen und Zielen haben Sie Ihr Mandat damals angetreten?

Mir war klar, dass sich auch mit einem Nachhaltigkeitsrat keine sofortige Denkwende erreichen lässt. Allerdings sollte der Gedanke der Nachhaltigkeit in der Politik stärker verankert werden.

Ein Bereich, der Sie dabei beschäftigt hat, war die nachhaltige Nutzung von Bioenergie. Worum ging es dabei?

Das Netzwerk des Lebens bedarf der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten. Dieses Netzwerk ist aber durch die Großstruktur der Landnutzung zerrissen. Wir haben einen Industrialisierungsgrad in der Landwirtschaft erreicht, der den Fortbestand von etwa der Hälfte unserer Tier- und Pflanzenarten existenziell gefährdet. Und zwar deswegen, weil sich intensive Landwirtschaft und Naturschutz ausschließen. Das betrifft auch den Anbau von Energiepflanzen für Biosprit oder Biogas. Mittlerweile reicht dieser Anbau in Landschaften hinein, die aus der Sicht des Naturschutzes eigentlich als sichere Standorte für die Lebensräume von Tieren und Pflanzen galten. Trotz geltender Schutzbestimmungen dürfte ein Großteil der Arten infolge der derzeitigen weltweiten Agrarpolitik nicht mehr zu halten sein.

Wie konnten Sie und Ihre Ratskollegen dazu beitragen, dass dieses Problem angegangen wird?

Wir haben in einer Empfehlung an die Politik auf diesen Zielkonflikt zwischen Bioenergie und dem Erhalt der Artenvielfalt hingewiesen. Außerdem haben wir darin vorgeschlagen, die Produktion aller erneuerbaren Energien einer Nachhaltigkeitsprüfung zu unterziehen und die Beimischungsquote für landwirtschaftlich erzeugte Kraftstoffe schrittweise rückgängig zu machen – einfach weil die Klimawirksamkeit und die ökologischen und sozialen Folgekosten der Bioenergie derzeit nicht abzuschätzen sind. Deshalb haben wir auch dafür plädiert, die Forschung in diesem Bereich zu fördern und ganz generell die Produktion der Landwirtschaft noch stärker an Naturschutzstandards zu koppeln. Leider wurden diese Vorschläge kaum beachtet. Stattdessen nehmen die Vermaischung der Landschaft und der Verlust der Artenfülle auf den Fluren weiter zu.

Sie haben im Rat zudem immer wieder die Notwendigkeit eines neuen, nachhaltigen Lebensstils angesprochen. Wie sieht ein solcher Lebensstil aus?

Zunächst einmal: Mir war die Debatte um die Änderung des Lebensstils ein vorrangiges Anliegen, weil mittlerweile unbestritten ist, dass eine Welt, in der 20 Prozent der Menschheit gut 80 Prozent der Rohstoffe verbrauchen, nicht zukunftsfähig ist. Deshalb braucht es einen nachhaltigen Lebensstil. Das bedeutet zum Beispiel einen geringeren Anteil von tierischem Eiweiß bei Lebensmitteln oder neue Formen der Mobilität, die mit weniger Energie auskommen. Diese Erkenntnisse sind mittlerweile auch weltweit konsensfähig und angesichts der Bevölkerungsfrage und der damit



verbundenen Wanderungsbewegungen auch von besonderer Aktualität. Allerdings ist die Weltfamilie noch weit davon entfernt, solche Lebensstile auch umzusetzen.

In Ihrer Autobiografie beschreiben Sie, sich in Ihrer Karriere gegenüber den Mächtigen oft nur als ein Geduldeter und Belächelter gefühlt zu haben. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund Ihre Zeit im Rat?

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Zielsetzungen des Rates nur in bescheidenem Umfang erreicht wurden. Denn Umweltpolitik bewegt sich in kleinen Schritten.

Inwiefern hat der Rat trotzdem seine Spuren in der politischen und gesellschaftlichen Debatte hinterlassen können?

Ich sagte ja bereits, dass der Nachhaltigkeitsgedanke durch den Rat eine stärkere Rolle in der Politik bekommen sollte. Dieses Anliegen ist gelungen, denn heute werden alle neuen Gesetze auf das Prinzip der Nachhaltigkeit untersucht. Dafür haben die Fortschrittsberichte zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gesorgt, an denen der Rat wesentlich beteiligt war. Daher scheint mir die Strategie auch das wichtigste Dokument des Rates zu sein. Dennoch herrscht noch großer Nachholbedarf. Ich begegne nach wie vor Politikern in Bund und Ländern, die weder die Nachhaltigkeitsstrategie noch den Rat kennen.

Das ist insofern überraschend, als dass die Bundespolitik sowie internationale Beobachter die Vorreiterrolle Deutschlands in Sachen Nachhaltigkeit immer wieder herausstreichen. Auch Sie haben einmal gesagt, dass Ihr größter Erfolg das hierzulande gewachsene Umweltbewusstsein sei.

Es ist in der Tat so, dass wir ein hohes Umweltbewusstsein in der Gesellschaft hier in Deutschland haben. Allerdings liegen zwischen dieser Erkenntnis und ihrer Umsetzung noch Welten.

Wie könnte der Rat dazu beitragen, dass die bestehenden Herausforderungen angegangen werden?

Der Rat hat mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein Rezeptbuch vorgelegt und dazu eine Reihe von Begleitprogrammen für die wichtigsten Politikfelder erarbeitet. Jetzt ist endlich die Phase der Umsetzung angesagt, sowohl bei der Bundespolitik als auch bei den Ländern und in den Kommunen. Nicht zuletzt muss das Nachhaltigkeitsdenken als neuer Wertbegriff in der Bildung auf allen Ebenen Eingang finden und ständiger Bestandteil in der Umwelt-Außenpolitik werden.

Um beim Stichwort Außenpolitik zu bleiben: Sie waren an den Vorbereitungen und Verhandlungen der Weltgipfel in Rio 1992, in Johannesburg 2002 sowie erneut in Rio 2012 aktiv beteiligt. Inwiefern ergeben derartige Konferenzen Ihrer Erfahrung nach Sinn für eine nachhaltige Entwicklung?



Bislang war es durchaus sinnvoll, dass sich die Erdfamilie zu einer globalen Aussprache zusammengefunden hat. Mittlerweile ist der Meinungsaustausch jedoch abgeschlossen und die Teilnehmer der genannten Konferenzen haben Ergebnisse vorgelegt, welche zum Handeln herausfordern. Wir brauchen keine neuen Erkenntnisse mehr, sondern es muss nun wie gesagt eine Phase der Umsetzung folgen.

In diesem Zusammenhang plädieren Sie ganz allgemein dafür, dass Nachhaltigkeit zum »Kult« werden müsse. Gleichzeitig halten nicht wenige Menschen die Berichte zum Klimawandel oder zum Artenschwund für übertriebenen Alarmismus. Was macht Sie dennoch optimistisch, dass die »Kult-Werdung« von Nachhaltigkeit gelingt?

Das Gerede von Alarmismus und Panikmache zieht sich als roter Faden durch die Umweltdiskussion der letzten Jahrzehnte. Tatsächlich ist die ökologische Bilanz immer negativer geworden. Zugleich spüre ich aber ein Unbehagen in der Gesellschaft, insbesondere bei der jüngeren Generation, die allmählich zu begreifen scheint, dass die Nachhaltigkeit eine Grundvoraussetzung für das Überleben von Mensch und Schöpfung bedeutet und dass zukunftsfähige Lebensstile nichts mit Verzicht zu tun haben, sondern Spaß machen können. Daher setze ich vor allem auf die junge Generation, die fordert: »Wir lassen uns die Erde und die Zukunft nicht kaputt machen.«

Das Interview führte Roy Fabian.



3 Fragen – 1 Antwort

mit Prof. Dr. Harald Welzer

Honorarprofessor für Transformationsdesign und -vermittlung an der Universität Flensburg, ständiger Gastprofessor für Sozialpsychologie an der Universität St. Gallen, Direktor der Stiftung FUTURZWEI*, Kooptiertes Ratsmitglied seit 2015

Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit? Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis? Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?

Wenn moderne Gesellschaften durch Umwelt- und Klimaveränderungen nicht unter enormen Druck geraten wollen, müssen sie sich verändern. Aber eine solche Transformation ist kein Selbstzweck: Sie ist vor allem deshalb erforderlich, um Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren. Eine Nachhaltigkeitstransformation ist also keine technische, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die von den Lebensstilen und Wirtschaftsformen bis hin zur Einwanderungs- und Energiepolitik reicht.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass er die einzelnen Problemfelder der Nicht-Nachhaltigkeit nicht verengt unter technisch-administrativen Gesichtspunkten betrachtet, sondern immer auch bereit ist, eine umfassendere Perspektive zu entwickeln. Darin liegt aus meiner Sicht auch sein größtes Potenzial für eine künftige Nachhaltigkeitspolitik: Nachhaltigkeit als das gesellschaftspolitische Thema zwischen Graswurzel-Aktivitäten einerseits und Expertokratie andererseits zu definieren und voranzubringen. Vor diesem Hintergrund ist für mich die Mitarbeit im Rat eine große Bereicherung.

* Titel zur Zeit der Berufung



»Mit dem Klima kann man nicht verhandeln«

Interview mit Prof. Dr. Angelika Zahrnt

Vorsitzende bis 2007, seitdem Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)*, Ratsmitglied von 2001 bis 2013

Frau Professor Dr. Zahrnt, wenn man sich anschaut, was frühere Kollegen und Wegbegleiter über Ihre Person erzählen, dann findet man Aussagen wie »Nachhaltigkeit war und ist für Angelika Zahrnt eine Herzensangelegenheit«. Inwiefern können Sie das unterschreiben?

Das stimmt. Das Thema beschäftigt mich schon sehr lange und treibt mich auch an. Angefangen hat es in den 70er-Jahren während meines VWL-Studiums in Heidelberg. Da kamen Themen wie Umwelt und Naturschutz in den Lehrplänen überhaupt nicht vor. Dabei war klar, dass es hier Probleme gab, die ganz wesentlich durch wirtschaftliche Tätigkeiten hervorgerufen wurden. Moore wurden trockengelegt, der Straßenbau zerschnitt unzählige Landschaften, auf dem Neckar schwamm Schaum. Da wollte ich etwas tun, gerade als Ökonomin.

Außerdem habe ich mich schon während des Studiums für das Thema Entwicklungsländer interessiert und bei Aufenthalten in Südamerika oder Ägypten extreme Armut gesehen. Das hat mich sehr aufgewühlt, weshalb ich auch hier der Meinung war: Das kann so nicht weitergehen. Daher sind weltweite Gerechtigkeit, die moralische Verpflichtung gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die Bewahrung der Schönheit und Artenvielfalt der Natur in der Tat zu einer Herzensangelegenheit geworden. Im Anliegen der Nachhaltigkeit fand sich das später zusammen.

Für eine Ökonomin ist eine solch wertegeleitete Sicht recht überraschend – gilt dieses Fach doch gemeinhin als sehr rational.

Da besteht für mich kein Widerspruch. Es gilt, Werte, Emotionen und rationales Handeln zu verbinden. Ich brauche Emotion als eigenen Antrieb, Emotionen sind auch wichtig, damit Menschen Zeit und Geld für den Umwelt- und Naturschutz spenden. Allerdings kriege ich nur mit Emotion keine veränderten Welthandelsverträge und keine Klimaabkommen hin. Um nachhaltige Entwicklung durchzusetzen und zu verwirklichen, muss man nüchtern überlegen: Welche politischen Partner brauche ich, welche Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen sind wirkungsvoll? Welche

* Titel zur Zeit der Berufung



Konzepte braucht es, um in der Politik andocken zu können, ohne zu große Kompromisse zu machen? Solche Fragen muss man ganz rational angehen.

Um das Andocken an die Politik geht es auch beim Rat für Nachhaltige Entwicklung. Als dieser im April 2001 erstmals zusammentrat, um die Bundesregierung in Bezug auf ihre Nachhaltigkeitsstrategie und -politik zu beraten, waren Sie als Mitglied von vornherein mit dabei. Mit welchen Erwartungen und Zielen haben Sie Ihr Mandat damals angetreten?

Für mich war die Berufung eine logische Konsequenz aus meiner Arbeit und Funktion. Das Bundeskanzleramt wollte im Rat die Umweltverbände dabei haben, und ich war damals eben die Vorsitzende des BUND. Unser Verband war derjenige, der sich am meisten mit Nachhaltigkeit beschäftigt hatte. Wir haben mit der Entwicklungshilfeorganisation Misereor bereits 1995 die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« herausgegeben, die hierzulande die erste umfassende Nachhaltigkeitsstudie war. Darin forderten wir neben einem ökologischen Rat auch langfristige Nachhaltigkeitsziele und einen Maßnahmenplan, wie man diese Ziele erreicht. Insofern wurde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die die Bundesregierung nach den Beschlüssen von Rio bis spätestens 2002 erarbeiten musste, schon inhaltlich umrissen. Als das nun in Angriff genommen wurde, war es mir wichtig, diese Arbeit einzubringen.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema haben Sie wiederholt Ihre Skepsis am Drei-Säulen-Modell formuliert, das auf die Harmonie von Ökologie, Ökonomie und Sozialem abzielt. Was stört Sie denn an diesem Modell?

Meine politische Erfahrung ist, dass Maßnahmen im Klima- oder Artenschutz immer wieder gescheitert sind, wenn die Befürchtung da war, das Wirtschaftswachstum werde beeinträchtigt. Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hat das einmal auf den Punkt gebracht, als er sagte, er sei sehr für den Klimaschutz, aber nur unter »Wachstumsvorbehalt«. Daher habe ich schon relativ früh darauf hingewiesen, dass Ökonomie, Ökologie und Soziales gerade nicht automatisch im Sinne einer Win-Win-Win-Situation wunderbar harmonisch zusammengehen. Stattdessen gibt es einen Umweltraum, der durch die ökologische Belastbarkeit der Erde gekennzeichnet ist. Innerhalb dieses Umweltraums können sich dann Wirtschaft und Soziales entfalten. Das ist für mich ein ganz zentraler Punkt. Denn sonst wird Nachhaltigkeit zur Floskel und zwischen den Interessen verhandelbar – aber mit dem Klima kann man nicht verhandeln.

Nun war und ist der Rat ja eine recht bunte Mischung, in dem sich nicht nur Vertreter der Umweltverbände, sondern auch der Kirchen, der Wissenschaft und eben der Wirtschaft befinden. Inwiefern gab es dadurch Probleme?

Das lief natürlich nicht reibungslos. Allerdings hatten wir gerade am Anfang eine sehr gute Zusammensetzung. Mit Volker Hauff als Vorsitzendem, der die Nachhaltigkeitsgeschichte kannte und große politische Erfahrung besaß, aber auch mit Klaus Töpfer oder Hubert Weinzierl. Außerdem war es im Nachhinein ein Glücksfall, dass wir rela-



tiv spät vor der UN-Konferenz in Johannesburg 2002 berufen worden sind. Das hat zu Zeitdruck geführt, weil die Bundesregierung eben ihre Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen musste. Daher ist vieles von dem, was wir empfohlen haben, auch übernommen worden. Uns war zum Beispiel wichtig, dass es in der Strategie neben den langfristigen auch mittelfristige Ziele gibt, damit es nicht heißt: »Das kommt irgendwann schon.« Wir wollten außerdem, dass diese Ziele quantifizierbar sind und es dafür entsprechende Indikatoren gibt. Weiterhin sollte es alle zwei Jahre eine Fortschreibung mit öffentlicher Beteiligung geben sowie ein neutrales Monitoring, wie weit man mit der Zielerfüllung gekommen ist. Das übernahm dann das Statistische Bundesamt. Wir hatten auch die Verankerung der Strategie beim Bundeskanzleramt und das »Green Cabinet« vorgeschlagen, einen Ausschuss der Staatssekretäre, um von diesem isolierten Denken in Ministerien wegzukommen. Denn Nachhaltigkeitspolitik bedeutet Langfristigkeit und Zusammenarbeit zwischen den Themen und Ressorts.

Sie hatten vorhin die ökologischen Grenzen des Umweltraums erwähnt. Sie machen sich vor diesem Hintergrund bis heute dafür stark, das Paradigma des Wirtschaftswachstums durch das Leitbild einer »Postwachstumsgesellschaft« zu ersetzen. Inwiefern konnten Sie dieses Anliegen auch im Rat vorantreiben?

Das ist eins der Themen, die wir nicht gründlich angegangen sind – obwohl ich das natürlich angesprochen habe. Meine Argumentation war zum Beispiel, dass nachhaltige Lebensstile, die uns im Rat immer wieder beschäftigt haben, zu weniger Konsum führen. Das bedeutet in der Konsequenz aber auch weniger Wachstum, weswegen man sich darüber Gedanken machen muss. Allerdings war dies im Rat kein Konsensthema, denn für die Industrie- und Gewerkschaftsvertreter ist so etwas ziemlich weit weg.

Ein gewisses Maß an Konsens braucht es aber, wenn man im Rat gut arbeiten will. Dennoch war in vielen Stellungnahmen enthalten, dass Wachstum innerhalb der ökologischen Grenzen erfolgen muss und nicht auf Kosten des Gemeinwohls gehen darf. Insofern war die Idee des Postwachstums zumindest im Ansatz verankert. Ich finde ohnehin, dass vor allem Universitäten und wissenschaftliche Institute hier entsprechende Konzepte ausarbeiten sollten. Ein Politiker kann das nicht, bei allem, was auf ihn einstürzt. Deswegen finde ich es auch ärgerlich und fahrlässig, dass in dieser Richtung kaum geforscht wird.

Ein weiteres Thema, das Sie umtreibt und auch während Ihrer Zeit im Rat beschäftigt hat, ist die lokale Verankerung von Nachhaltigkeit. Angesichts der globalen Tragweite von Problemen wie dem Klimawandel, der Biodiversitätskrise oder dem Bevölkerungswachstum klingt das sehr kleinteilig.

Schon die Rio-Deklaration von 1992 hat hervorgehoben, dass es alle Ebenen braucht – von den internationalen Verträgen bis zum Handeln vor Ort. Und gerade auf der lokalen Ebene ist ganz viel passiert. Nicht RWE hat die ersten Windräder gebaut, sondern Bastler vom BUND, vom NABU und sonstigen Initiativen. Erst mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die bundesweiten Rahmenbedingungen und das, was unten schon gewachsen war, zusammengefunden. Daher erachte ich die lokale Ebene als



äußerst wichtig, auch im Hinblick auf die Wertschätzung der Natur. Denn dort finden die Auseinandersetzungen statt, um die Bachbegradigung, den Erhalt der Streuobstwiese oder das Tempolimit. Hier wird das Abstrakte konkret erfahrbar und eine generelle Bewusstseinsbildung in Gang gesetzt. Ich habe mich deshalb im Rat stark bei den Aktionstagen Nachhaltigkeit oder Wettbewerben wie »Werkstatt N« eingebracht, die lokale Gruppen und unterschiedliche Teile der Zivilgesellschaft beteiligt haben.

Was haben diese Aktivitäten des Rats gebracht?

Sie haben zu einer Vernetzung dieser Gruppen beigetragen sowie zu einer stärkeren Verbindung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit den Aktivitäten vor Ort. Denn mit der Strategie hatten lokale Akteure bei ihren Forderungen nun eine Autorität im Rücken. Auch die Prämierungen im Rahmen der Wettbewerbe haben innovative Projekte und Initiativen unterstützt, weil sie dadurch signalisieren konnten: Wir sind so wichtig, dass wir auch bundesweit Anerkennung zu finden.

Im Jahr 2013 sind Sie aus dem Rat ausgeschieden. Wie bewerten Sie denn im Rückblick Ihre persönliche Rolle? Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten oder gibt es Dinge, die liegen geblieben sind?

Hinsichtlich einer ökologischen Steuerreform oder des demografischen Wandels haben wir uns nicht auf Stellungnahmen einigen können – was ich immer noch bedauerlich finde. Andere wichtige Themen wie Verkehr oder eben das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum sind wir nicht angegangen. Trotzdem war es insgesamt eine sehr gute und produktive Zeit. Mit seinen Positionen hat der Rat Zielmarken gesetzt, zum Beispiel mit dem 30-Hektar-Ziel beim Flächenverbrauch, dem »Gold-Standard Ökolandbau« oder dem »Rohstoffland Deutschland« mit 100 Prozent Recycling.

Auch Konsum und Lebensstile wurden mit dem »Nachhaltigen Warenkorb« zu prominenten Nachhaltigkeitsthemen. Den Klimaschutz in öffentlichen Gebäuden oder die nachhaltige öffentliche Beschaffung hat der Rat ebenfalls vorgebracht. Diese Arbeit war ein Gemeinschaftswerk aller Ratsmitglieder, wesentlich unterstützt durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Rates. Meine persönliche Rolle habe ich darin gesehen, mich insbesondere für Umwelt und Naturschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit einzusetzen, und dies in Verbindung mit wirtschaftlichen und sozialen Anliegen. Gegenüber der Bundesregierung war mir wichtig, dass der Rat aus kritischer und unabhängiger Sicht die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einforderte und die Weiterentwicklung vorantrieb.

Das heißt, der Rat hat in der politischen und gesellschaftlichen Debatte durchaus seine Spuren hinterlassen.

Unbedingt. Sonst wäre ich auch nicht zwölf Jahre dabeigeblichen. Zwar kann man nicht genau sagen, welche konkreten Auswirkungen der Rat in der Tagespolitik hatte. Aber er markierte Positionen, auf die man sich berufen kann und die immer wieder



zitiert werden. Ein Projekt wie der Deutsche Nachhaltigkeitskodex für Unternehmen hat inzwischen richtig Fuß gefasst. Eine weitere Aufgabe des Rats ist auch die Kommunikation nach außen. Hier war die Geschäftsstelle mit neuartigen Dialogformaten sehr kreativ, etwa mit den Challenger Reports externer internationaler Fachleute oder der Konferenz mit den 100 jüngsten Kommunalparlamentariern. Insofern hat der Rat schon wesentlich zur Verankerung von Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit und der politischen Landschaft beigetragen. Ein positives Zeichen hierfür ist auch, dass er bis heute völlig unbeschadet weiter besteht und sich seine Ziele nicht geändert haben – trotz der Regierungswechsel.

Dazu passt, dass die Bundespolitik, aber auch internationale Beobachter Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit immer wieder eine Vorreiterrolle zuschreiben. Wo sehen Sie trotzdem noch Herausforderungen?

Hierfür braucht man sich bloß den aktuellen Bericht des Statistischen Bundesamts anzuschauen. Wir sind keineswegs Vorreiter beim Schutz der Biodiversität, auch beim Umbau des Verkehrssystems tut sich viel zu wenig. Der Ökolandbau ist noch im Entwicklungsstadium, auch unsere Klimaziele werden wir höchstwahrscheinlich nicht erreichen, weil wir mit der Braunkohleförderung weitermachen. Insofern gibt es noch sehr viel zu tun.

Wie könnte der Rat konkret dabei helfen, an all diesen Stellschrauben zu drehen?

Sie drehen sich ganz sicher nicht einfacher als in den Jahren, in denen ich im Rat gewesen bin. Aber der Review der Biodiversitätsstrategie steht an, außerdem will der Bund eine Stickstoffstrategie erstellen, die stark mit dem Schutz der Biodiversität zusammenhängt. Beim Thema Verkehr ist der Dieselskandal ein guter Moment, um strikter mit der deutschen Automobilindustrie zu sein.

Ganz grundsätzlich müssen wir in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch die internationalen Bezüge stärker berücksichtigen – zumal die kürzlich verabschiedeten Sustainable Development Goals der UN genau das verlangen. Wie sieht die Wertschöpfungskette unserer Produkte aus? Wie hoch ist der ökologische Fußabdruck unseres Konsums? Wie wirkt sich unser ganzes Wirtschaften in den Ländern der Dritten Welt aus? Das sind drängende Fragen. Insofern sollte der Rat hier hartnäckig bohren und das immer wieder zur Sprache bringen. Denn mit einem Mal ist es nicht getan. Ich denke aber, dass der Rat genau das ist – hartnäckig.

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sind Sie optimistisch, dass dieses Riesenprojekt nachhaltige Entwicklung gelingen kann?

Nach meinem Eindruck ist da viel Dynamik und Power drin. Ja, die realen Probleme werden massiver, der Klimawandel zeigt sich immer deutlicher, und zwar nicht mehr nur auf den Inseln der Südsee. Gerade jetzt wird erfahrbar, dass Armut und Kriege auch Folgen für uns haben und wir uns nicht abschotten können. Zugleich gibt es zahlreiche gute Beispiele für Nachhaltigkeit, dass viel gelingen kann, vor allem auf



lokaler Ebene. Man denke nur an Kopenhagen oder Münster, was den Verkehr angeht. Im Rahmen von Postwachstumsinitiativen tut sich einiges mit praktischen Ansätzen wie den Repair Cafés, Gemeinschaftsprojekten beim Gärtnern, in der Landwirtschaft oder beim Wohnen. Mit dem internationalen Verband Local Governments for Sustainability gibt es auch Strukturen, die das vorantreiben. Und zwar selbst dann, wenn auf der nationalen oder internationalen Ebene nicht viel geht. Genau deswegen ist dieses Mehr-Ebenen-Prinzip auch so wichtig: Wenn ich viele verschiedene Akteure habe, sind nicht alle plötzlich enttäuscht, sondern es tut sich weiterhin etwas. Nach dem gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen haben die Kommunen jedenfalls gesagt: »Jetzt erst recht.«

Das Interview führte Roy Fabian.



Ratsmitglieder

Aktuelle

Marlehn Thieme

Olaf Tschimpke

Prof. Dr. Alexander Bassen

Vera Gäde-Butzlaff

Alois Glück

Walter Hirche

Kathrin Menges

Jennifer Morgan

Alexander Müller

Prof. Dr. Lucia A. Reisch

Dr. Imme Scholz

Max Schön

Prof. Dr. Wolfgang Schuster

Michael Vassiliadis

Prof. Dr. Hubert Weiger

Prof. Dr. Harald Welzer,
kooptiertes Mitglied

Prof. Dr. Claus Hipp

Prof. Dr. Stefan Homburg

Prof. Dr.-Ing. Eberhard Jochem

Dr. Margot Käßmann

Prof. Dr. Ute Klammer

Prof. Dr. Edward G. Krubasik

Thomas Loster

Prof. Dr. Edda Müller

Dr. Franz-Josef Overbeck

Matthias Platzeck

Heinz Putzhammer

Hans-Peter Repnik

Prof. Dr. Jürgen Rimpau

Prof. Dr. Josef Sayer

Tobias Schlegl

Dr. Eric Schweitzer

Prof. Dr. Georg Teutsch

Prof. Dr. Klaus Töpfer

Holger Tschense

Christiane Underberg

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Eggert Voscherau

Susanne Weber-Mosdorf

Hubert Weinzierl

Ranga Yogeshwar

Prof. Dr. Angelika Zahrnt

Jochen Zeitz,
kooptiertes Mitglied

Ehemalige

Dr. Heinrich Graf von Bassewitz

Philip Freiherr von dem Bussche

Prof. Dr. Gerhard de Haan,
kooptiertes Mitglied

Dr. Ursula Eid

Dr. Joachim Faber

Jochen Flasbarth

Horst Frank

Prof. Dr. Wolfgang Franz

Dr. Hans Geisler

Rainer Grohe

Hermann Graf Hatzfeldt

Dr. Volker Hauff

Roland Heinisch



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des RNE

Generalsekretär:

Prof. Dr. Günther Bachmann

Stellvertretung

Victoria Diekkamp

Michael Marien

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Stephanie Adler

Robert Böhnke

Falko Leukhardt

Isolde Magin-Konietzka

Beate Ressa-Palm

Riccarda Retsch

Katja Tamchina

Dr. Verónica Tomei

Julius Werthmann

Susan Wetzel

Yvonne Zwick

Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nina Amelung

Dr. Christiane Averbeck

Dorothee Braun

Kira Crome

Juliette de Grandpré

Jutta Jaksche

Julia Kailasvuori

Claudia Koll

Eike Meyer

Guido Obschernikat

Manuel Rivera

Christian Schaudwet

Jürgen Solms

Sybil Steuerer



Publikationen

Stellungnahmen und Empfehlungen

- 2016 Mehr Mut! Nachhaltigkeit muss politische Relevanz beweisen. Erwartungen und Empfehlungen an die Bundesregierung
- 2015 Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- 2015 Deutsche Nachhaltigkeits-Architektur und SDGs
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung an Herrn BM Peter Altmaier nach § 1 (2)b RNE-Geschäftsordnung
- 2015 Position des Nachhaltigkeitsrates zur Revision der EU-Öko-Verordnung
- 2015 Klimaschutz auf Deutschlands Agenda!
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung (26.03.2015)
- 2015 Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex – Maßstab für nachhaltiges Wirtschaften
(Texte Nr. 47, 2. komplett überarbeitete Fassung 2015)
- 2015 The Sustainability Code – Benchmarking sustainable economy
(text no. 47, 2nd complete revised edition 2015)
- 2015 Impulspapier – Handlungsempfehlungen für eine bessere Wirkung zwischen nationalen und kommunalen Nachhaltigkeitsbestrebungen
Vorgelegt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogprojektes Kommunale Nachhaltigkeit
- 2015 Vier Impulse des Nachhaltigkeitsrates für die Beratungen des Staatssekretärsausschusses zum Thema »Nachhaltige Stadt«
- 2014 Mehr Nachhaltigkeitspolitik!
Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates zum Bericht über Nachhaltigkeitsindikatoren 2014
- 2014 Bodenschutz: Für einen neuen politischen Anlauf zum Nachhaltigkeitsgebot für die Bodennutzung in Europa
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung (03.04.2014)
- 2014 Globale Nachhaltigkeitsziele
Empfehlung an die Bundesregierung
- 2014 In den ersten 100 Tagen: Für eine Richtungsentscheidung zur Nachhaltigkeitspolitik
Empfehlung an die Bundesregierung
- 2013 Einen politischen Aktionsrahmen zum Ziel 30 Hektar schaffen
Stellungnahme zur Flächeninanspruchnahme an den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung auf der Basis der bisherigen Arbeiten des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2013 Nachholen und voranstellen. Anforderungen der Nachhaltigkeitspolitik an die Koalitionsverhandlungen
Herbst-Statement
- 2013 Für einen neuen Aufbruch in der Nachhaltigkeitspolitik
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Bericht des Peer Review 2013 »Sustainability – Made in Germany«

HINWEIS:

Alle unterstrichenen Publikationstitel können Sie mit einem Klick online abrufen.



- 2013 Für ein politisches Signal zur Stärkung der Rolle des ökologischen Landbaus in Europa
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung (01.02.2013)
- 2013 Der Strompreisdebatte fehlt die Nachhaltigkeit
14.02.2013
- 2012 Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK)
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung und Dokumentation des Multistakeholderforums am 26.09.2011
- 2012 The German Sustainability Code (GSC)
Recommendations of the German Council for Sustainable Development
- 2012 Die Energiewende braucht eine verbindliche und wirksame Energieeffizienzpolitik
Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates an die Politik
- 2012 Empfehlungen des RNE zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten Vorschläge zur Novelle des Baugesetzbuches zur Baulandpotenzial- und -bedarfsermittlung
(Bezug: Referentenentwurf, Stand 11.06.2012) 27.09.2012
- 2012 Nachhaltiges Wirtschaften: Zehn Forderungen
Einladung zum Dialog
- 2011 Wie Deutschland zum Rohstoffland wird
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2011 »Gold-Standard Ökolandbau«: Für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2011 Dialog der Verantwortung
Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates zur Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012
- 2010 Stabilisierung der Finanzmärkte
Empfehlung zu internationalen und nationalen Maßnahmen der fiskalischen Nachhaltigkeitspolitik
- 2010 Chancen, Qualität und Kompetenz: Bausteine für eine nachhaltige Bildungspolitik
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2008 Schutz der Biodiversität heißt aktuell: Biomasse-Produktion nachhaltig machen
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2008 Glaubwürdig – wirtschaftlich – zukunftsfähig: Eine moderne Beschaffungspolitik muss nachhaltig sein
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2008 Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates zum Entwurf des Fortschrittsberichts 2008 der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
- 2008 Position des Nachhaltigkeitsrates zu aktuellen Fragen der Klima- und Energiepolitik
- 2007 Energiepolitische Impulse zur Nachhaltigkeit
Impulse für AG 1 und AG 3 des Energiegipfels, Januar 2007 (19.01.2007)
- 2007 Wirksamer durch mehr Verbindlichkeit
Eine Empfehlung zum Start der Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie



- 2006/2008 »Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility«
(Texte Nr. 17, September 2006)
- 2006 Wichtig, überfällig und zu überarbeiten
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Überprüfung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (Zur Mitteilung der Europäischen Kommission vom 13.12.2005. KOM (2005) 658 end)
- 2005 Dem roten Faden konsequent folgen
Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (27./ 28.01.2005)
- 2005 Nachhaltigkeitspolitik
Offener Brief des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien
- 2004/2006 Mehr Wert für die Fläche: Das »Ziel-30-ha« für die Nachhaltigkeit in Stadt und Land
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2004 Waldwirtschaft als Modell für nachhaltige Entwicklung: ein neuer Schwerpunkt für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2004 »Effizienz und Energieforschung als Bausteine einer konsistenten Energiepolitik«
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2004 Am Roten Faden arbeiten
Stellungnahme zum Regierungsentwurf des Fortschrittsbericht 2004 »Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung«
- 2004 Stellungnahme – »Nachhaltigkeit im Visier«
Gesellschaft fordert Politik – Unsere Schlussfolgerungen aus der »Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft« als Beitrag für den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
- 2004 Schwerpunkte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2004
Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Konsultationspapier des Bundeskanzleramtes zum »Fortschrittsbericht 2004 Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung«
- 2003 »Weltaгрarhandel und Nachhaltige Entwicklung«
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2003 »Gebrauchtgüterexporte und Baupraxis von Gebäuden«
Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
- 2003 Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung zur Fortführung des Pilot-Projektes »Nachhaltiger Warenkorb – Wegweiser zum zukunftsfähigen Konsum«
- 2002 Stellungnahme zum Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
- 2002 Strategie-Gespräch des Rates für Nachhaltige Entwicklung mit Lokale-Agenda 21-Aktiven
- 2002 Ergebnisse des Weltgipfels von Johannesburg – Zum institutionellen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung
Empfehlungen zu den Ergebnissen des UN-Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg



- 2001 Stellungnahme zu den Pilotprojekten zur nachhaltigen Entwicklung der Bundesregierung
- 2001 Projektvorschläge des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Studien und Gutachten

- 2015 Untersuchung zur Umsetzung der »CSR-Richtlinie« in Deutschland unter Berücksichtigung der Initiative »Deutscher Nachhaltigkeitskodex«
Erstellt im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und dem Rat für nachhaltige Entwicklung, von Rechtsanwalt Andreas Hecker, LL.M. oec. Düsseldorf, 21. Mai 2015
- 2015 Ressourcenmanagement und Siedlungsabfallwirtschaft
Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (Texte Nr. 48, Januar 2015)
- 2015 The Role of National Sustainable Development Councils in Europe in Implementing the UN's Sustainable Development Goals
Overview and Conclusions 26.10.2015. Autor Michiel de Vries. Zusammenarbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung & des EEAC
- 2015 Global and National Sustainable Development Goals and Expectations of Germany's Institutions and Procedures
Interim Report to the German Council for Sustainable Development for Further Discussions (Berlin, 29 January 2015)
- 2015 Sustainable Development Goals and Integration: Achieving a better balance between the economic, social and environmental dimensions
A study commissioned by the German Council for Sustainable Development (20.01.2015)
- 2014 Konzept, Gestaltungselemente und Implikationen eines EEG-Vorleistungsfonds
Endbericht für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Berlin, 31. März 2014
- 2013 Sustainability – Made in Germany
The Second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery
- 2013 Komfortabel, vernetzt, klimafreundlich: Online-Mobilitätsangebote als Instrumente einer Nachhaltigen Entwicklung?
Studie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2013 Anhang zur Studie: Komfortabel, vernetzt, klimafreundlich: Online-Mobilitätsangebote als Instrumente einer Nachhaltigen Entwicklung?
Studie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2010 Nachhaltigkeits-Indikatoren zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Gutachten an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (Berlin, 31. Mai 2010)
- 2010 »Veranstaltungen und Nachhaltigkeit«. Analyse von Potentialen und Herausforderungen bei Nachhaltigkeitsveranstaltungen unter Studierenden
Laborprojekt. Unterstützt durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) Juni 2009 – Februar 2010
- 2009 Nachhaltig aus der Krise – Analyse möglicher Beiträge einer ökologischen Finanzreform
Ecologic Institut und DIW im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung (Texte Nr. 28, September 2009)



- 2009 Sustainability »Made in Germany« – We Know You Can Do It
Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik
- 2008 Entwicklung des deutschen Kraftwerksparks und die Deckung des Strombedarfs
Kurzexpertise für den Rat für Nachhaltige Entwicklung
- 2008 Forschungs- und Technologiekompetenz für eine Nachhaltige Entwicklung in den BRICS-Staaten
Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (Karlsruhe, Mai 2008)
- 2008 Research and Technology Competence for a Sustainable Development in the BRICS Countries
Study of the Fraunhofer Institute for Systems and Innovation Research for the German Council for Sustainable Development (Karlsruhe, May 2008)
- 2007 »Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland«
Evaluation der Ratsempfehlungen »Mehr Wert für die Fläche: Das Ziel 30 ha«, Studie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2007 Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland
Evaluation der Rats-Empfehlungen »Mehr Wert für die Fläche: Das Ziel 30 ha« (01.01.2007) – Studienanhang
- 2006 Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung
Einsatz von Indikatoren im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik – Anmerkungen aus der Sicht eines Befürworters – Roland Zieschank, Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, November 2006
- 2004 »TV-Medien und Nachhaltigkeit«
Studie zur Ermittlung von Formen, Hindernissen und Potenzialen der Darstellung von Nachhaltigkeitsthemen in ausgewählten deutschen Fernsehprogrammen
- 2003 Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung
Das Management der öffentlichen Dinge. Wirtschaft und Politik an ihren Grenzen – Dr. Volker Hassemer, Senator a. D., Berlin, 1. Oktober 2003
- 2003 Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung
Die Internationale Dimension in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik: Zu wenig und zu naiv – deutsche Nachhaltigkeitspolitik zwischen nationaler Nabelschau und Dämonisierung der globalen Abhängigkeiten – Dr. Thilo Bode, Berlin, 1. Oktober 2003
- 2003 Energiebilanzen und Treibhausgas-Emissionen für fossile Brennstoffketten und Stromerzeugungsprozesse in Deutschland für die Jahre 2000 und 2020
Bericht für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (Uwe R. Fritsche – Institut für angewandte Ökologie e. V.) Darmstadt, August 2003
- 2003 »Gebrauchtgüterexporte- und Technologietransfer – Ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern?«
Studie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung (Texte Nr. 2, Mai 2003)
- 2002 Ökosteuer – Stand der Diskussion und der Gesetzgebung in Deutschland, auf der EU-Ebene und in den anderen europäischen Staaten
Kurzstudie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Überarbeiteter Endbericht (Mai 2002)
- 2002 Nachhaltigkeit und Globalisierung, Partizipation, Demokratie – Identifizierung von Zusammenhängen und Gestaltungsansätzen
Kurzstudie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Endbericht (Bensheim/Berlin, 8. Juni 2002)



- 2002 Zertifikatehandel im Verkehrsbereich als Instrument zur CO₂-Reduzierung unter Berücksichtigung von Interdependenzen mit anderen Lenkungsinstrumenten und unter Gewährleistung der Kompatibilität zur EU-Gesetzgebung
Kurzstudie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung (November 2002)

Broschüren

- 2016 Sürdürülebilir Ürün Sepeti
Doğa dostu alışveriş rehberiniz. Der Nachhaltige Warenkorb auf Türkisch
- 2015 Der Nachhaltige Warenkorb
Einfach besser Einkaufen. Ein Ratgeber
- 2015 Städte auf Kurs Nachhaltigkeit – Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten
Erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik auf Veranlassung der am Dialog »Nachhaltige Stadt« beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister (Texte Nr. 50, August 2015)
- 2015 Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen
(Texte Nr. 49, August 2015; zweite, vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage)
- 2015 Strategic Cornerstones for Sustainable Development in Municipalities
(text no. 49, August 2015; second, fully revised, extended and updated edition)
- 2015 Länder in Entwicklung. Globale Nachhaltigkeitsziele
(26.10.2015)
- 2014 Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex
Orientierungshilfe für mittelständische Unternehmen
- 2014 Guideline for the German Sustainability Code
Guidance for SMEs
- 2013 Der Nachhaltige Warenkorb
Einfach besser Einkaufen. Ein Ratgeber
- 2013 The Sustainable Shopping Basket
A guide to better shopping
- 2013 Mit starken Kommunen die Energiewende zur Erfolgsstory machen
Erarbeitet im Rahmen des Dialogs »Nachhaltige Stadt« von den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern
- 2013 Making the Energiewende a success story thanks to strong local authorities
Drafted by Lord Mayors as part of the »Sustainable City« dialogue
- 2013 依靠强大的地方政府成功推进能源转型 (Energiewende)
- 2010 Der Nachhaltige Warenkorb
Einfach besser Einkaufen. Ein Ratgeber
- 2011 Visionen 2050. Dialoge Zukunft »Made in Germany«
Ein Vorhaben des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Konzipiert und realisiert von Triad Berlin
- 2011 Städte für ein nachhaltiges Deutschland – Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung
Erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik auf Veranlassung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs »Nachhaltige Stadt«



- 2011 **Dialoge Zukunft Vision 2050. Dialoge Zukunft »Made in Germany«. Band 2**
Ein Vorhaben des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2011 **The Sustainable Shopping Basket**
A lifestyle & shopping guide. Indische Adaption des Nachhaltigen Warenkorb. Adaptiert durch das Umweltprogramm ASEM der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
- 2010 **Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen**
Erarbeitet von Oberbürgermeistern im Rahmen des Dialogs »Nachhaltige Stadt« (Texte Nr. 33, Oktober 2010)
- 2010 **Strategic Cornerstones for Sustainable Development in Municipalities**
Drafted by Lord Mayors as part of the »Sustainable City« dialogue
- 2010 **Konsum und Nachhaltigkeit – Wie Nachhaltigkeit in der Konsumgesellschaft käuflich und (er)lebbbar wird**
Eine Aufgabe für Politik, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger
- 2009 **Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit**
Die 40 Preisträger des Wettbewerbs der Bundesregierung und des Rates für Nachhaltige Entwicklung (Texte Nr. 27, Oktober 2009)
- 2008 **Welche Ampeln stehen auf Rot?**
Stand der 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – auf der Grundlage des Indikatorenberichts 2006 des Statistischen Bundesamtes (Texte Nr. 22, April 2008)
- 2008 **Unternehmen Verantwortung – Aktionen und Dialoge 2006/2007**
Wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Diskussion um »Corporate Social Responsibility« führt (Texte Nr. 25, Oktober 2008)
- 2006 **»Für eine Neubewertung von Umwelt und Wachstum: Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit«**
Dokumentation von Beiträgen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur globalen Politik (Texte Nr. 16, Mai 2006)
- 2006 **»Ideale, Ideen, Impulse – Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stellt sich vor«**
Imagebroschüre des Rates (Neuaufgabe Mai 2006)
- 2004 **»Impulse für die Zukunft – Der Rat für Nachhaltige Entwicklung stellt sich vor«**
Imagebroschüre des Rates (2004)
- 2004 **Bericht »Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft«**
(Texte Nr. 8, Juni 2004)
- 2003 **Spaß und Sinn – Nachhaltigkeit**
Kommunikationsprojekte des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2001–2003 (Texte Nr. 6, Dezember 2003)
- 2003 **»Nachhaltigkeit und Gesellschaft«**
Vorträge aus dem Rat für Nachhaltige Entwicklung 2001–2003 (Texte Nr. 3, September 2003)
- 2003 **»Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft«**
Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung (Texte Nr. 4, Oktober 2003)
- 2003 **Der Nachhaltige Warenkorb**
Einfach besser einkaufen. Ein Ratgeber



Bücher

- 2015 **Joachim von Braun: Welternährung und Nachhaltigkeit**
Herausforderungen und Strategien für das 21. Jahrhundert (Carl-von-Carlowitz-Reihe)
- 2014 **Christof Mauch: Mensch und Umwelt**
Nachhaltigkeit aus historischer Perspektive (Carl-von-Carlowitz-Reihe)
- 2014 **Christof Mauch: The Growth of Trees**
A Historical Perspective on Sustainability (Carl-von-Carlowitz Series vol. 4)
- 2011 **Carlo Jaeger: Wachstum – Wohin?**
Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts (Carl-von-Carlowitz-Reihe)
- 2009 **Wolfgang Haber: Inconvenient ecological truths**
A perspective on sustainability in the 21st Century (Carl-von-Carlowitz Series vol. 1)
- 2009 **Wolfgang Haber: Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie**
Eine Nachhaltigkeitsperspektive für das 21. Jahrhundert (Carl-von-Carlowitz-Reihe Band 1)
- 2009 **Mission Sustainability – Die Dokumentation 2007–2009**
- 2008 **Sustainability – the Unfinished Business. Challenges in International Cooperation**
International Aspects of Sustainability – 1. Essays by Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) and Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)
- 2007 **Mission Sustainability: Wir nehmen die Herausforderung an – Das Buch zum Wettbewerb**
- 2006 **Günther Bachmann, Volker Hauff (Hrsg.): Unterm Strich – Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz**
oekom Verlag, München
- 2004 **Nachhaltigkeit in 50 Sekunden. Kommunikation für die Zukunft. Mit Film-DVD des Projekts Nachhaltiger Filmblick**
In Kooperation mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung
- 2002 **Jugend schreibt Zukunft**
Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit

Veranstaltungsdokumentationen

- 2008 **»Nachhaltigkeit vor Ort« – Konferenz der 100 jüngsten Kommunalparlamentarier**
Berlin, 12. bis 14. Juni 2008
- 2007 **»Nachhaltigkeit als Programm«**
Tagungsdokumentation des Kreativ-Workshops für Fernsehschaffende am 26. und 27. September 2006 in Berlin, Rat für Nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit der ZFP – Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter ARD/ZDF (Texte Nr. 18, Februar 2007)
- 2006 **»Die Kunst, das Morgen zu denken«**
Dokumentation der 6. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (Dezember 2006)
- 2006 **Memorandum an den Rat für Nachhaltige Entwicklung: Bürger initiieren Nachhaltigkeit – Ein dauerhafter Beitrag zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie!**
Erarbeitet und abgestimmt im Rahmen der zweiteiligen Dialogveranstaltung des Rates für Nachhaltige Entwicklung und des Deutschen Instituts für Urbanistik am 10. und 11. Oktober 2006 in Berlin



- 2006 Bürger initiieren Nachhaltigkeit – Ein dauerhafter Beitrag zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie? Dialog über Nachhaltigkeitspolitik und lokales zivilgesellschaftliches Engagement
Abschlussbericht (Dortmund, November 2006)
- 2005 »Fern-Sehen: Zukunftsthema Nachhaltigkeit?«
Bericht zur Medienkonferenz am 01.12.2005
- 2005 BRICS+G Sustainability and Growth
Brazil, Russia, India, China, South Africa and Germany in Dialogue on Sustainability Strategies. A Conference Report. German Council for Sustainable Development & GTZ
- 2004 »Die Herausforderung von Johannesburg: Perspektiven und Prioritäten«
Konferenzdokumentation vom 6. November 2003, Berlin
- 2004 »Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern«
Tagungsdokumentation des Jahreskongresses am 1. Oktober 2003
- 2003 Protokoll der Akteurskonferenz »Kunst, Kultur und Nachhaltigkeit«
08.09.2003 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- 2002 Globalisierung muss nachhaltig gestaltet werden!
Bericht über eine Veranstaltung des Nachhaltigkeitsrates beim Weltgipfel in Johannesburg.
03.09.2002
- 2001 Kultur und Nachhaltigkeit
Thesen und Ergebnisse aus einem Ideenworkshop vom 11./12.12.2001, Berlin

Übernationaler Kontext

- 2012 Comments on the UNCSD »Zero Draft: The Future We Want« by the Working Group Sustainable Development of EEAC
(13.02.2012)
- 2011 »Green economy, the UNCSD 2012, and the EEAC annual statement«
Introductory remarks to the EEAC Annual Conference 2011, 15–17 September 2011, Wrocław
(15.09.2011)
- 2009 EEAC supporting a major Rio-plus-20 event in 2012 on a sustainable global society and economy – Recommendations taken by the EEAC 2009 Annual Plenary Session
Dubrovnik, 24th October 2009 (04.11.2009)
- 2009 Maturing the Sustainability Strategy – Statement regarding the 2009 review of the European Union Strategy for Sustainable Development
EU SDS (24.09.2009)
- 2009 Europa auf lange Sicht nachhaltig gestalten: Langfristige Nachhaltigkeitspolitik wirksam gestalten – Hintergrundpapier der EEAC-Arbeitsgruppe über Nachhaltige Entwicklung
(09.04.2009)
- 2008 Sustaining Europe for a Long Way Ahead: Making long-term sustainable development policies work – Background Paper by EEAC Working Group on Sustainable Development
(16.09.2008)
- 2007 »Stimulating informed debate – Sustainable Development Councils in EU Member States«
Ingeborg Niestroy (EEAC) (30.06.2007)
- 2006 Die erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung
Rat der Europäischen Union (26.06.2006)



- 2006 »Wichtig, überfällig und zu überarbeiten« – Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Überprüfung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie
(01.02.2006)
- 2005 The Windsor Momentum: The next push-up
EEAC-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung (25.07.2005)
- 2005 Brief an die Europäischen Regierungschefs im Vorfeld des Ratsgipfels im Juni 2005
(13.06.2005)
- 2005 Monitoring the EU Sustainable Development Strategy
EEAC-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung (24.05.2005)
- 2005 Ein anspruchsvolles Klimaziel für die EU
Brief des EEAC-Steuerungskomitees an Kommissionspräsident Barroso (10.03.2005)
- 2004 The Kinsale Challenge: Die Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union bekräftigen.
EEAC-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung (17.04.2004)
- 2004 Responses to Questionnaire on the European Union Sustainable Development Strategy (EU SDS) – Questions excerpted from: COMMISSION STAFF WORKING PAPER
Public consultation – Review of the EU Sustainable development strategy, Brussels, 30 July 2004, SEC(2004)1042 (29.10.2004)
- 2003 »Strengthening sustainable development in the EU«
Recommendations from the EEAC Working Group on Sustainable Development as a contribution to the review of the European Sustainable Development Strategy and the preparation of the EU Spring Council in 2004 (19.11.2003)

Tätigkeitsberichte

- 2013 Drei Jahre Nachhaltigkeitspolitik. Tätigkeitsbericht 2010–2013
- 2010 Die nächste Stufe – Nachhaltigkeit in der gesellschaftlichen Praxis. Tätigkeitsbericht 2007–2010
- 2007 Tätigkeitsbericht 2001–2007 des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- 2007 Progress Report – German Council for Sustainable Development 2001–2007

Audio, Video

Eine Zusammenstellung der Audio- & Videomitschnitte für und durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung findet sich online unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/mediathek/audio-video/>



Impressum

© 2016 Rat für Nachhaltige Entwicklung

c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Verantwortlich: Katja Tamchina, Robert Böhnke

Interviews: Anja Achenbach, Susanne Ehlerding, Roy Fabian, Heike Janßen, Robert Kalimullin,
Tina Teucher, Christian Vock

Grafik-Design: Odenthal Design, www.bert-odenthal.de

Lektorat: Petra Thoms, Berlin



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

INFO@NACHHALTIGKEITSRAT.DE

WWW.NACHHALTIGKEITSRAT.DE